



Bundesnachrichtendienst



25 Jahre Mauerfall

Dokumente aus den Akten des BND

Nr. 8

Mitteilungen der Forschungs- und
Arbeitsgruppe „Geschichte des BND“



Mitteilungen der Forschungs- und Arbeitsgruppe „Geschichte des BND“

Im Auftrag des
Bundesnachrichtendienstes

Nr. 8 2014

Inhalt	Seite
Vorwort	5
<i>Hans-Georg Wieck</i>	
Ein Blick in die neuen Bundesländer: September 1990	7
<u>Anhang</u>	
I. Bildteil	11
II. Kurze Chronik der „Wende“	14
III. Dokumente	18
Beschreibung der Dokumente	
a) Die Kommunalwahlen in der DDR vom 7. Mai 1989	18
b) Michail Sergejewitsch Gorbatschow	24
c) Ungarn	29
d) Das Paneuropäische Frühstück am 19. August 1989	39
e) Montagsdemonstrationen	41
f) Neues Forum	43
g) ČSSR	46
h) Der 40. Jahrestag der DDR: 7. Oktober 1989	51
i) Polen	55
j) Ministerium für Staatssicherheit (MfS)	57
k) DDR-Innenpolitik	60
l) Das politische Verhältnis DDR zur Sowjetunion	73
m) Erich Honecker: Gesundheitszustand und Führungswechsel	76
IV. Glossar der Dienststellenbezeichnungen	83
V. Personenregister	84
VI. Summary	87

Impressum

Bundesnachrichtendienst
 Forschungs- und Arbeitsgruppe „Geschichte des BND“
 Gardeschützenweg 71-101
 12203 Berlin

Herausgegeben vom Bundesnachrichtendienst
 Verantwortlicher Herausgeber: Bodo Hechelhammer

Internet: www.bnd.bund.de
 email: geschichte@bnd.bund.de

ISBN 978-3-943549-10-2

Vorwort

Diese Mitteilung der Forschungs- und Arbeitsgruppe „Geschichte des BND“ nimmt den 25. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer zum Anlass, um in einer kurzen Dokumentation, anhand einzelner ausgewählter Dokumente aus dem BND-Archiv, ausschnittsweise dieses zentrale Ereignis der jüngeren deutschen Geschichte zu würdigen.

Es war in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 als die Mauer in Berlin, das Symbol deutscher Teilung fiel und die deutsch-deutsche Grenze geöffnet wurde. Diese, durch die couragierten Proteste und Massenkundgebungen der Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), durch eine friedliche Revolution erreichte Grenzöffnung schuf die Voraussetzung für eine schnelle Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990. Sie war nicht nur ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte, sondern markierte einen wichtigen Abschnitt auf dem Weg zur Beendigung des Kalten Krieges. Zugleich stellte der Mauerfall somit auch für den (west)deutschen Auslandsnachrichtendienst eine völlig neue Herausforderung dar. Jahrzehntlang stand der nachrichtendienstlich aufzuklärende Gegner unmittelbar entlang der eigenen Grenze im Osten; ihn galt es nachrichtendienstlich aufzuklären. Und nun? Ein Paradigmenwechsel folgte.

Über die Ereignisse zum Thema der Überwindung der deutschen Teilung existieren zahlreiche Publikationen und Dokumentationen einschlägiger Materialien.

In der vorliegenden Mitteilung „25 Jahre Mauerfall. Dokumente aus den Akten des BND“ wird erstmals eine Auswahl an Doku-

menten zum Thema aus dem BND-Archiv vorgelegt.

Aufgrund der historischen Bedeutung dieses Ereignisses werden hierbei amtliche Dokumente bereits vor Ablauf der regulären Sperrfrist veröffentlicht. Eine Ausnahme von den geltenden Vorschriften, die ansonsten für die relevanten Archivalien Gültigkeit haben. Bereits vor einigen Jahren wurde durch den BND Berichterstattung zur DDR aus den Jahren 1963 bis 1990 ans Bundesarchiv in den Bestand B 206 abgegeben. Eine weitere Auswahl von identifizierten Dokumenten zum Mauerfallthema aus dem BND-Archiv wird in dieser Mitteilung nun aufgeführt.

Aus Anlass dieses für Deutschland und Europa denkwürdigen, einzigartigen Ereignisses, werden zentrale Geschehnisse im Zeitraum, z. B. von Mai 1989 (Kommunalwahlen in der DDR) bis Januar 1990 (Stürmung der Stasi-Zentrale / Normannenstraße, Berlin), anhand der damaligen Ausgangsberichterstattung des BND beleuchtet. Die Dokumente zeigen, dass man in Pullach über die grundsätzlichen Entwicklungslinien und Ereignisse frühzeitig informiert war, auch wenn die Schlussfolgerungen nicht immer kohärent waren. Schon am Anfang des Jahres 1989 zeichnete sich für den BND klar ab, vor welchen Problemen das SED-Regime stand. Die Kommunalwahlen drohten ein Desaster zu werden. Interessant ist, dass schon zu diesem Zeitpunkt, im Mai 1989, registriert wurde, dass bei den Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang „das deutsch-deutsche Zusammengehörigkeitsgefühl stärker [ist] als bisher offiziell angenommen worden war“.¹ Der Reformkurs Michail Gorbatschows stellte die DDR-Führung vor enorme gesellschaftliche und politische Probleme. Galt jahr-

1 Vgl. Dokument 2 in dieser Mitteilung.

zehntelang die Sowjetunion als politisches und ideologisches Vorbild, versuchte man nun, einen eigenen sozialistischen Kurs zu etablieren – mit den bekannten Folgen. Die Öffnung des Eisernen Vorhangs an der ungarischen Westgrenze hatte die DDR in ein faktisches „Dilemma“ gestürzt. Die Fluchtwelle begann und sollte bis zum Mauerfall nicht mehr gestoppt werden können. Gleichzeitig begannen jene, die nicht flohen, zu protestieren. Aus einer kleinen, seit einigen Jahren existierenden, meist kirchlichen Protestbewegung wurden die Montagsdemonstrationen mit Hunderttausenden Teilnehmern. Mit dem „Neuen Forum“ organisierten sich ein politischer Arm und ein Sprachrohr dieser Bewegung. Im November 1989 gipfelte dieser Volksaufstand in der Öffnung der Berliner Mauer und der Grenze. Im Dezember 1989 wurde im BND analysiert, dass die „politische und wirtschaftliche Bankrotterklärung der alten SED-Führung [...] ein Machtvakuum hinterlassen [habe], das in absehbarer Zeit von keiner gesellschaftlichen Kraft gefüllt werden könne“.² Die Tage der DDR waren gezählt.

Neben ausgewählten Informationen aus BND-Dokumenten zum Thema werden in dieser Ausgabe auch persönliche Erinnerungen publiziert. Zum Zeitpunkt der „Wendephase“ und des historischen Mauerfalls stand der Diplomat Dr. Hans-Georg Wieck dem BND vor, der von 1985 bis 1990 Präsident des deutschen Auslandsnachrichtendienstes war. Am 2. Oktober 1990 sollte seine Präsidentschaft enden. Unmittelbar zuvor besichtigte er persönlich die DDR, bevor die beiden deutschen Staaten am 3. Oktober wiedervereinigt wurden. Die Erinnerungen und Gedanken an diese Reise als scheidender BND-Präsident hat

Herr Dr. Wieck freundlicherweise für diese Mitteilung extra aufgeschrieben, wofür ihm sehr herzlich an dieser Stelle zu danken ist. Seine persönlichen Eindrücke werden bildhaft ergänzt durch einzelne Fotos einer Serie, die anlässlich seiner DDR-Reise als BND-Präsident in die damals zukünftigen neuen Bundesländer aufgenommen wurden und ebenfalls aus dem BND-Archiv stammen.

Die Strukturierung der Mitteilung folgt insgesamt dem Vorbild der bisherigen Veröffentlichungen. Nach dem Vorwort, dem Essayteil sowie einer kurzen Chronik zur „Wende“ folgen die transkribierten und abgedruckten Aktenstücke, teilweise mit Kommentierungen. Den Dokumenten schließen sich ein Glossar der Dienststellenbezeichnungen im BND und ein Personenregister an.

Berlin im November 2014

Dr. Bodo Hechelhammer

Leiter Forschungs- und Arbeitsgruppe
„Geschichte des BND“

² Vgl. Dokument 83 in dieser Mitteilung.

Ein Blick in die neuen Bundesländer: September 1990

von
Hans-Georg Wieck

Am 9. November 1989 fiel die Mauer in Berlin. Am 18. März 1990 fanden in der nun zu Ende gehenden vierzigjährigen Geschichte der DDR die ersten freien Wahlen in der „DDR“ statt. Die früheren Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurden mit dem Ländereinführungsgesetz der Volkskammer vom 22. Juli 1990 aus den vierzehn DDR-Bezirken wieder gebildet und der östliche Teil Berlins mit dem westlichen Teil der Stadt als Bundesland Berlin etabliert. Nach Abschluss des Abkommens der vier Deutschlandmächte mit den noch bestehenden zwei deutschen Staaten konnte der Anschluss der neuen Bundesländer an die Bundesrepublik Deutschland und die Übernahme des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 vollzogen werden. In weniger als einem Jahr war aus der militärischen und ideologischen Konfrontation, die mit Millionenheeren an der Bruchstelle in Europa mit hoher Einsatzbereitschaft und hochgerüstet feindselig in Geist und Waffen einander gegenüberstanden hatten, ein wiedervereinigtes Deutschland entstanden – und zwar in einem von den vier Deutschlandmächten und von der internationalen Staatengemeinschaft, vor allem von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union mitgestalteten und mitgetragenen Prozess.

Vierzig und mehr Jahre hatten sich die Geheimdienste beider Seiten mit Argusaugen und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der nachrichtendienstlichen Aufklärung gegenüberstanden, einan-

der beobachtet und den Opponenten zu schwächen versucht.

Nun war die Beobachtung der früheren DDR aus der Sicht des Bundesnachrichtendienstes auf die Umsetzung der Abrüstungs- und Abzugsvereinbarungen der sowjetischen Streitkräfte konzentriert, die im Laufe des Jahres 1990 vereinbart wurden.

War es da nicht für den Präsident des BND angezeigt, einen ersten neugierigen Blick in die Lebenswirklichkeit der neuen Bundesländer und ihrer Bürger zu werfen, die von dem Zwang der politischen Unterwerfung und allgegenwärtigen Beobachtung durch die Staatssicherheit befreit waren, aber nicht nur mit Begeisterung die Einheit des Landes begrüßten, sondern auch mit der Sorge, wie sie sich denn als Bürger der Bundesrepublik Deutschland würden entfalten oder durchschlagen können – unerfahren in freier Marktwirtschaft und all' ihren Möglichkeiten, aber auch unvorbereitet für die Risiken eigenverantwortlichen Lebens des Einzelbürgers konfrontiert.

Das zentrale Ereignis für die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern – sie wurden durch ein Gesetz der am 18. März 1990 frei gewählten Volkskammer vom 22. Juli 1990 wieder eingerichtet und erhielten aus den alten Bundesländern Expertise für den Aufbau einer bürger-nahen und gesetztestreuen Verwaltung – war die Wiederherstellung ihrer Reisefreiheit über die Grenzen des Landes hinweg nach dem Westen. Der Sturz der Mauer bedeutete die Aufhebung des Reiseverbots, worunter die meisten DDR-Bewohner als Symptom des abgrundtiefen Misstrauens des Regimes gegenüber den eigenen Bürgern am stärksten gelitten hatten. Ihr Groll auf das Regime geht auf das Reiseverbot zurück.

Der Sturz der Mauer und des Regimes bedeuteten die Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit, die von der DDR mit dem Mauerbau im Jahre 1961 aus Furcht vor massenhafter Übersiedlung und Flucht in den Westen mit harter Hand unterdrückt worden war.

„Trabis“ und „Wartburgs“ krochen in großer Zahl über die westdeutschen Autobahnen, und Fernreisen mit Bussen wurden nach Rom, Paris, Madrid und an andere Ziele des Fernwehs organisiert, um die freie Luft der westeuropäischen Metropolen zu schnuppern und tief Luft zu holen, bevor der zunächst einmal schwierige Alltag im vereinten Deutschland mit der am 1. Juli 1990 eingeführten DM – mit dem verführerischen Wechselkurs von 1 zu 1 - seinen Tribut verlangte. Abgesehen von Inseln der DDR-Wohnkultur in Plattenhäusern mit vielen Stockwerken und allerlei Defiziten in der Ausstattung und meist in den kahlen neuen Vorstädten gelegen, bot sich dem Besucher ein tristes Bild des Verfalls in den alten Stadtkernen an – sei es Dresden, wo immerhin der Zwinger restauriert worden war, seien es die Messestadt Leipzig oder die mittelgroßen Städte wie Halle, Chemnitz und Jena, Stralsund, Rostock und Greifswald.

Westdeutsche fliegende Händler boten Westwaren an – in westdeutscher Verpackung und Qualität – ein Kontrast besonderer Art zu den lieblos angebotenen Nahrungsmitteln in den Konsumläden der DDR. Die fliegenden Händler aus dem Westen boten „Bundesrepublik light“ an – mit dem Lieferwagen und fanden Abnehmer in jeder Menge.

Unsere Fahrt führte uns beim früheren Interzonenübergang bei Hof nach Thüringen

und Sachsen mit einem Besuch des Naumburger Doms aus dem 13. Jahrhundert mit seinen weltbekannten Stifterfiguren u.a. Uta, der Ehefrau des Markgrafen Ekkehard, mit dem erschütternden Besuch in dem heruntergewirtschafteten Gebiet der Chemie-Kombinate um Bitterfeld und in die Metropolen Sachsens Leipzig und Dresden. Überall dominierten Staub und Geruch der mit Braunkohle betriebenen Wärme und Stromwerke sowie von den Lokomotiven die Landschaft. In den Dörfern bestimmten einfache, meist dringend der Reparatur bedürftige Ein-Familien-Häuser und „Platte“ für die Arbeitskräfte der Landwirtschaftlichen Produktions-Genossenschaften den Gesamteindruck. Der freie Markt zeigte erste Angebote: Preiswerte Gäste-Zimmer mit Frühstück für die West-Besucher. Mit der einen oder anderen bezahlbaren Modernisierungs- und Restaurierungsmaßnahme versuchten die Gastwirte, Gäste aus dem Westen anzulocken.

Die Wahlkampf-Parolen des westdeutschen Kanzlers, des Kanzlers der Einheit, dass auch die neuen Bundesländer bald blühende Landschaften sein werden, wurde für bare Münze genommen, obschon sich kein Mensch vorzustellen vermochte, wie das denn erreicht werden könnte – über die Fortsetzung der Ausfuhren in die Sowjetunion, die aber ihren Außenhandel auf Hartwährung umstellte und sich im Winter 1991/92 auflösen sollte, oder durch die Modernisierung der VEB – der Volkseigenen Betriebe – in denen moderne Maschinen und vor allem Material für die Herstellung der Produktpalette des Unternehmens Mangelware waren?

Die sowjetischen Truppen waren unsichtbar geworden. Sie wurden in den Kasernen gehalten, um sie vor möglichen Übergriffen

der Bevölkerung zu schützen. Der Besuch in einem Kasernenkomplex im Umkreis von Berlin zeigte das begrenzte Nahrungsmittel- und Konsumgüter-Angebot für die sowjetischen Familien. Im Gespräch wurde die Furcht vor baldiger Rückverlegung in die Sowjetunion erkennbar – und manche Ehefrau eines sowjetischen Offiziers suchte nach Beschäftigung in deutschen Haushalten und Betrieben, um das karge Gehalt aufzubessern.

Die Erwartungen der Menschen an die neue Zeit waren grenzenlos. Der marode DDR-Staat mit seinen vielen Mängeln sollte – so die Erwartung – rasch durch Fördermaßnahmen des bisherigen westdeutschen Staates, in dem Milch und Honig zu fließen schienen, abgelöst werden. Wem ein solcher rascher Wandel unwahrscheinlich erschien, machte sich auf in den goldenen Westen und fand Arbeit. Mehr als ein Jahrzehnt hindurch überwog die Abwanderung in den Westen den Zugang von Menschen aus dem Westen in die neuen Bundesländer.

An der offenen Mauer in Berlin verrichteten DDR-Grenzpolizisten weiterhin ihren Dienst – obschon es nichts zu kontrollieren gab. Im Gespräch traten Freude über die Vereinigung und Furcht vor der beruflichen und gesellschaftlichen Zukunft deutlich zu Tage. Man fragte sich unwillkürlich bei der Fahrt durch die östlichen Teile der Stadt oder auch andere mitteldeutsche Städte, wie denn diese heruntergekommenen Teile des vereinigten Landes in überschaubarer Zeit in eine sich selbsttragende Wirtschaft würde umgewandelt werden können. Zunächst einmal überwog die Tendenz, alles mit frischer Farbe zu übermalen, um dem Wandel zum Wohlstand sichtbaren Ausdruck zu verleihen.

In Putbus auf Rügen trafen wir – für beide Seiten unerwartet – den Erben des früheren Schlossherrn, der hoffte, den Familienbesitz wieder erwerben zu können, besser noch wieder übertragen zu bekommen. Die Hoffnung sollte nicht in Erfüllung gehen.

Unausgesprochen erwarteten die Menschen, die sich aus den Verkrampfungen der DDR lösten, die Dynamik Westdeutschlands, die sie bei ihren Besuchen im Westen erlebt oder in Fernsehsendungen empfunden hatten, um im Windschatten dieses Umbruchs Beschäftigung und Wohlstand zu erreichen. Für die Menschen, deren Vorstellungen sich in den Jahrzehnten der Konfrontation in den Bildern der deutsch-sowjetischen Freundschaft und einem sozialistischen Weltbild mit einem entsprechenden, in der Bundesrepublik Deutschland verankerten Feindbild manifestiert hatte, war mehr als nur ein Trugbild zusammen gebrochen. Wann würde die vereinigten Bundesrepublik Deutschland auch für diese Bürger unseres Landes ihr Deutschland sein können?

Nachdenklichkeit prägte den Rückflug von Lübeck nach München – zum Sitz des BND in Pullach.



Zur Person: Hans-Georg Wieck, 1928 in Hamburg geboren, 1954 bis 1993 Mitglied des Deutschen Auswärtigen Dienstes, dabei von 1974 bis 1977 Botschafter im Iran, von 1977 bis 1980 Botschafter in der Sowjetunion und 1990 bis 1992 Botschafter in Indien sowie weitere hochrangige Funktionen. Er war von 1985 bis 1990 der sechste Präsident des Bundesnachrichtendienstes.

Anhang

I. Bildteil

In dem vorliegenden Bildteil werden aus dem Bestand des BND-Archivs ausgewählte Bilder einer Fotoserie über die Reise des BND-Präsidenten Wieck in die DDR dokumentiert.³ Nur wenig später nach dieser Exkursion hörte die DDR auf als Staat zu existieren: Deutschland wurde wiedervereinigt. Die wenigen Fotos legen ein bildhaftes Zeugnis einer besonderen Zeitreise ab.



Abbildung 1: BND-Präsident Wieck mit BND-Mitarbeitern vor dem Brandenburger Tor.

³ Vgl. Reise des Pr Dr. Hans-Georg Wieck nach Berlin und Potsdam anlässlich des Mauerfalls, BND-Archiv, 80057.



Abbildung 2: BND-Präsident Wieck entlang der Berliner Mauer am Martin-Gropius-Bau.



Abbildung 3: Blick auf die Ost-Seite.



Abbildung 4: Der BND-Präsident Wieweg auf einer Aussichtsplattform an der Berliner Mauer.



Abbildung 5: Auf der Glienicker Brücke, wo noch kurz zuvor Agenten ausgetauscht wurden.

II. Kurze Chronik der „Wende“

In dem folgenden Abschnitt werden in Form einer skizzenhaften Übersicht einzelne entscheidende Ereignisse des Jahres 1989 chronologisch aufgezählt, welche im dritten Abschnitt, in den Dokumenten aus dem BND-Archiv, aufgegriffen werden.

Die turnusmäßig stattfindenden Kommunalwahlen in der DDR am 7. Mai 1989 ließen die politisch aufgeheizte Stimmung im Land bereits erahnen, in der Oppositionsgruppen und Kirchenorganisationen schon 1988 ihre Mitglieder zu aktiver Teilnahme an den Wahlvorbereitungen aufriefen. Die SED-Führung reagierte ihrerseits auf diesen Umstand mit der „Bereinigung“ der Wahllisten, aus der Oppositionelle, Ausreisewillige sowie Personen, die im Vorfeld ihre Wahlverweigerung bekundeten, herausgestrichen wurden. Erwartungsgemäß gaben 98,8% der Wahlberechtigten ihre Stimme für die Kandidaten der Einheitsliste ab; jedoch prangerten unabhängige Wahlbeobachter die Auszählung an, nach deren Einschätzung eine Vielzahl von Nein-Stimmen nicht berücksichtigt wurde.

In den darauffolgenden Wochen kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und regimekritischen Bevölkerungsgruppen bis hin zu zahlreichen Inhaftierungen. Durch das Bekanntwerden der Wahlmanipulationen büßte die DDR-Führung auch internationales Renommee ein.

Am 13. Juni 1989 wurde der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbachev bei seinem BRD-Besuch aufgrund seiner politischen Modernisierung (Glasnost und Perestroika/Offenheit und Umgestaltung) bejubelt.

Ein starres politisches System, eingeschränkte Reisemöglichkeiten sowie das tägliche Erleben der Mangelwirtschaft ließen in den 1980er Jahren die Unzufriedenheit der Menschen im „sozialistischen Lager“ immer deutlicher erkennen.

Im März 1985 wurde Michail Gorbachev zum Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) ernannt. Aufgrund der desolaten wirtschaftlichen Situation leitete er Veränderungen im kommunistischen Machtbereich ein. Seine Abkehr von der „Brežnev-Doktrin“ ermöglichte es den „Bruderstaaten“, einen Wandel im eigenen Land anzustreben, ohne eine militärische Intervention seitens Moskaus befürchten zu müssen. Ungarn und Polen nutzen als erste die gewonnene Chance auf eigenstaatliche Souveränität.

Die Bürger der DDR konnten somit die Umgestaltungen in den Nachbarstaaten besonders während ihrer Urlaubsreisen erleben. Der starre Kurs der SED-Führung wurde damit eklatant sichtbarer und schürte nur noch mehr Unzufriedenheit innerhalb der DDR-Gesellschaft.

Das reformwillige und nach Westen orientierte Ungarn änderte im Laufe des Jahres 1989 seinen bisherigen Kurs und öffnete seine Grenzen. Damit ermöglichte es auch DDR-Bürgern die Flucht in den Westen über Österreich.

In einem symbolischen Akt durchtrennten Gyula Horn – ungarischer Außenminister – und Alois Mock – österreichischer Außenminister – am 27. Juni 1989 nahe Sopron einen Grenzzaun. Zwar blieben die Grenzkontrollen bestehen, doch Fluchtwillige, die von einer Grenzpatrouille aufgegriffen

wurden, erhielten keinen Eintrag mehr in ihren Pass, was ihnen in der DDR Sanktionen ersparte.

Genau zu dieser Zeit begannen in der DDR die Sommerferien und über 200.000 DDR-Bürger planten, ihren Ungarn-Urlaub anzutreten.

Am 5. August 1989 berichtete das staatliche DDR-Fernsehen erstmals über DDR-Bürger, die über Ungarn in den Westen flüchteten. Der bundesdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher unternahm Interventionsversuche bei der ungarischen Regierung, damit den an der „Grünen Grenze“ gefassten Fluchtwilligen ein Eintrag in ihrem Pass erspart blieb. Dieser Stempel führte in der DDR zu Strafverfolgung.

Im Verlauf des Sommers vergrößerte sich der Ausreisestrom über die westdeutschen Vertretungen: Am 14. August 1989 musste die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Berlin (Ost) schließen, da sie von hundert DDR-Bürgern besetzt wurde.

Auch in der Botschaft in Budapest befanden sich 180 Ausreisewillige. Gemeinsam mit dem ungarischen Außenministerium konnte die westdeutsche Diplomatie eine gütliche Einigung erwirken, so dass den Fluchtwilligen keine Bestrafung von ungarischer Seite drohte.

Der CSU-Politiker Otto von Habsburg initiierte als Vertreter der Paneuropa-Union gemeinsam mit dem ungarischen Staatsminister Imre Pozsgay am 19. August 1989 das „Paneuropäische Picknick“. Per Flugblatt wurde zu einem grenzüberschreitenden Picknick eingeladen, das als Präzedenzfall fungieren sollte, indem DDR-Bürger inner-

halb von drei Stunden völlig frei aus Ungarn ausreisen konnten. Die symbolische Grenzöffnung an der alten Pressburger Landstraße nutzten ca. 600 DDR-Bürger als Chance, in den Westen zu fliehen.

Wie an jedem Montag fand auch am 4. September 1989 in der Nikolaikirche in Leipzig das traditionelle Friedensgebet statt. An jenem Tag formierte sich im Anschluss ein Demonstrationszug auf dem Kirchenvorplatz, der öffentlich Reisefreiheit und „Stasi raus!“ forderte. In den darauffolgenden Wochen beteiligten sich immer mehr Menschen an den Demonstrationen. Am 11. und 18. September 1989 versuchten Sicherheitskräfte, die Demonstranten brutal auseinander zu treiben, woraufhin am 25. September 1989 über 8.000 Personen teilnahmen. Eine Woche später hatte sich ihre Zahl auf über 20.000 erhöht. Zugleich wurde eine Mahnwache für politische Häftlinge in der Gethsemanekirche in Berlin abgehalten.

Nachdem es am 2. Oktober 1989 wieder zu Zusammenstößen mit Sicherheitskräften kam, wurde am 9. Oktober 1989 im Vorfeld zur Gewaltlosigkeit aufgerufen. Der Aufruf „Wir sind das Volk!“ zeigte der SED-Führung das Protestpotential der DDR-Bürger. Bei der Protestkundgebung am 16. Oktober 1989 mit über 120.000 Teilnehmern gab es keine Zusammenstöße zwischen Sicherheitskräften und Protestlern. Zwei Tage später gab Erich Honecker seinen Rücktritt bekannt.

Die Bürgerbewegung Neues Forum wurde am 9./10. September 1989 in Berlin gegründet. Ihre Gründungsmitglieder veröffentlichten am 10. September 1989 den Aufruf „Die Zeit ist reif – Aufbruch 89“, der dort noch keine konkreten politischen For-

derungen enthielt, jedoch die fehlende demokratische Basis in der DDR anprangerte. Im Laufe der folgenden Monate entwickelte sich das „Neue Forum“ zu einer Triebkraft im Umwälzungsprozess der DDR und konnte durch die ständige Präsenz, vor allem während der Demonstrationen, immer mehr Menschen mobilisieren. Am Ende des Jahres 1989 waren knapp 200.000 Menschen im Neuen Forum organisiert, dessen Strukturen sich immer weiter politisierten und im Wahlbündnis „Bündnis 90“ aufgingen.

Im Zuge der offiziellen Grenzöffnung Ungarns am 11. September 1989 flohen innerhalb von drei Tagen 15.000 DDR-Bürger; weitere 20.000 folgten bis Ende September. Die erste Station vieler DDR-Flüchtlinge war das Auffanglager im bayrischen Freilassing.

Am 24. September 1989 hatten sich bereits Tausende DDR-Bürger aufgrund verschärfter Grenzkontrollen der Tschechoslowakei zu Ungarn in der deutschen Botschaft in Prag eingefunden. Vor allem die hygienischen Zustände waren katastrophal und erforderten politische Interventionen, um die Betroffenen aus ihrer Notsituation zu befreien.

Am 30. September 1989 konnte Genscher unter dem Jubel der ausharrenden Menschenmasse die Ausreisegenehmigung vom Balkon der Prager Botschaft verkünden. In den darauffolgenden Tagen transportierten Sonderzüge die Flüchtlinge in die BRD.

Von den Ereignissen immer weiter in die Defensive gedrängt, spitzte sich die Lage für die DDR-Führung im Oktober zu. Als Reaktion schloss die DDR am 2. Oktober 1989

faktisch die Grenze zur ČSSR, um den „Reiseverkehr“ zu unterbinden. Am 3. Oktober – kurz vor der Grenzschießung – gelang es noch Tausenden, sich über die Grenze zu retten und nach Prag zu fliehen. Auch diesmal erlaubte die Regierung der ČSSR nach zähen Verhandlungen die Ausreise in die BRD.

Am 7. Oktober 1989 beging die SED-Führung - ungeachtet der Demonstrationen und anhaltenden Fluchtwelle - ihren Festakt zum vierzigjährigen Bestehen der DDR. Trotz FDJ-Aufmarsch am 6. Oktober und Militärparade am 7. Oktober unter Teilnahme von Michail Gorbachev bestand nur noch die Fiktion einer Einheit von Volk und Partei.

Tausende demonstrierten öffentlich in Leipzig, Plauen, Potsdam, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) und Magdeburg. Am Berliner Alexanderplatz jubelten die Menschen allein Gorbachev – als Hoffnungsträger – zu. Gorbachevs Warnung an die SED-Spitze („Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“) sollte in die Geschichte eingehen.

Polen schloss sich am 11. Oktober 1989 Ungarn an, es sollten keine Flüchtlinge mehr zurückgeschickt werden, auch wenn es sich um *illegale* Übertritte handeln sollte.

Nachdem Erich Honecker am 18. Oktober 1989 von seinen Ämtern zurücktrat, bestimmte das Zentralkomitee der SED am 19. Oktober 1989 Egon Krenz zu dessen Nachfolger im Amt des Generalsekretärs. Am 24. Oktober 1989 wurde Krenz zudem von der Volkskammer zum Staatsratsvorsitzenden ernannt. An wirkliche Reformen unter der Regierung Krenz schien keiner mehr zu glauben, da Krenz als „Kronprinz“ Honeckers galt.

Am 4. November 1989 versammelten sich auf dem Berliner Alexanderplatz über 500.000 Menschen zu einer Protestkundgebung. Durch den anhaltenden Druck seitens der Bevölkerung trat am 7. November 1989 der DDR-Ministerrat und am 08. November 1989 das Politbüro geschlossen zurück.

Während einer Pressekonferenz am 9. November 1989 verlas Politbüromitglied Günter Schabowski die vorgesehenen Reiseerleichterungen für Privatreisende, die nach seiner Meinung „sofort, unverzüglich“ Gültigkeit haben.

Tausende Menschen bahnten sich daraufhin ihren Weg zur Berliner Mauer. Die diensthabenden Grenzsoldaten – ohne einschlägigen Befehl – öffneten schließlich die Grenzübergänge.

Am 15. Januar 1990 stürmten und besetzten DDR-Bürger die MfS-Zentrale in der Berliner Normannenstraße.

Die freien Wahlen zu einer neuen DDR-Volkskammer wurden von Mai auf den 18. März 1990 vorverlegt, um dem fortschreitenden Verfall der inneren Ordnung in der DDR entgegen zu wirken.

III. Dokumente

Beschreibung der Dokumente

Der BND hat bereits im Frühjahr 2004 eine große Serie mit Berichterstattung zur DDR aus den Jahren 1963 bis 1990 ans Bundesarchiv in den Bestand B 206 abgegeben. In der vorliegenden Mitteilung ist in chronologischer bzw. thematischer Anlehnung an die Kurze Chronik der „Wende“ nachfolgend eine weitere Auswahl von Dokumenten aus der BND-Ausgangsberichterstattung der Unterabteilung „Politische Auswertung“ im Zeitraum Mai 1989 bis Mitte Januar 1990 aus einzelnen Beständen des BND-Archivs aufgeführt. Dabei wurden Einzelerkenntnisse aus Dokumenten ausgewählt, die insgesamt einen möglichst breiten Überblick zum Thema bieten. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um politische Meldungen (POL M) bzw. Aufzeichnungen (POL A), mit denen die Bundesregierung, die einzelnen Ressorts, die Bundeswehr u.a. über die aktuellen Geschehnisse informiert wurden. Aus dem durch die Forschungs- und Arbeitsgruppe „Geschichte des BND“ gesichteten Bestand wurde eine Auswahl von 96 Schriftstücken getroffen.

Die vorliegende Dokumenten- bzw. Berichtsauswahl erfolgte exemplarisch, um einen skizzenhaften Überblick über das jeweilige Thema zu vermitteln. Sie sind in den jeweiligen einzelnen Themenkapiteln chronologisch geordnet und nummeriert. Bei der Veröffentlichung handelt es sich um Textpassagen, die sich auszugsweise auf die wesentlichsten Ereignisse beziehen. Diese erfolgen in transkribierter Form. Da der Fokus speziell auf das Thema Mauerfall gerichtet war, wurden im Einzelfall nicht zur Thematik gehörende Aspekte der transkribierten Dokumente weggelassen und durch ein Auslassungszeichen [...] bzw. (...) ersetzt. Bearbeitungsvermerke und Randglossen wurden nicht aufgenommen. Die Schreib- und Interpunktionsweisen wurden beibehalten. Fußnoten geben im Einzelfall kurze Erläuterungen zum Inhalt bzw. zusätzliche Informationen zu den im Dokumententext enthaltenen Angaben von Abkürzungen, Daten, Ortschaften und Personen.

a) Die Kommunalwahlen in der DDR vom 7. Mai 1989

Dokument 1⁴

Kennziffer: POL A 0112/89

Berichtsnummer: 32CA25048901

Titel/Betreff: DDR – Aktuelle Situation im Hinblick auf die Kommunalwahlen am 07.05.1989

1. Besorgnis in der SED⁵

Dem nachrichtendienstlichen Meldungsbild zufolge blickt die SED mit gemischten Gefühlen dem 07.05.1989 entgegen, an dem die Abgeordneten für die Kreistage, die Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen gewählt werden. Funktionäre aller Ebenen fürchten, dass sich ein umfangreiches Protestwählerpotential artikulieren und somit den bisher üblichen glatten Verlauf der Kommunalwahlen stören könnte. Vor diesem Hintergrund ist die – pressebekannte – geplante Einrichtung von „Arbeitsgruppen für Ordnung und Sicherheit“ zu sehen, die einen reibungslosen Ablauf der Wahlen gewährleisten sollen.

4 Aufzeichnungen Politik, April bis Mai 1989, BND-Archiv, 14128.

5 Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.

Verstärkt wird das Unbehagen durch die den SED-Organisationen offenbar zahlreich vorliegenden Hinweisen, nach denen viele Bürger der Wahl fernbleiben wollen.

Die Führung der SED ist sich des Problems offenbar bewußt. Nach einem Gespräch mit G. SCHABOWSKI, dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin (Ost), hatte HONECKER schon Ende 1988 im Hinblick auf die Kommunalwahlen am 07.05.1989 eine Studie zur Erkundung der Stimmungslage in der Bevölkerung in Auftrag gegeben. Dabei stellte sich heraus, daß als Hauptgründe für die Verschlechterung der Stimmungslage

- Missstände in der Versorgung,
- völlig unzureichende Wohnungspolitik und
- Privilegien für Funktionäre

zählten. Dies waren auch die Punkte, die SCHABOWSKI angeführt und daraus die Gefahr einer wachsenden Spannung zwischen Partei/Staat und der Bevölkerung abgeleitet hatte. Mehrere nachrichtendienstliche Einzelinformationen bestätigten diesen Sachverhalt, der vielen als Begründung dient, an der Wahl nicht teilzunehmen. Hinzu kam sicherlich auch der verbreitete Unmut über die neue Reiseverordnung vom 30.11.1988, der die Behörden bewog, einige der Bestimmungen zum 01.04.1989 wieder zu lockern.

2. Wählerverhalten vor der Wahl

Die Wahlversammlungen wurden bisher offenbar überwiegend gut besucht. Vielerorts machten die Teilnehmer lautstark ihrer Verärgerung über zahlreiche Mißstände Luft. Neben den bereits genannten Mängeln wurden häufig Umweltfragen angeschnitten und die einseitige Informationspolitik kritisiert. Häufig standen die Abgeordneten und Kandidaten den kritischen Fragen aus der Zuhörerschaft ratlos gegenüber. Stärker als bisher üblich wurden sie auch persönlich angegriffen, warf man ihnen Versäumnisse vor.

Auf massiven Druck der Anwesenden wurde auf verschiedenen Wahlversammlungen eine Änderung der Kandidatenliste erreicht. Die auch im ND bekanntgegebene Streichung des Bürgermeisters von Neuglobsow von der Kandidatenliste dürfte vorliegenden Informationen zufolge nur die Spitze eines Eisberges darstellen.

Einen Hinweis in dieser Richtung liefert auch die Rede von E. KRENZ am 03.03.1989, in der er eingestand, daß in den Arbeitskollektiven bis zu diesem Zeitpunkt 729 Kandidaten, in den Orts- und Wohnbezirksschüssen 824 Kandidaten zurückgewiesen worden waren. Im ND⁶ vom 14.03.1984 war dagegen nur von 261 abgelehnten Kandidaten in den Arbeitskollektiven die Rede gewesen.

Anhaltend bohrende Fragen aus der Bevölkerung bewirkten auch wiederholt ein verstärktes Eingehen staatlicher Stellen auf die Belange der Bürger. So bat z.B. der Rat des Kreises Demmin (Bezirk Brandenburg) die VEB⁷ Bezirksdirektion des Straßenwesens in Neubrandenburg, möglichst schnell eine Brücke über die Schwinke bei Loitz (Kreis Demmin) fertigzustellen, weil man sich der zahlreichen Fragen bei Wahlveranstaltungen kaum noch erwehren könne.

Offenbar sind Bewohner der DDR auch häufiger als früher bereit, Druckmaßnahmen seitens der Behörden hinzunehmen, wenn sie nicht zur Wahl gehen („falten gehen“). Dies trifft insbesondere für Erstwähler und andere junge Leute zu.

Vom Arbeitskreis Solidarische Kirche (AKSK)⁸ aus Berlin (Ost) wurde in der Presse bekannt (z.B. FAZ⁹ vom 19.04.89), daß 48 seiner Mitglieder schriftlich ihre Nichtteilnahme an der Wahl erklärten. Eine ähnliche Aktion veranstaltete der AKSK – Regionalgruppe Thüringen – bereits am 16. März d.J. Diese Erklärung (...) wurde von 18 Personen unterzeichnet. Maßnahmen der Behörden sind bisher nicht bekannt.

[...]

3. Wahlvorbereitungen

Ziel der Nationalen Front, dem Organisator der Kommunalwahlen, ist es, möglichst alle Wahlberechtig-

6 Neues Deutschland.

7 Volkseigener Betrieb.

8 Oppositionsnetzwerk der evangelischen DDR-Kirche.

9 Frankfurter Allgemeine Zeitung.

ten zur Abgabe ihrer Stimme zugunsten der Kandidaten der in der Nationalen Front zusammengeschlossenen Gruppierungen zu bewegen.

So sind in bestimmten Tätigkeitsbereichen (z.B. Hochschulen, Schifffahrt), die selbständige Wahlbezirke bilden, seit 15.04. die Wahllokale wie vorgesehen geöffnet. Bereits am 15.04. gaben z.B. im Hafen von Wismar die Besatzungen von vier Schiffen (72 Personen) ihr Votum ab. Einigen glaubhaften Hinweisen zufolge existieren in den Volkspolizeikreisämtern schon seit Anfang April Sonderwahllokale, die täglich bis 18.00 Uhr geöffnet sind. Hier haben Bewohner der DDR, die am Wahltag in der Bundesrepublik weilen, die Möglichkeit (= Pflicht), rechtzeitig zu wählen. Zum Teil deutliche Hinweise, daß die Reise-genehmigung versagt werde, wenn der Betreffende sein Wahlrecht nicht in Anspruch nehme, fördern die Bereitschaft zu wählen. Findet die Reise an einem anderen Termin statt, so wird mancherorts eine schriftliche Verpflichtung, am 07.05. bis zu einer bestimmten Uhrzeit zu wählen, abverlangt.

Eine unbestätigte Information weist darauf hin, daß die DDR die Zahl der Wahlberechtigten um die Zahl der Übersiedlungsantragsteller nach unten korrigiert hat, da man davon ausgeht, daß diese ohnehin nicht wählen werden. Hier böte sich ein geeigneter Ansatz, das Wahlergebnis zu manipulieren.

Für die Wahlvorbereitung und -durchführung hat die Nationale Front¹⁰ landesweit ca. 1 Mio. Wahlhelfer geworben, die vor allem in den Städten eingesetzt werden. Sie sollen u.a. dafür sorgen, daß jeder Wahlberechtigte seine Stimme abgibt. So haben bereits im Anfangsstadium der Wahlvorbereitung in den Bezirken zahlreiche sog. „Familiengespräche“ stattgefunden, in denen die Wähler ideologisch „betreut“ wurden. Bis Mitte März fanden z.B. im Bezirk Schwerin nahezu 40 000 derartige Gespräche statt. Für den Wahltag ist auch dieses Mal vorgesehen, alle diejenigen zuhause aufzusuchen, die bis 14.00 Uhr nicht gewählt haben. Hierfür werden auch, wie z.B. in Dresden, die Hausbuchbeauftragten eingesetzt.

Zu den Wahlvorbereitungen zählt auch die umfassende Behandlung der Wahlen in der Tagespresse. Detaillierte Zielvorgaben an die Bezirks- und Lokalredaktionen gewährleisten die geforderte „Qualität“ der Beiträge. So muß z.B. bei der Kandidatenvorstellung deren Vorbildfunktion für das Kollektiv herausgestellt werden. Im Übrigen belegt die auffallende Konzentration der Berichterstattung auf die Erfolge in der Wohnungsbaupolitik und in der Jugendarbeit die besonderen Defizite gerade auf diesen Gebieten. Nicht von ungefähr waren dies auch die Schwerpunkte auf den Plenartagungen der Bezirksverwaltungen im März.

4. Ausblick

Es ist sicherlich nicht damit zu rechnen, daß die Kommunalwahlen am 07.05.1989 insgesamt anders verlaufen werden als vor fünf Jahren. Perfekte Organisation und Druckmaßnahmen werden auch in diesem Jahr einen reibungslosen Ablauf garantieren.

Dennoch dürfte diese Wahl deutlicher als früher die Stimmungslage der Bevölkerung widerspiegeln, die – wie seit dem Herbst des letzten Jahres deutlich festzustellen ist – mutiger und entschlossener ihre Kritik am Regime äußert.

Dokument 2¹¹

Kennziffer: POL A 0125/89

Berichtsnummer: 32CA22058901

Titel/Betreff: Psychopolitische Lage in der DDR (Berichtszeitraum: September 1988 – Mai 1989)

Stand 22. Mai 1989

Aspekte der deutschen Teilung sind seit Jahren im Bewußtsein der DDR-Bevölkerung im Wesentlichen unverändert verankert. Eine im Auftrag der Partei- und Staatsführung durch das IPW¹² erstellte Analyse bestätigt, die ideellen und personellen Bindungen in die Bundesrepublik Deutschland sind intensiver, das deutsch-deutsche Zusammengehörigkeitsgefühl stärker als bisher offiziell angenommen worden war.

10 Zusammenschluss der Parteien und Massenorganisationen in der DDR, zuständig für die ideologische und organisatorische Vorbereitung der Wahlen.

11 Aufzeichnungen Politik, April bis Mai 1989, BND-Archiv, 14128.

12 Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR.

An erster Stelle der Freiheitsdefizite steht weiterhin die fehlende Freizügigkeit. Der Wunsch reisen zu können, hat sich zu einem Grundbedürfnis der Menschen in der DDR ausgeprägt. Die „neue“ Reiseverordnung ab 01. Januar 1989 hat wegen ihrer restriktiven Anwendung gegenüber der früheren Praxis zu republikweiter Empörung geführt, die zum 01. April erfolgte „Nachbesserung“ dürfte nur vorübergehend die Gemüter beruhigen.

Die verbesserten Reisemöglichkeiten seit einiger Zeit bringen mehr Vergleichsmöglichkeiten der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der beiden deutschen Staaten und steigern die Unzufriedenheit in der DDR.

Allgemein erhoffen sich Westreisende eine bessere Devisenausstattung, Pauschalzahlungen an das eigene Regime werden übereinstimmend abgelehnt. Ansehenssteigernd für die Bundesregierung hat sich die Einführung des „Begrüßungsgeldes“ ausgewirkt. Der Abbau der Grenzsicherungsanlagen an der ungarisch-österreichischen Grenze ruft verbreitet Betroffenheit und bange Ungewißheit hervor.

Antragsstellern auf Übersiedlung begegnet ein Großteil der Bevölkerung mit distanzierter Zurückhaltung, aufsehenerregende Kollektivhandlungen Ausreisewilliger werden mehrheitlich abgelehnt. Die Evangelische Kirche registriert einen „latent vorhandenen Ausreiser-Rassismus“. Teilweise isolieren sich Antragsteller in ihrer persönlichen und beruflichen Umwelt selbst.

Über die Einwanderungspraxis der Bundesrepublik Deutschland sind Unverständnis, Betroffenheit und spürbare Enttäuschung erkennbar. Eindeutig abgelehnt werden Asylsuchende, in der Tendenz negativ wird der Zustrom von Aussiedlern gewertet, deren Deutschstämmigkeit teilweise bezweifelt wird. Antragsteller auf Übersiedlung sehen sich selbst benachteiligt, machen originäre Rechte geltend („Wir als Deutsche...“).

Ausweitung des Tourismus in die DDR wird nicht uneingeschränkt befürwortet. Befürchtet werden: Bevorzugung der Westtouristen, Verschlechterung der Versorgungslage, Benachteiligung der eigenen Urlauber. Andererseits erhofft man sich Informations- und Kontaktmöglichkeiten.

Das Abschneiden der Republikaner bei den Wahlen in Berlin (West) (29.01.89) wurde von vielen fassungslos und mit Erschrecken registriert, es wurden Zusammenhänge hergestellt mit dem Aufkommen des Nationalsozialismus. Als Gegenposition hervorgehoben wird die antifaschistische Tradition der DDR.

Westliche Funkmedien haben weiterhin eine anhaltend hohe Bedeutung für die Bewußtseinshaltung und den Meinungsbildungsprozeß der DDR-Bevölkerung und im besonderen Maße der Jugend. Das Verlangen nach westlichen Printmedien ist weiterhin unverändert hoch. Insgesamt dürfte der Informationswert westlicher Medien über dem reinen Unterhaltungswert stehen.

Das Meldungsbild bestätigt Hinweise aus der Evangelischen Kirche (Ende 1987) über besorgniserregende Erscheinungen von Ausländerfeindlichkeit in der DDR. Die Einführung des Ausländerwahlrechts zu den Kommunalwahlen (07. Mai) hat diese Abneigung noch gefördert. Besonders unbeliebt sind: Polen, Schwarzafrikaner und Kubaner.

Reformpolitik GORBACHEVs findet weiterhin nachhaltige Resonanz, es wachsen Ungeduld über das langsame Voranschreiten und Bedenken über Erfolgsaussichten. Die starrsinnige Verweigerung der eigenen Führung stößt auf Unverständnis und Kritik. In den Betrieben wird eindeutig offener und kritischer diskutiert, Parteifunktionäre reagieren unsicher, oft aggressiv. Die Sympathie für GORBACHEV hat die Haltung zur Sowjetunion insgesamt positiv beeinflußt.

DDR-Führung zeigt seit 1988 stärkeres Interesse für die Stimmungslage in der Bevölkerung und bekundet dies auch. Die Ende 1988 von Günter SCHABOWSKI gegenüber Erich HONECKER geschilderte schlechte Stimmungslage der Bevölkerung von Berlin (Ost) wurde von diesem, bei Einräumung gewisser negativer Tendenzen, als überzeichnet bewertet. Eine daraufhin von HONECKER eingesetzte Arbeitsgruppe bestätigte SCHABOWSKIs Darstellung in vollem Umfang. Festgestellte Hauptursachen: Wohnungsprobleme, Versorgungsmängel, Funktionsprivilegien, Kluft zwischen der Bevölkerung und Staat/Partei.

Dokument 3¹³

Kennziffer: POL A 0133/89

Berichtsnummer: 32CA24058901

Titel/Betreff: DDR-Bewertung der Kommunalwahlen 1989

Stand 24. Mai 1989

[...]

2.3 Weitere Maßnahmen

Vielerorts wurde im Vorfeld des 07. Mai das Lebensmittelangebot deutlich verbessert. So gab es hin und wieder Bananen und Paprika zu kaufen. In zahlreichen Orten erhielt der Wahltag einen volksfestähnlichen Charakter mit Platzkonzerten und Spielen für Kinder. Landesweit waren aber vor allem seit dem 06.05. Sicherheitskräfte aller Art im Einsatz, um einen geordneten Ablauf der Wahl zu garantieren. Antragssteller auf Übersiedlung, die bereits ihren Laufzettel hatten, erhielten i.d.R. keine Wahlbenachrichtigungskarte mehr; Besuchsreisende, die z.B. für den 10.05. eine Reise in den Westen beantragt hatten, erhielten erst am 08. oder 09.05. die Genehmigung (wenn sie gewählt hatten).

[...]

4. Zusammenfassung

Sicherlich konnte von den Kommunalwahlen kein Ergebnis erwartet werden, das als Spiegelbild der Stimmung in der Bevölkerung gelten kann. Zu sehr bestimmter Sorge über die Auswirkungen eines mutigen Verhaltens bei der Wahl die Haltung der Wähler: Drohender Verlust von Reisemöglichkeit, Arbeit, Studienplatz etc. erzwangen Wohlverhalten. Vor diesem Hintergrund sind die von Partei- und Staatsführung konzedierte marginalen Zahlenveränderungen im veröffentlichten Wahlergebnis als Eingeständnis der verschärften innenpolitischen Situation und als ein Zurückweichen vor dem Druck aus der Bevölkerung zu werten.

Dokument 4¹⁴

Kennziffer: POL A 0175/89

Berichtsnummer: 32CA27068901

Titel/Betreff: DDR: Wertung der 8. Tagung des ZK¹⁵ der SED am 22. und 23. Juni 1989

Stand 13. Juni 1989

[...]

5. Innenpolitik

5.1 Kommunalwahlen

Geradezu trotzig wirkt die Wiederholung des amtlichen Wahlergebnisses, dem HERMANN „angesichts der vielschichtigen Entwicklung in der Welt (!) ... nationale und internationale Tragweite“ beimißt. Diese Feststellung sowie der Hinweis, daß „Provokationen von Vertretern bestimmter Gruppierungen sachlich und konsequent begegnet“ wurden, lassen darauf schließen, daß das Regime auch weiterhin Vorwürfen über Wahlfälschungen nicht nachgehen wird.

13 Aufzeichnungen Politik, April bis Mai 1989, BND-Archiv, 14128.

14 Aufzeichnungen Politik, Juni bis Juli 1989, BND-Archiv, 14129.

15 Zentralkomitee.

Dokument 5¹⁶

Kennziffer: POL A 0157/89

Berichtsnummer: 32CA14068901

**Titel/Betreff: DDR: Weitere Hinweise auf Manipulation bei den Kommunalwahlen am 07.05.1989
Stand 13. Juni 1989**

1. Aktuelle Situation

[...]

Demonstration und Reaktion belegen zum einen die anhaltende Verärgerung in der Bevölkerung in dieser Frage; sie zeigen aber auch die Dünnhäutigkeit des Regimes, das jeglichen Verdacht eines Wahlbetrugs von sich weist und nicht gewillt ist, den bohrenden Fragen nachzugehen. Auch der Appell der Leitung der Evangelischen Kirchen in der DDR, mit dem in der letzten Woche eine Beantwortung aller Eingaben zu diesem Thema angemahnt wurde, dürfte vergeblich verhallen.

Das nachrichtendienstliche Meldungsbild belegt und ergänzt Informationen, die von der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Berlin (Ost) und von der Presse berichtet wurden. Es begründet auch die harte Haltung der DDR und bestätigt eindrucksvoll die vielfältigen Befürchtungen, die bereits vor der Wahl in einem Schreiben der Ev.-Luth. Landessynode Sachsens von 04. April d.J. dargelegt wurden [...].

2. Weitere Hinweise auf Manipulationen

2.1 Wählerverzeichnisse

Aus mehreren Orten der DDR wird glaubhaft berichtet, daß die Wählerverzeichnisse, die am Wahltag die Grundlage für die Auszählung der Stimmen bildeten, schon „bereinigt“ waren. In ihnen waren verschiedene Personengruppen nicht enthalten, die insgesamt – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – folgendes Bild ergeben:

- Ausländische wahlberechtigte Arbeitnehmer
- Antragssteller auf Übersiedlung
- Personen mit bereits genehmigten Anträgen auf Übersiedlung
- Personen, von denen bekannt war, daß sie der Wahl fernbleiben würden, weil sie z.B. die Wahlbenachrichtigung nicht entgegengenommen, zerrissen oder zurückgeschickt hatten.

Es ist von hier nicht zu beurteilen, ob die Wählerverzeichnisse landesweit nach den genannten Kriterien erstellt wurden; Hinweise auf eine zentrale Richtlinie hierzu liegen jedenfalls nicht vor.

2.2 Auszählung

[...]

Ein deutlicheres Bild liefern (...) jene Auszählungen, die durch unabhängige Wahlbeobachter mitverfolgt wurden. Dies war insbesondere in Berlin (Ost) der Fall. Dort haben offenbar zahlreiche Vertreter unterschiedlicher und getrennt arbeitender Gruppen die Wahlen beobachtet. Detailinformationen liegen aber auch aus anderen Regionen vor, wo insbesondere kirchennahe Gruppierungen die Auszählungen verfolgten [...].

Alle zur Verfügung stehenden Angaben weichen deutlich von den offiziellen Wahlergebnissen ab.

[...]

3. Problembewußtsein auf staatlicher Seite

Bereits im Vorfeld der Kommunalwahlen waren offenbar Maßnahmen ergriffen worden, die darauf abzielten, in diesem Jahr vermehrt erwarteten Protesten aus der Bevölkerung den Boden zu entziehen. So wurden – wie aus einem Bezirk bekannt wurde – z.B. die Kandidaten einer gründlicheren Prüfung als früher unterzogen. Kritik und Ablehnung waren durchaus im Sinne der Wahlleitung. Das gesamte Hilfspersonal war für den Wahltag angewiesen worden, alles zu tun, um einen möglichst korrekten Ablauf der Wahl zu garantieren und so den Beobachtern keine Angriffsfläche wegen Unregelmäßigkeiten zu geben.

16 Aufzeichnungen Politik, Juni bis Juli 1989, BND-Archiv, 14129.

Dies bedeutete freilich nicht, daß man sich auf verantwortlicher Seite der Möglichkeit begeben wollte, die Wahlergebnisse nach eigenen Vorstellungen zu „berichtigen“ (z.B. durch mehrfache Nutzung der in Sonderwahllokalen gewonnenen Resultate).

Einem zuverlässigen Hinweis zufolge soll Politbüro-Mitglied KRENZ kürzlich im vertrauten Kreis den „unklaren Wahlmodus“ kritisiert haben, der bei der DDR-Bevölkerung zu zahlreichen Vorwürfen über Unregelmäßigkeiten oder Manipulationen bei den Kommunalwahlen im Mai geführt hat. KRENZ habe sich insbesondere dagegen gewandt, daß die DDR-Behörden vor den Wahlen nicht eindeutig klargestellt hätten, wann ein Stimmzettel als Ablehnung des Wahlvorschlages oder als Ja-Stimme zu werten sei. Durch entsprechende Information der DDR-Bevölkerung, so KRENZ, hätte man sich „viel Ärger“ ersparen können, der dem Ansehen der DDR auch international sehr geschadet habe. Dies sei eigentlich ein zu hoher Preis für den zusätzlichen Gewinn einiger Prozente an Ja-Stimmen gewesen.

Inwieweit diese bemerkenswerte Ansicht von E. KRENZ, dem Vorsitzenden der Wahlkommission der Republik, einen Versuch der Selbstrechtfertigung darstellt oder seine ehrliche Meinung wiedergibt, bleibt offen. Jedenfalls deutet dieser Sachverhalt auf ein gewisses Schuldbewußtsein und auf ein Eingeständnis der Wahlmanipulation hin.

Eine Korrektur des Wahlergebnisses und damit das offene Eingeständnis einer Wahlfälschung ist aber nicht zu erwarten; es bleibt allenfalls die Hoffnung, wie auch Bischof FORCK äußerte, daß es das nächste Mal anders wird.

b) Michail Sergejewitsch Gorbatschow

Dokument 6¹⁷

Kennziffer: POL A 0039/89

Berichtsnummer: 32CB10028901

Titel/Betreff: Haltung der DDR-Führungsspitze zur Reformpolitik GORBACHEVs (Ideologisch-politische Aspekte)

Stand 10. Februar 1989

Die Haltung der DDR-Führungsspitze weist folgende ideologische/politische Schwerpunkte auf:

1. Aus DDR-Sicht gibt es kein allgemeingültiges, feststehendes Modell des Sozialismus, das verbindlich für alle sozialistischen Staaten wäre; ein ideologisch begründeter „äußerer Reformdruck“ existiert daher nicht.
2. Die DDR nimmt für sich in Anspruch, im Einklang mit den Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu gestalten und zwar in Form eines den jeweiligen Gegebenheiten/Realitäten angepaßten (revolutionären) Prozesses. Berührungspunkte vor *Perestrojka* bestreitet sie. Sie sei seit 1971 auf „Erfolgskurs“ (HONECKERs Amtsantritt).
3. An der absoluten Vormachtstellung der SED hält die DDR fest; eine Reduzierung auf eine bloße Leitfunktion kommt für sie nicht in Frage. Die Übernahme marktwirtschaftlicher Elemente lehnt die SED ab und beharrt demgegenüber auf der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.“
Aus SED-Sicht werden die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Klassen und Schichten infolge der Existenz von Blockparteien und gesellschaftlichen Organisationen in der DDR ausreichend wahrgenommen.
Die DDR hält an der bestimmenden Rolle der Ideologie fest; einen „sozialistischen Meinungspluralismus“ lehnt sie ab („Sputnik“-Verbot).
Damit sind deutlich Gegenpositionen zur GORBACHEVschen Reformpolitik markiert.
4. Die DDR erhebt ihre Lage an der „Trennlinie zwischen zwei Gesellschaftssystemen und Militärbündnissen“ zur Kernfrage bei der weiteren Gestaltung ihrer Politik. Die politische Stabilität der DDR müsse unter allen Umständen – als wesentliches Element der Friedenssicherung in Europa – erhalten bleiben. Von daher kommt dem deutsch-deutschen Verhältnis in Zukunft auch im Zusammenhang mit der Frage nach *Perestrojka* in der DDR besondere Bedeutung zu.

¹⁷ Aufzeichnungen Politik, Januar bis Februar 1989, BND-Archiv, 14126.

5. Blockintern droht der DDR durch ihre Haltung eine gewisse Isolierung bzw. der Eindruck des Schulter-schlusses mit CEAUSESCU. Tatsächlich dürfte die DDR mit Rumänien nur die Ablehnung von *Perestrojka* verbinden.
6. Insgesamt hat sich die DDR ferner (auch gegenüber der UdSSR) einem erheblichen Rechtfertigungsdruck ausgesetzt.
Dieser – auch nach innen bestehende – Rechtfertigungsdruck macht ideologische Fragen für die DDR zu einem zentralen Thema.
Die Ideologiekontakte mit Moskau (HAGER-MEDVEDEV im Dezember 1988 und AXEN-YAKOVLEV am 26./27.01. d.J.) dürften einerseits der Reduzierung der im bilateralen Verhältnis aufgetretenen Spannungen dienen, andererseits Moskau aber auch Einwirkungsmöglichkeiten auf die DDR-Haltung eröffnen.

Dokument 7¹⁸

Kennziffer: POL A 0147/89

Berichtsnummer: 32BB07068901

Titel/Betreff: Deutsch-sowjetische Beziehungen im Vorfeld des GORBACHEV-Besuches in der Bundesrepublik Deutschland (12.-15.06.89)

Stand 07. Juni 1989

Im Vorfeld des GORBACHEV-Besuches in der Bundesrepublik Deutschland stimmen die aktuellen Hinweise darin überein, daß bei diesem Anlaß spektakuläre neue Impulse, namentlich auf dem Gebiet der Deutschland- und Berlin-Politik, nicht zu erwarten sind. Moskau betont das sowjetische Interesse an langfristig stabilen Beziehungen, die Fortschritte auf wirtschaftlichem und technisch-wissenschaftlichem Gebiet, beim Rüstungskontrolldialog sowie im kulturellen Bereich ermöglichen.

[...]

Die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Einbeziehung von Berlin (West) zeigen jedoch, daß sowjetische Konzessionsbereitschaft in Angelegenheiten, die aus der Sicht Moskaus den seit Kriegsende gegebenen Status quo tangieren, kaum zu erwarten ist.

Dementsprechend sind auch hier bekannt gewordene Besorgnisse der DDR-Führung, die Verbesserung des Verhältnisses Bonn-Moskau könnte grundlegenden Interessen der DDR schaden, ohne aktuellen Bezug.

Die Irritationen in Berlin (Ost) dürften sich nicht zuletzt auf die von hochrangigen sowjetischen Sprechern (u.a. GORBACHEV, MOYSEYEV) verfolgte Linie beziehen, die Existenz der deutschen Frage nicht a priori zu leugnen. Dies widerspricht – trotz GORBACHEVs Verweis jeglicher praktischer Veränderungen in eine ferne Zukunft – dem Interesse der DDR-Führung. Unbehagen dürfte in Berlin (Ost) auch die sowjetische Bereitschaft ausgelöst haben, sich mit Bonn über die Einrichtung eines deutschen Kulturinstituts in Moskau zu einigen, während mit der DDR kein in vergleichbarer Weise ergebnisorientierter Kommunikationsstrang zu dieser Thematik besteht (dies ist auch ein Reflex der zwischen der Sowjetunion und der DDR kontrovers geführten Reformdiskussion).

[...]

4. Aspekte der sowjetischen Berlin-Politik

[...]

Die sowjetischen Bemühungen, die DDR-Führung von ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den Reformbestrebungen im Sowjetblock abzubringen, sind offensichtlich darauf gerichtet, eine weitere Einbuße an politischer Legitimität zu vermeiden, die sich aus einem weiteren Ausbau pluralistischer Ansätze in der sowjetischen Einfluß-sphäre ergeben könnten. Die DDR-Führung hat sich diese Perspektive jedoch nicht zu eigen gemacht, teils aus Befangenheit in überkommenen ideologischen Vorstellungen, die mit dem Hinweis auf den (relativen) „Erfolg“ der eigenen Politik gestützt werden sollen, teils aber auch aus Angst vor einer Erosion der eigenen Machtbasis, sobald die ideologischen Strukturen angetastet werden, die nicht zuletzt der Abgrenzung von der Bundesrepublik Deutschland dienen. Eine Überbrückung dieser grundlegenden Differenzen im Verhältnis zur sowjetischen Führung ist derzeit nicht absehbar.

¹⁸ Aufzeichnungen Politik, Juni bis Juli 1989, BND-Archiv, 14129.

Diese Differenzen sind ein weiteres Motiv für das Mißtrauen der DDR-Seite gegenüber dem sowjetischen Bestreben, das eigene Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland zu verbessern. Dementsprechend hat nach einem aktuellen Hinweis die SED-Führung für ein taktisches Vorgehen gegenüber Bonn auch mit Blick auf mögliche Veränderungen nach der nächsten Bundestagswahl plädiert, was Moskau jedoch strikt abgelehnt habe. Vor diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, wenn die DDR-Führung – nach hier vorliegenden Erkenntnissen – mit dem sowjetischen Konsultationsverhalten in Bezug auf die weitere Gestaltung des Verhältnisses Moskau-Bonn unzufrieden ist.

Dokument 8¹⁹

Kennziffer: POL M 0408/89

Berichtsnummer: 32BB15068901

Titel/Betreff: Sondierungen Sowjetunion – DDR zur Berlin-Politik

Stand 15. Juni 1989

Einer zuverlässigen Meldung zufolge hat die Sowjetunion der DDR-Führung kürzlich zu verstehen gegeben, daß Moskau im Berliner Viermächteabkommen noch ein „ungenutztes Gestaltungspotential“ sehe. In diesem Zusammenhang habe die sowjetische Seite „entspannungsfördernde Maßnahmen“ angeregt, insbesondere seien Verbesserungen bei den Reise- und Besuchsmöglichkeiten sowie eine Reduzierung des Zwangsumtauschs angesprochen worden. Moskau habe seinen Vorstoß mit den positiven Entwicklungen im Ost/West-Dialog sowie mit zu erwartenden „konstruktiven“ Impulsen beim GORBACHEV-Besuch in Bonn begründet, die sich letztlich für ganz Europa positiv auswirken könnten. Des Weiteren habe die sowjetische Seite darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige politische Entwicklung in Berlin (West) Initiativen im Sinne dieser Vorstellungen Moskaus opportun erscheinen ließen. Die DDR habe sich den sowjetischen Vorstellungen gegenüber zunächst reserviert gezeigt. Man habe darauf verwiesen, daß Berlin (Ost) zuerst die GORBACHEV-Visite in der Bundesrepublik Deutschland sowie die Ergebnisse abwarten wolle.

Anmerkung

Die Meldung unterstreicht einerseits die sowjetische Bereitschaft, sich im Verhältnis zu Bonn auf möglichst allen wichtigen politischen Gebieten dialogfähig zu geben, andererseits wird deutlich, daß die Perspektiven der sowjetischen Berlinpolitik begrenzt sind. Dabei ist bemerkenswert, daß die von sowjetischer Seite vorgeschlagenen Maßnahmen zwar für die DDR sensible Themenbereiche betreffen, die für Moskau kritischen Status-Fragen jedoch nicht direkt tangieren.

Dokument 9²⁰

Kennziffer: POL A 0196/89

Berichtsnummer: 32CA14078901

Titel/Betreff: DDR-Innenpolitik

hier: Reaktionen in der DDR-Bevölkerung auf den Besuch GORBACHEVs in der Bundesrepublik Deutschland (12.-15. Juni 1989)

Stand: 14.07.1989

1. Die DDR-Medien haben vergleichsweise sachlich und in angemessenem Umfang über den GORBACHEV-Besuch berichtet. Die Informationsbedürfnisse dazu wurden jedoch fast ausschließlich über die Westmedien gestillt, wie der überwiegenden Zahl der Informationen zu entnehmen ist.
2. Der Besuch wurde in der Bevölkerung sehr interessiert und aufmerksam verfolgt; er fand fast ausschließlich Zustimmung. Allgemein überrascht, aber auch beeindruckt zeigte man sich in weiten Teilen der DDR-Bevölkerung über die spontane Begeisterung und die Herzlichkeit, die GORBACHEV und seiner Frau entgegenschlugen und über die immer wieder feststellbaren gefühlsbetonten Regungen. Mit einiger Verwunderung wurde dabei, oft fragend, registriert, wie ein derartiger Empfang auf völlig freiwilliger Basis und nicht auf „Befehl und Bestellung“ zustande kommen kann.

¹⁹ Meldungen Politik, Juni bis Juli 1989, BND-Archiv, 14112.

²⁰ Aufzeichnungen Politik, Juli bis September 1989, BND-Archiv, 14130.

Wie bei allen politischen Ost-West-Ereignissen dominierte im Meinungsbild wiederum die mit großen persönlichen Hoffnungen verbundene Feststellung: Es sei gut, daß dieser Besuch jetzt stattfinde; wenn das Verhältnis Sowjetunion – Bundesrepublik Deutschland gut sei, übertrage sich dies auch positiv auf das Klima zwischen Ost und West und besonders auf das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten, davon erhoffe man sich wiederum mehr persönliche Freiheiten und vor allem mehr Reisemöglichkeiten.

Diese Verengung und Reduzierung politischer Ost-West-Ereignisse auf individuelle freiheitliche Erwartungen kann seit Jahren im Meldungsbild beobachtet werden.

Einzelstimmen gehen sogar so weit, diesen Besuch mit einer (in ferner Zeit liegenden) Wiedervereinigung und/oder dem Wegfall der Berliner Mauer in Verbindung zu bringen.

Die im Stimmungsbild durchaus vorhandenen Sympathiebekundungen beziehen sich in erster Linie auf die Person des sowjetischen Staatsoberhauptes, sie resultieren weniger aus den Besuchsergebnissen. So findet (bis jetzt) die „Gemeinsame Erklärung“ mit ihren grundsätzlichen Aussagen zum Selbstbestimmungsrecht und zu den Menschenrechten keinen Niederschlag im vorliegenden Meinungsspektrum der Bevölkerung.

3. Mehrheitlich scheint sich auch der nicht näher begründete Eindruck verfestigt zu haben, ein gelungener Besuchsverlauf GORBACHEVs in der Bundesrepublik Deutschland gehe zu Lasten der eigenen Partei- und Staatsführung, wiederum verbunden mit der Hoffnung, sie könne nun ihre starre Verweigerungshaltung gegenüber GORBACHEV und seinem Reformkurs nicht mehr länger aufrechterhalten. Im Vergleich mit dem dynamisch wirkenden „Hoffnungsträger Gorbi“ dürfte das Ansehen der eigenen überalterten Führung noch deutlicher auf einem Tiefpunkt angelangt sein. Andererseits werden mit der positiven Wertung des Besuchs oft auch Hoffnungen auf ein Gelingen der Reformen in der Sowjetunion verbunden (Da sieht man, „wie bitter notwendig *Perestroyka* ist“. „GORBACHEV braucht das Wohlwollen des Westens für seine Politik“).
4. Einzelhinweisen zufolge konnte man in Kreisen von SED-Mitgliedern und unteren Funktionärsschichten hinsichtlich des Besuchsablaufs auch Skepsis und ein gewisses Mißtrauen feststellen – aber auch Nachdenklichkeit. Wirtschaftsfunktionäre äußerten Bedenken wegen der zwischen Moskau und Bonn abgeschlossenen Wirtschaftsvereinbarungen, die sich für die DDR nachteilig auswirken könnten.

Ebenfalls nur vereinzelt sind Meinungen feststellbar, die auf ein gewisses Unverständnis schließen lassen:

- „Man sollte sich vom Auftreten GORBACHEVs nicht blenden lassen, 1961 waren die Sowjets schließlich für den Mauerbau.“
 - „Das ganze Gefasel von Frieden und Abrüstung hat ausschließlich finanziellen Hintergrund, „Gorbi“ braucht einfach Geld, sonst scheitert er mit seinen Reformen.“
 - „Wenn das so weitergeht, werden wohl auch Sowjetbürger bald in den Westen fahren können, wie sie wollen.“
5. Im zentralen Parteiapparat der SED ist man über die Stimmungslage der Bevölkerung zum GORBACHEV-Besuch offenbar hinreichend informiert, wie folgende Zusammenfassung zeigt; danach
 - gebe es in weiten Teilen der DDR-Bevölkerung eine nahezu übereinstimmende, positive Bewertung des Besuches,
 - herrsche bei vielen Bürgern Genugtuung darüber, daß es bei den führenden Repräsentanten der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland in wichtigen Grundsatzfragen entweder weitgehende Übereinstimmung oder zumindest ähnliche Betrachtungsweisen gebe,
 - bestehe großes Verständnis für die „spontane und intensive Zuneigung“, die GORBACHEV in der Bundesrepublik Deutschland entgegengebracht worden sei, da man in der Bevölkerung der DDR die gleichen Empfindungen für ihn habe und ähnliche Hoffnungen hege, sei es selbst in Parteikreisen augenfällig, daß sich mit KOHL und GORBACHEV keine Gegner, sondern verständigungsbereite Männer getroffen hätten.

Dokument 10²¹

Kennziffer: -

Berichtsnummer: 31B-0115/89 VS-Vertr.

BND-Tagesunterrichtung

Vorausmeldungen – noch nicht voll ausgewertet

Titel/Betreff: Einschätzung des Bonner GORBACHEV-Besuches durch KRENZ

Z.d.F.²²: Mitte Juni 1989

Stand 21. Juni 1989

Einem Hinweis zufolge hat das Politbüromitglied KRENZ die kürzliche GORBACHEV-Visite in der Bundesrepublik Deutschland als einen „unbestreitbaren Erfolg“ und eine weitere Konsolidierung der Machtposition des Kremlchefs bezeichnet. Allein durch die gekonnte medienwirksame Inszenierung seines Besuchs sei es GORBACHEV gelungen, insbesondere auch bei der sowjetischen Bevölkerung viele Pluspunkte zu sammeln. Angesichts der vielfältigen Probleme, denen sich der Generalsekretär gegenübersehe, sei dieser Erfolg für GORBACHEV auch nötig gewesen, bedeute er gleichzeitig doch einen Schlag für seine zahlreichen Widersacher. Im Übrigen hätten Verlauf und Ergebnisse des Besuchs die DDR-Führung kaum überrascht, da man schon im Vorfeld durch SHEVARDNADZE über den Rahmen der Reise informiert worden sei. Kritisch angemerkt werden könne lediglich, daß manche der Formulierungen GORBACHEVs einen „Interpretationsspielraum“ gelassen hätten und damit geeignet seien, in gewissen Kreisen der Bundesrepublik Deutschland „realitätsfernen Träumereien“ Vorschub zu leisten.

Dokument 11²³

Kennziffer: POL M 0493/89

Berichtsnummer: 32BD21078901

Titel/Betreff: Sowjetische Einschätzung der SED-internen Situation

Stand 21. Juli 1989

Nach Aussage eines hohen sowjetischen Parteifunktionärs ist die Situation in der DDR derzeit durch ein geradezu vehementes Bemühen der „Genossen der ersten Stunde“ gekennzeichnet, ihren politischen Kurs für die nächsten Jahre noch einmal festzuschreiben. Anzeichen hierfür seien das gesteigerte Beharren auf dem eigenen sozialistischen Entwicklungsweg („Sozialismus in den Farben der DDR“) sowie das nachdrückliche Vorgehen gegen „oppositionelle“ Erscheinungen in der SED. Nach sowjetischen Erkenntnissen werden alle auch nur ansatzweisen Versuche von aufgeschlossenen Kräften in der SED vom doktrinären Kern genau beobachtet und ohne Nachsicht unterbunden, sei es durch parteiinterne Isolation, sei es durch Herausdrängen aus der Partei oder zumindest aus deren Funktionen. Diese Bemühungen scheinen umso verbissener zu werden, je mehr Sachzwang zu sozialistischen Veränderungen steige.

[...]

Gleichwohl gehe Moskau davon aus, daß es dem dogmatischen Parteiestablishment allenfalls mittelfristig gelingt, seine starre Linie fortzuschreiben. Selbst eine Parteisäuberung, wie sie derzeit mit dem Umtausch der Parteibücher im Gange sei, könne einen politischen Innovationsprozeß auch in der DDR auf Dauer nicht aufhalten.

21 BND-Tagesunterrichtung, 2. Mai bis 31. August 1989, BND-Archiv, 14089.

22 Zeit der Feststellung.

23 Meldungen Politik, Juli bis August 1989, BND-Archiv, 14113.

c) Ungarn

Dokument 12²⁴

Kennziffer: POL A 0136/89

Berichtsnummer: 32CA30058901

Titel/Betreff: Einschränkung der Reisemöglichkeiten nach Ungarn

Stand 30. Mai 1989

1. Abnehmende Reisemöglichkeiten nach Ungarn; Gründe

Der Beginn des Abbaus der tschechischen Sperranlagen durch ungarische Behörden entlang der Grenze zu Österreich hat in der DDR-Bevölkerung verbreitet die Diskussion über künftige Reisemöglichkeiten in das sozialistische Bruderland intensiviert.

Schon seit geraumer Zeit blickten reiselustige DDR-Bewohner besorgt nach Ungarn und gelangten häufig zu der Erkenntnis, „in diesem Jahr werde es wohl nichts mit einem Urlaub“ in Budapest oder am Plattensee, weil der Urlaub unerschwinglich geworden sei, weil man sich während des Besuchs kaum etwas leisten könne. In der Tat hat Ungarn in den Augen der finanzschwachen DDR-Besucher drastische Autobahngebühren eingeführt. Selbst einfache Unterkünfte sind kaum zu bezahlen [...].

Die DDR trägt ihrerseits dazu bei, den Reiseverkehr einzuschränken. Gleichlautenden Informationen aus unterschiedlichen Quellen zufolge hat sie den Höchstumsatz von 40,- M/DDR pro Tag auf 30,- M/DDR gekürzt und auf zwölf Tage pro Jahr begrenzt. Der DDR-Urlauber kann zwar länger in Ungarn weilen, hat aber nur Forint im Gegenwert von höchstens 360,- M/DDR zur Verfügung.

Seit April d.J. mehren sich Stimmen in der DDR-Bevölkerung, die angesichts der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Ungarn befürchten, daß man dieses Land als Reiseziel in absehbarer Zeit „vergessen“ könne. Ganz klar wird festgestellt, daß die Reformpolitik, die Einführung eines Mehrparteiensystems und – neuerdings – der Abbau der Grenzsperranlagen zu einer Annäherung Ungarns an den Westen und damit zwangsläufig zu einer Abwendung von der DDR führen müsse. „Es ist wohl logisch, daß man da nicht mehr hinfahren kann“, stellt resigniert ein Bewohner der DDR fest und vermutet, daß auch alle Verträge mit Reisebüros für Reisen nach Ungarn rückgängig gemacht werden.

2. Restriktivere Genehmigungspraxis der DDR-Behörden

Bisher verfügbare Informationen über das Verhalten der Behörden belegen, daß die Besorgnis in der Bevölkerung („Erst stecken sie uns in einen Sack – und jetzt machen sie ihn auch noch zu“) nicht aus der Luft gegriffen ist. Schon im April d.J. mehrten sich Hinweise, nach denen vereinzelt die zuständigen Stellen keine Reiseanträge nach Ungarn entgegennahmen oder bereits erteilte Genehmigungen wieder rückgängig machten.

Nach den Kommunalwahlen am 07.05. häuften sich Ablehnungen bereits genehmigter Reisen auffallend. [...] Dem Meldungsbild zufolge scheinen die Bezirke Berlin (Ost), Suhl und Leipzig hierbei eine besonders restriktive Praxis zu üben. Hin und wieder erhielten die Antragsteller lapidare Auskunft, daß man Privatreiseanträge nach Ungarn nicht mehr stellen könne. Überwiegend aber wurde die Bearbeitung von Anträgen kommentarlos abgelehnt.

Insgesamt ergibt die Behördenpraxis derzeit jedoch kein einheitliches Bild. Mancherorts wurden z.B. noch Individualreisen genehmigt, wenn sie noch in den nächsten Wochen angetreten werden (...). Gruppenreisen scheinen derzeit noch großzügiger genehmigt zu werden als Einzelreisen, wenngleich auch hier eine deutlich härtere Gangart festzustellen ist. [...]

Zusätzlich wurde bekannt, daß in mehreren Fällen z.T. lange Jahre bestehende Verträge zwischen DDR- und ungarischen Betrieben, im Sommer Urlauberguppen auszutauschen, in nächster Zeit gekündigt werden (überwiegend zum 01.07.).

24 Aufzeichnungen Politik, April bis Mai 1989, BND-Archiv, 14128.

3. Hinweise auf eine zentrale Entscheidung

Einer sehr zuverlässigen nachrichtendienstlichen Information zufolge informierte das ZK der SED Anfang Mai alle Bezirksleitungen über die Lage in Ungarn. Das Land befinde sich „am Scheideweg“, es herrsche dort „politisches und ökonomisches Chaos“. In den Bezirken wurde offenbar diese Information in Parteiversammlungen behandelt und – allerdings unterschiedlich – umgesetzt. [...]

Informationen aus einigen Bezirken belegen, daß die zuständigen Dienststellen der VP²⁵ angewiesen wurden, wie bisher die Reiseanträge nach Ungarn anzunehmen, sie aber wie Reisen in NSW-Staaten²⁶ zu behandeln. Dies würde bedeuten, daß Genehmigungen für Reisen nach Ungarn nach den Maßstäben erteilt werden, die auch für Reisen in die Bundesrepublik gelten. Es ist nicht auszuschließen, daß die DDR diese Praxis in nächster Zeit auch in Form einer weiteren Durchführungsbestimmung zur Reiseverordnung vom 30.11.1988 der Öffentlichkeit präsentieren wird; Detailinformationen nennen überwiegend den 01.06. oder den 01.07.89.

Wenngleich derzeit eine landesweit einheitliche Genehmigungspraxis noch nicht erkennbar ist, so belegt das sehr dichte Meldungsbild aber eindeutig, daß entgegen der offiziellen Berichterstattung (Junge Welt vom 19.05.89) Privatreisen nach Ungarn nur noch sehr eingeschränkt möglich sind.

Dokument 13²⁷

Kennziffer: POL M 0465/89

Berichtsnummer: 32CA13078901

Titel/Betreff: DDR: Künftige Rahmenbedingungen für touristische Reisen nach Ungarn

Stand 13. Juli 1989

Von einer Quelle mit Verbindungen zu hochrangigen SED-Funktionären wurde bekannt, daß die DDR beabsichtige, Ungarn ab 01. September 1989 wie ein NSW-Reiseland zu behandeln. (Zitat: „Ungarn wird ab 01.09.1989 zugemacht“).

Zur Sicherung der Reisemöglichkeiten nach Rumänien und Bulgarien nach diesem Datum habe die DDR offenbar die Einrichtung eines Transitweges durch die Sowjetunion ins Auge gefaßt (DDR-ČSSR-UdSSR-Rumänien/Bulgarien). Moskau habe ein solches Ansinnen jedoch abgelehnt. Daher können Rumänien und Bulgarien ab dem 01.09.1989 nur noch auf dem Luftwege erreicht werden.

Mit der Einführung der neuen Bestimmung zum 01.09.89 trage die DDR der in den Sommermonaten zu erwartenden Reisewelle nach Ungarn, Bulgarien und Rumänien Rechnung. Ein früherer Zeitpunkt der Einschränkung hätte nämlich ca. 600 000 DDR- Bürgern den Urlaub in den genannten Ländern genommen.

Diese Maßnahmen seien vor dem Hintergrund der als Konterrevolution bewerteten inneren Entwicklung Ungarns zu sehen. Die DDR gehe davon aus, daß Ungarn den WP²⁸ und den RGW²⁹ verlassen werde.

Stellungnahme

Zahlreiche hier vorliegende Informationen unterstreichen, daß die DDR daran denkt, nach den Sommerferien 1989 das beliebte Reiseland Ungarn als eines derjenigen sozialistischen Länder zu streichen, in die „Privatreisen [...] ohne Vorliegen besonderer Gründe erfolgen (können)“. Stattdessen soll das Land, dessen innere Entwicklung man in der DDR „mit großer Sorge“ betrachtet, touristisch z.B. mit der Bundesrepublik Deutschland oder Jugoslawien gleichgestellt werden.

Das Meldungsbild liefert darüber hinaus deutliche Anhaltspunkte für eine zweite Durchführungsbestimmung zur Reiseverordnung vom 30.11.1988. Wie die erste, die zum 01.04.89 wirksam wurde, soll auch die zweite Durch-

²⁵ Volkspolizei.

²⁶ Nicht-Sozialistisches Wirtschaftsgebiet.

²⁷ Meldungen Politik, Juli bis August 1989, BND-Archiv, 14113.

²⁸ Warschauer Pakt (Militärbündnis kommunistischer Staaten Europas; 1955 „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ zwischen Albanien (bis 1961), Bulgarien, DDR, Ungarn, Rumänien, Polen, Tschechoslowakei und UdSSR geschlossen; Auflösung 1991.

²⁹ Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

führungsbestimmung weitere Erleichterungen im Westreiseverkehr bringen (entfernte Verwandte, Bekannte). Hier drängt sich der Eindruck auf, als wolle die DDR mit einer Paketlösung innenpolitische Probleme beseitigen. Einerseits will die DDR als schädlich empfundene Reformeinflüsse von Staat und Gesellschaft fernhalten; auf der anderen Seite wäre eine Lockerung der Westreisemöglichkeiten auf ein schon früher praktiziertes Niveau sicherlich geeignet, die zu erwartende Verärgerung über die Reisebeschränkungen nach Ungarn aufzufangen. Sie trüge im Übrigen auch beharrlichen Forderungen aus evangelischen Kirchenkreisen Rechnung und könnte propagandistisch genutzt werden (KSZE³⁰!).

Insgesamt läßt das z.T. widersprüchliche Bild vermuten, als befinde sich die DDR in Bezug auf den touristischen Reiseverkehr nach Ungarn in einer Testphase, ähnlich jener im Vorfeld der Reiseverordnung vom 30.11.88. Damals wie heute behandelten die zuständigen Behörden Reiseanträge unterschiedlich restriktiv. Im Hinblick auf Reisen nach Ungarn kann derzeit insbesondere eine Beeinträchtigung der Individualreisen festgestellt werden, während Gruppenreisen überwiegend problemlos stattfinden können. Weiterhin fällt z.B. auf, daß Reiseanträge mit dem Hinweis abschlägig beschieden werden, das gewünschte Ziel sei überfüllt. Oft wird die Reiseanlage nicht rechtzeitig ausgehändigt oder die Behörden bestehen auf neuen Reisedokumenten, weil die vorhandenen angeblich in schlechtem Zustand sind. Einberufungen zu Reserveübungen bei der NVA³¹, schikanöse Behandlung bei der Ausreise durch die Grenzorgane der DDR, Reiseverbot für Wehrpflichtige, kommentarlose Streichung von Auszeichnungsreisen, Zurückweisen von Reiseantragsstellern und andere Maßnahmen ergänzen die Palette an Restriktionen; sie stehen in krassem Gegensatz zu offiziellen Äußerungen, die beharrlich Einschränkungen im Besuchsreiseverkehr nach Ungarn dementieren.

Dokument 14³²

Kennziffer: POL A 0208/89

Berichtsnummer: 32CA25078901

Titel/Betreff: DDR: Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland – aktuelle Situation

1. Politische Interessenlage – Auswirkungen auf die Genehmigungspraxis bei Übersiedlungsanträgen

Die „Verordnung über Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Ausland“ vom 30.11.1988 zielt im § 10 („Ständige Ausreise“) sicherlich auf eine Eindämmung der Übersiedlerzahlen. Tatsächlich jedoch hat der Übersiedlerstrom seit Jahresbeginn zunächst kontinuierlich, von April auf Mai sogar sprunghaft zugenommen, was im Ergebnis bedeutete, daß zur Jahresmitte 1989 die Zahlen der Legalübersiedler die Gesamtzahlen von 1988 bereits deutlich übertroffen hatten. (37 071 : 29 033 gem. BMI/VtK I 6). Die DDR nahm und nimmt im Zuge dieser Entwicklung („Übersiedlungswelle“) in Kauf, daß sich die ohnehin angespannte Wirtschaftssituation durch den Abfluß oft qualifizierter Arbeitskräfte weiter verschärft und daß die Zahl der Antragsteller, ermutigt durch die häufig problemlose Genehmigung, weiter anschwillt. Es wird deutlich, daß die SED ökonomische Interessen (gesellschafts)politischen und ideologischen unterordnet.

Zahlreiche Anträge wurden sicherlich im Hinblick auf eine möglichst störungsfreie Durchführung der Kommunalwahlen vom 07.05.89 genehmigt. In diesem Zusammenhang war auch über das Ziel berichtet worden, durch vermehrte Übersiedlungsgenehmigungen zur Lösung des Wohnungsproblems beizutragen. In der Tat scheint diese Frage die innenpolitisch brisanteste zu sein, und „nur deshalb bewegt sich in Bezug auf Übersiedlungsgenehmigungen so viel“, wie zuverlässig bekannt wurde. Politbüromitglied J. HERRMANN hatte in seinem Bericht anlässlich der 8. Tagung des ZK der SED am 22.06.89 die katastrophale Situation auf diesem Gebiet beschrieben. Die Sorge, daß man bis zum Ende des laufenden Fünfjahresplanes die Wohnungsfrage nicht werde lösen können, klingt auch im Bezirksorgan der SED Potsdam an. Die „Märkische Volksstimme“ schreibt am 27.06.: „... Denn nicht einmal ein ganzes Jahr ist letztlich nur ein kurzer Zeitabschnitt für die endgültige Lösung der Aufgaben, die wir mit und seit dem XI. Parteitag auf unsere Fahnen schrieben“. Dort hatte es geheißt, „... das Wohnungsproblem als soziale Frage (ist) bis zum Jahre 1990 zu lösen“.

[...]

30 Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

31 Nationale Volksarmee.

32 Aufzeichnungen Politik, Juli bis September 1989, BND-Archiv, 14130.

Dokument 15³³

Kennziffer: POL M 0571/89

Berichtsnummer: 32CA05098901

Titel/Betreff: DDR: Führung vor dem Hintergrund der Flüchtlingswelle im Dilemma

Wie aus dem MfAA³⁴ der DDR bekannt wird, habe die Flüchtlingswelle über die ungarisch-österreichische Grenze die DDR-Führung in ein Dilemma gestürzt.

Man habe zwar damit gerechnet, daß einige DDR-Urlauber ihren Aufenthalt in Ungarn nutzen würden, um sich in den Westen abzusetzen; wie sich heute aber herausstellte, habe man aber in völliger Fehleinschätzung des tatsächlichen Ausmaßes der Fluchtbewegung die Genehmigungspraxis für Ungarn-Reisen großzügig gehandhabt.

Jetzt aber sei der Gesichtsverlust durch die Geschehnisse groß, ohne daß reale Möglichkeiten bestehen, die Entwicklung zu steuern. Darüber hinaus schmerze der „Blutverlust“ an überwiegend ganz jungen Bürgern.

Die Entwicklung lasse augenfällig werden, wie wenig realistisch eine DDR-Politik ist, die darauf setzt, die eigene Entwicklung von derjenigen in anderen sozialistischen Staaten abkoppeln zu wollen und die zwangsläufigen Wechselwirkungen zu ignorieren. Die „Abstimmung mit den Füßen“ werde nicht ohne Auswirkungen auf die Führung der DDR bleiben können. Das zufällige Zusammentreffen dieser Entwicklung mit Gesundheitsproblemen von Staats- und Parteichef HONECKER werde die Zeit für Veränderungen in der DDR beschleunigt reifen lassen. Dieser Prozeß scheine jetzt offenbar in Gang zu kommen; das Bild einer gewissen Handlungsunfähigkeit der DDR sei so zu erklären. Der Umbruch kündige sich jetzt bereits insbesondere in der Jugend an. Sie strebe nach „neuen Ufern“ und lehne alte Ideale ab. Sie sei „aufmüpfig“ geworden und „schielt gerne nach Westen“. Unter HONECKER werde die DDR aber bei den verkrusteten Strukturen bleiben.

Es wäre allerdings verfrüht, schon jetzt über mögliche Nachfolger HONECKERS zu spekulieren. Man müsse jedoch erkennen, daß Persönlichkeiten der künftigen Führungsgeneration durchaus fähig und willens seien, eines Tages entscheidende Modifizierungen der gegenwärtigen Politik vorzunehmen.

Stellungnahme

Die realistische Einschätzung unterstreicht, daß sich die Führung der DDR, ausgehend von einer falschen Lagebeurteilung, mit ihrer Reisepolitik in eine Sackgasse manövriert hat. Einmal mehr hoffte sie, durch eine in ihren Augen großzügige Reisepraxis die anhaltend schlechte Stimmungslage und die Übersiedlungsbereitschaft in der Bevölkerung aufzufangen; wie früher schon stellte sich auch jetzt der gewünschte Erfolg nicht ein.

Stattdessen muß die DDR jetzt befürchten, auf unabsehbare Zeit international deutliche Ansehensverluste hinnehmen zu müssen, nachdem in diesem Jahr erst mühsam das Prestige wieder angehoben werden konnte. Dies ist gerade vor dem 40. Jahrestag der DDR, der zu einem glanzvollen Höhepunkt ihrer Geschichte werden soll, besonders peinlich. Auch mit Blick auf die eigene Bevölkerung ist jede „Lösung“ des Flüchtlingsproblems äußerst problematisch: Eine anhaltende und ggf. verstärkte Abkapselung führt mit Sicherheit zu einem weiteren Anstieg des innenpolitischen Drucks, der allerdings fürs erste sicherlich durch Einsatz der zuverlässigen „Organe“ handhabbar wäre. Ein Beibehalten der bisherigen Reisepraxis oder gar eine Lockerung brächte dem Regime allenfalls eine kurze Verschnaufpause.

So verwundert es nicht, daß Sprachlosigkeit das Erscheinungsbild der Führung kennzeichnet. Diese Sprachlosigkeit ist Ausdruck von Hilflosigkeit, fiebrhafter Suche nach Lösungen und anhaltender gesundheitlicher Beeinträchtigung HONECKERS.

33 Meldungen Politik, August bis September 1989, BND-Archiv 14114.

34 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten.

Dokument 16³⁵

Kennziffer: POL M 0590/89

Berichtsnummer: 32BB07098901

Titel/Betreff: Sowjetische Stellungnahme zum Thema der fluchtwilligen DDR-Bewohner in Ungarn

Einem Hinweis aus sowjetischer Quelle zufolge würde es nach Auffassung Moskaus in das derzeitige politische Klima passen, wenn die ungarischen Behörden eine große Zahl der zur Ausreise nach dem Westen entschlossenen DDR-Bewohner wieder in die DDR abschöben. Aus sowjetischer Sicht komme es für Ungarn nicht in Frage, auf diesen Anspruch der DDR einzugehen, da sonst das vorrangige Bestreben Ungarns nach verstärkter Kooperation mit dem Westen beeinträchtigt würde.

Die wenig flexible Haltung der DDR-Führung gebe der sowjetischen Seite Anlaß zur Besorgnis, vor allem mit Blick auf die daraus resultierende Belastung der deutsch-deutschen Beziehungen (auch wegen möglicher wirtschaftspolitischer Auswirkungen). Die Sowjetunion rechne zwar im Falle der DDR-Flüchtlinge auf ungarischem Gebiet mit einer Lösung, die nicht in der Auslieferung bestehe, doch sei in Bezug auf die DDR-Bewohner in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Berlin (Ost) eine Änderung der intransigenten DDR-Haltung nicht absehbar. In Moskau nehme man mit Unmut zur Kenntnis, daß angesichts der reformfeindlichen Haltung der DDR-Führung kein konzeptioneller Ansatz zu erkennen sei, um den vermehrten Ausreisewünschen der DDR-Bevölkerung bzw. der ihnen zugrunde liegenden verbreiteten Unzufriedenheit wirksam zu begegnen. Im Übrigen habe die DDR als „außenpolitischer Partner“ für die Sowjetunion weiterhin eine wichtige Rolle zu spielen.

Anmerkung

Die hier wiedergegebene Meldung ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil sie eine sowjetische Beurteilung der in Ungarn im Zusammenhang mit den fluchtwilligen DDR-Bewohnern entstandenen Lage erkennen läßt, die dem Aspekt der Westbeziehungen sowohl Ungarns als auch des WP insgesamt den Vorrang einräumt gegenüber einer nach überkommenen Begriffen verstandenen Kohärenz der Bündnisstaaten untereinander.

Im Übrigen dürfte der Sowjetunion allerdings auch daran gelegen sein, die aus der hier angesprochenen Problematik resultierenden Belastungen für die bündnisinternen Beziehungen möglichst zu begrenzen.

Als Indiz hierfür können weitere aktuelle Hinweise gelten, denen zufolge die in den letzten Augusttagen erkennbaren Maßnahmen der Ungarn im Sinne einer verstärkten Überwachung der Grenze zu Österreich auch den von sowjetischer Seite geäußerten Wünschen entsprechen hätten. Diese Haltung dürfte allerdings einem sowjetischen Wohlwollen gegenüber „besonderen“ Lösungen zugunsten Ausreisewilliger nicht im Wege stehen.

Dokument 17³⁶

Berichtsnummer: 31B-0184/89

Titel/Betreff: Reduzierung des Reiseverkehrs nach Ungarn

Z.d.F.: September 1989

Die DDR-Behörden steigern und variieren offenbar ihre Bemühungen, bereits genehmigte Reisen nach Ungarn doch noch zu verhindern. So wurde bekannt, daß Reisende schon im Grenzgebiet zur ČSSR von MfS-Angehörigen festgenommen wurden. Mit dem Vorwurf, eine Flucht zu planen, habe man ihnen die Reiseanlage abgenommen. Auch kurzfristige Stornierungen von Gruppenreisen nach Ungarn werden häufiger. Dabei verweist das Reisebüro der DDR darauf, daß die Buchungen von ungarischer Seite rückgängig gemacht wurden. In einem anderen Fall habe das Reisebüro INTOURIST die Stornierung mit nicht mehr vorhandenen Hotel- und Unterbringungskapazitäten begründet.

Zahlreiche, bereits genehmigte Visa werden offenbar auch kommentarlos annulliert, wie aus Erfurt, Eisenach, Potsdam und Karl-Marx-Stadt zu erfahren war.

35 Meldungen Politik, September 1989, BND-Archiv, 14115.

36 BND-Tagesunterrichtung, 1. September bis 29. Dezember 1989, BND-Archiv, 14090.

Dokument 18³⁷

Berichtsnummer: 31B-0177/89

Titel/Betreff: MIELKE angesichts der Flüchtlingswelle unter Druck

Z.d.F.: 06.09.1989

Nach zuverlässigen Informationen aus Berlin (Ost) sieht sich Erich MIELKE, Minister für Staatssicherheit, erheblichen Schuldzuweisungen seitens der DDR-Führung ausgesetzt. Dem Politbüro sei schon im Frühjahr d.J. vom Minister des Inneren, Friedrich DICKEL, empfohlen worden, die Zahl der Reisegenehmigungen nach Ungarn umgehend zu reduzieren. Angesichts des gestiegenen Ausreisedrucks in der Bevölkerung, so damals DICKEL, sei bei einem Abbau der ungarischen Grenzsperranlagen mit vermehrten Fluchtversuchen zu rechnen. Auf Anraten MIELKEs habe das Politbüro aber auf Reisebeschränkungen verzichtet, da nach Einschätzung des Ministeriums für Staatssicherheit dadurch innere Unruhen in der DDR hätten ausgelöst werden können. MIELKE habe dies zum damaligen Zeitpunkt für wesentlich problematischer als das eventuelle Ansteigen der Flüchtlingszahlen gehalten. Mittlerweile bestehe in der Parteiführung jedoch Einigkeit über die notwendig gewordene restriktivere Erteilung von Reisegenehmigungen nach Ungarn.

Dokument 19³⁸

MfS³⁹, Dokumentenverwaltung, Nr. 103614

VVS-Nr⁴⁰. 0008, MfS-Nr. 62/89

Bestätigt: Mielke

Berlin, 13.9.1989

Maßnahmeplan zum rechtzeitigen Erkennen und zur vorbeugenden Verhinderung des Mißbrauchs von Reisen nach der bzw. durch die Ungarische Volksrepublik

Zur Durchsetzung der im Schreiben des Genossen Minister vom 13.9.1989 angewiesenen Aufgabenstellungen sind nachfolgende Maßnahmen internen Charakters innerhalb des MfS und im politisch-operativen Zusammenwirken mit anderen Schutz- und Sicherheitsorganen einzuleiten:

1. Maßnahmen innerhalb des MfS

1.1 Zur zentralen Überprüfung der im MfS vorliegenden Informationen, die Einsprüche zu Reiseanträgen von Bürgern der DDR in die Ungarische Volksrepublik, die Volksrepublik Bulgarien und die Sozialistische Republik Rumänien erfordern, sind folgende Arbeitsschritte durchzusetzen.

1.1.1 Alle Reiseanträge in die genannten Länder sind in der Abteilung XII⁴¹ zentral zu überprüfen. Das erfolgt auf der Grundlage elektronischer Datenträger der Personendatenbank der DDR, die der Abteilung XII durch ZAIG⁴² zu übergeben sind. (Der Zeitpunkt des Beginns der zentralen Überprüfung wird noch bekanntgegeben.)

Durch die Abteilung XII sind die erfassenden Dienstseinheiten über den Reiseantrag, den Termin der Geltendmachung eines Einspruchs und das VPKA⁴³, in dem der Antrag gestellt wurde, zu informieren.

Verantw. Leiter ZAIG, Leiter Abt. XII

1.1.2 Auf der Grundlage des vorhandenen Materials hat die erfassende Dienstseinheit gewissenhaft zu prüfen, ob gemäß Schreiben des Genossen Minister vom 13.9.1989 gegen die Genehmigung der Reise aus sicherheitspolitischen Gründen Einspruch zu erheben ist.

Die KD⁴⁴, in deren Territorium der Antrag gestellt wurde, ist im Falle eines Einspruchs zu informieren, welcher konkrete Versagungsgrund gemäß Reiseverordnung vom 30.11.1988 gegenüber dem VPKA geltend zu machen ist.

Verantw. Leiter erfassende Dienstseinheit

1.1.3 Durch die verantwortliche KD sind notwendige Einsprüche des MfS beim VPKA durchzusetzen. Gleich-

37 Ebd.

38 Erkenntnisse über das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, Band 2, BND-Archiv, 3738. Anlage aus Non-Paper AL 1 an Pr vom 22. Mai 1990.

39 Ministerium für Staatssicherheit.

40 Vertrauliche Verschlussache.

41 Abteilung XII (Zentrale Auskunft/Speicher).

42 Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe.

43 Volkspolizeikreisamt.

44 Kreisdienststelle.

zeitig ist zu sichern, daß das VPKA über mögliche Beschwerden bzw. gerichtliche Nachprüfungen die KD informiert. Dazu notwendige Entscheidungen sind mit den erfassenden Dienstseinheiten zu beraten und gegenüber dem VPKA zu veranlassen.

Verantw. Leiter der Kreisdienststelle

- 1.2 An den für den Reiseverkehr nach der UVR⁴⁵ vorwiegend genutzten GÜSt⁴⁶ an der Staatsgrenze zur ČSSR sowie auf den internationalen Flughäfen der DDR ist zielgerichtet die Filtrierungstätigkeit im Zusammenwirken mit den Grenzzollämtern zum Erkennen von Verdachtsmomenten auf ungesetzliches Verlassen der DDR zu verstärken, ohne die reibungslose Abwicklung des grenzüberschreitenden Verkehrs zu beeinträchtigen. Dazu sind in den Bezirksverwaltungen Dresden und Karl-Marx-Stadt Möglichkeiten zur kadermäßigen Verstärkung ausgewählter Paßkontrolleinheiten zu schaffen und zum verstärkten Dienst überzugehen.

Verantw. Leiter HA VI⁴⁷, Leiter BV⁴⁸ Dresden und Karl-Marx-Stadt

Termin sofort

- 1.3 Der Leiter der Abteilung X⁴⁹ wird beauftragt, die Sicherheitsorgane der ČSSR über die von der DDR vorgesehenen Maßnahmen zur Unterbindung von Mißbrauchshandlungen im Reiseverkehr in die UVR mit dem Ziel zu informieren, ungesetzliche Grenzübertreite von Bürgern der DDR zu verhindern.

Verantw. Leiter Abteilung X

Termin sofort

2. Maßnahmen im Mdl⁵⁰

Der Leiter der Hauptabteilung VII wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Minister des Innern zur Gewährleistung der zentralen Überprüfung in der Abteilung XII des MfS zu veranlassen, daß durch die Personendatenbank ein maschinenlesbarer Datenträger zur Verfügung gestellt wird, der zusätzlich die Angabe des Ziellandes enthält. Das Antrags-, Prüfungs- und Entscheidungsverfahren der DVP wird von dieser Maßnahme nicht berührt und wie bisher durchgeführt.

Verantw. Leiter HA VII

Termin sofort

3. Maßnahmen in der Zollverwaltung der DDR

Der Leiter der Hauptabteilung VI wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Leiter der Zollverwaltung der DDR durch den Einsatz von ca. 180 Zusatzkräften die Zollkontrolldichte an den Grenzzollämtern zu erhöhen. Der Einsatz der Zusatzkräfte erfolgt zeitweilig zur Planstellenauffüllung im Rahmen des Praxiseinsatzes der Studenten des Instituts der Zollverwaltung der DDR.

Verantw. Leiter HA VI

Termin sofort

Bei der Einleitung und Durchsetzung der festgelegten Maßnahmen im Mdl und in der Zollverwaltung der DDR ist deren Geheimhaltung innerhalb dieser Organe und gegenüber anderen Personen strikt zu gewährleisten.

Dokument 20⁵¹

Kennziffer: POL A 0255/89

Berichtsnummer: 32CA20098901

Titel/Betreff: DDR: Aktuelle Erkenntnisse zur Besuchsreise- und Fluchtsituation

1. Die DDR-Führung ist derzeit offenbar bemüht, sich ein Bild über die aktuelle Besuchsreisesituation in bestimmten Staaten des Ostblocks zu verschaffen. Schon im Juli hatte das ZK der SED alle Bezirksleitungen angewiesen, in den Bezirken die Zahlen über noch beabsichtigte Reisen nach Ungarn zu ermitteln und zu melden. Jetzt hatte das Mdl zum 12.09. in einer Eilanfrage erneut eine Übersicht über die aktuelle Reisesituation an alle VPKA gerichtet. Sie betraf Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Zu unterscheiden war nach eben stattfindenden und noch geplanten Reisen. Aus dem VPKA Oranienburg (Bez. Potsdam) wurden dazu folgende Zahlen bekannt:

Am 12.09. befanden sich in Ungarn 237, in Bulgarien 167, in Rumänien 73 Personen, insgesamt 477. 389 Personen haben in nächster Zeit noch eine Reise in diese Staaten geplant.

45 Ungarische Volksrepublik.

46 Grenzübergangsstelle.

47 Hauptabteilung VI, Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr.

48 Bezirksverwaltung.

49 Internationale Verbindungen.

50 Ministerium des Inneren.

51 Aufzeichnungen Politik, Juli bis September 1989, BND-Archiv, 14130.

Aus dem Nachbarkreis Nauen hielten sich am Stichtag 174 Personen in Ungarn, 53 in Bulgarien auf. Etwa 120 Personen wollen in nächster Zeit noch in die drei genannten Staaten reisen.

Obwohl diese Zahlen sicherlich nicht repräsentativ für die gesamte DDR sind, lassen sie doch den Schluß zu, daß sich derzeit noch einige Zehntausend DDR-Bewohner in den genannten Staaten aufhalten oder dorthin reisen wollen.

Allein am 12.09. nahm das VPKA Oranienburg 104 Reiseanträge in die o.a. Staaten an. Dieser erneute Schub, so wurde bekannt, „ist Torschlußpanik. Jeder will nochmal nach Ungarn und den letzten Zug nach Gießen kriegen“. Jetzt kämen auch allmählich die Anrufe und Telegramme, „daß sie drüben sind“.

In den VPKA beurteilt man offenbar die Möglichkeit, „Ungarn zuzumachen“, sehr skeptisch. Man könne nicht zahlreichen Bürgern die Reiseanlage wegnehmen; dies bekomme man nicht „in den Griff“. Offenbar haben zahlreiche DDR-Bewohner schon vor Monaten, als die ersten Gerüchte über mögliche Beschränkungen im Besuchsreiseverkehr nach Ungarn aufkamen, vorsorglich eine Reiseanlage nach Ungarn bei den zuständigen VPKA beantragt und auch erhalten. Es dürfte diesen Behörden in der Tat schwerfallen, die einmal genehmigten, 6 Monate gültigen Dokumente in großem Stil mit fadenscheinigen Begründungen wieder einzuziehen. Besorgnisse hinsichtlich möglicher massiver Unmutsäußerungen seitens der Betroffenen klingen hier an.

Derartige Besorgnisse werden auch in Parteiversammlungen deutlich, in denen es „hoch hergeht“, wenn über die Fluchtsituation, den Exodus junger Leute und über Mängel im eigenen System diskutiert wird. Die Partei räumt zwar wohl auch Fehler ein; sie könne diese aber nicht offiziell eingestehen, „weil das von drüben ausgenutzt wird“.

2. Trotz des sich laufend verschärfenden Problems (Abwanderung von Arbeitskräften, Verlust an internationalem Prestige, steigender Reformdruck u.a.m.) ist bis jetzt immer noch keine Entscheidung an höchster Stelle über das weitere Verhalten zur Flucht- und Reisefrage getroffen worden. Dabei habe, wie jetzt bekannt wurde, das MdI bereits im Frühjahr d.J. dem Politbüro der SED empfohlen, das Volumen an Privatreisen von DDR-Bürgern nach Ungarn zu reduzieren. Innenminister DICKEL persönlich habe hierzu vorgetragen und seine Befürchtung geäußert, daß die Fluchten über Ungarn zunehmen würden (Gründe: Reise- und Übersiedlungsdruck, Abbau der technischen Grenzsperranlagen an der ungarisch-österreichischen Grenze).

DICKEL habe damals jedoch im PB⁵² nur wenig Zustimmung gefunden, vor allem deshalb, weil MIELKE, Minister für Staatssicherheit, eine deutliche Gegenposition bezog, die mehr Anklang fand: Reisebeschränkungen nach Ungarn brächten mehr negative Konsequenzen als Nutzen. Eine derartige Maßnahme könnte eher dazu beitragen, innere Unruhen auszulösen, die aus Sicht der Sicherheit als wesentlich problematischer als ein mglw. größerer Umfang an Fluchten zu veranschlagen sind.

Unter dem Eindruck der schier ausweglosen Situation ist MIELKE jetzt jedoch offenbar starker Kritik ausgesetzt. In Kreisen der SED gibt es wohl auch Stimmen, daß diese unerwartete Zuspitzung des Problems zu personellen Konsequenzen führen müsse, da die SED-Führung nicht ohne nachhaltigen Schaden aus dieser „Staatskatastrophe“ herauskommen werde.

3. Zunehmend befürchtet die SED-Spitze offenbar auch eine der ungarischen Lage ähnliche Entwicklung in Polen. Noch nicht bestätigte Hinweise aus kompetenter Quelle deuten darauf hin, daß das Politbüro der SED bereits Entscheidungen für zusätzliche Maßnahmen einer effektiven Grenzsicherung zu Polen getroffen hat (z.B. allmähliche Verstärkung der Grenztruppen, Ausweitung von Kontrollen). In letzter Zeit habe es bereits zahlreiche illegale Grenzüberschritte von DDR-Bürgern nach Polen gegeben. Beschleunigend für die genannten Maßnahmen haben sich offenbar die Besetzungen unserer Botschaft in Warschau ausgewirkt.

Selbst die Verhandlungen mit der ČSSR über eine Lösung der Flüchtlingssituation in unserer Prager Botschaft nahmen aus der Sicht der DDR-Führung einen unbefriedigenden Verlauf, weil das Primärziel, Rückführung dieser Gruppe von Ausreisewilligen in die DDR, ohne Zugeständnisse zu machen, nicht erreicht werden konnte. So sah man sich zu einer Hinhaltenaktik gedrängt, einerseits, um eine mögliche Sogwirkung zu verhindern, andererseits, um die Beziehungen zur ČSSR nicht in unerwünschtem Maße zu strapazieren.

52 Politbüro.

Dokument 21⁵³

Fernschreiben 12L/12LA vom 27.09.1989

Titel/Betreff: Konsequenzen der DDR-Flüchtlingswelle in die Bundesrepublik für BEL/NATO-Staaten

Die Frage, ob mit der Flüchtlingswelle über Ungarn das MfS auch Agenten in westliche Länder einschleusen kann, wird aus der Sicht 12LA wie folgt beantwortet:

In der Tat ist zu unterstellen, dass sich in dem Flüchtlingsstrom vorwiegend junger, z.T. lediger Leute aus der DDR auch Agenten (inoffizielle Mitarbeiter des MfS) befinden.

Soweit Flüchtlinge sich länger in Ungarn mit Kontakt zur Botschaft der Bundesrepublik aufgehalten haben und dort einen Pass der Bundesrepublik erhielten, ist die Gültigkeit dieses Passes auf ein Jahr begrenzt. Die Herkunft dieser Menschen ist auch aus dem Geburtsort erkennbar. Bei Passausstellung in der Bundesrepublik ist die Gültigkeitsdauer 5 Jahre mit der Möglichkeit einer weiteren Verlängerung.

In der spontanen Fluchtbewegung aus der DDR sind anfangs sicherlich nur wenige Agenten zu vermuten, da das MfS von der Öffnung der Grenzen in Ungarn ebenfalls überrascht wurde. Im weiteren Verlauf des Flüchtlingsstromes muss angenommen werden, dass insbesondere die „Hauptverwaltung Aufklärung“ (HVA)⁵⁴ als auch die „Verwaltung Aufklärung“ – der militärische Nachrichtendienst der DDR – versuchen, auf diesem Wege Agenten einzuschleusen.

Der derzeitige Flüchtlingsstrom ist kurzfristig in einem Umfang vergleichbar mit der Fluchtbewegung vor dem Mauerbau 1961. Damals lag der Schwerpunkt der Einschleusung der Agenten in den Jahren 1957/58. Die Agenten hatten damals alle den Auftrag, sich einer persönlichen Befragung durch westliche Sicherheitsdienste zu entziehen und sich für mehrere Jahre in ihrem Einsatzraum ohne Auftrag in ihre Umwelt einzugewöhnen.

Die Flüchtlinge heute zeichnen sich vorwiegend durch berufliche Qualifikation aus; es sollte darauf geachtet werden, dass sie nicht aufgrund dieser Qualifikation in sicherheitsempfindlichen Bereichen oder in Produktionen der „high Tech“ Verwendung finden, da in diesen Bereichen das Aufklärungsinteresse der DDR besonders groß ist.

Dokument 22⁵⁵

**MfS, Dokumentenverwaltung, Nr. 103625
(Fernschreiben) Mielke an Leiter der Dienstseinheiten
VVS-Nr. 0008, MfS-Nr. 69/89**

Berlin, 5.10.1989

Ausgehend von der Entwicklung der politisch-operativen Lage, insbesondere in letzter Zeit aufgetretener provokatorisch-demonstrativer Handlungen und Vorkommnisse, fordere ich nochmals nachdrücklich, die Anreise aller Personen, von denen Gefahren ausgehen können, die bereits im Zusammenhang mit provokatorisch-demonstrativen bzw. provokatorischen Forderungen aufgefallen sind, nach der Hauptstadt der DDR, Berlin, während des Aktionszeitraumes unter Nutzung aller Möglichkeiten und mit allen Mitteln konsequent zu verhindern.

Personen, die im Zusammenhang mit den Maßnahmen zu Reiseverkehr nach der ČSSR zurückgewiesen werden, sind weiter unter Kontrolle zu halten. Es ist zu gewährleisten, daß diese Personen tatsächlich in ihre Heimatorte zurückkehren und an weiteren feindlich-negativen Aktivitäten gehindert werden.

Die Wirksamkeit aller Vorkehrungen und Maßnahmen zur Sicherung der Veranstaltungen sind mit dem Ziel des rechtzeitigen Erkennens jeglicher provokatorisch-demonstrativer Handlungen, der Formierung und Ansammlung feindlich-negativer Kräfte nochmals gründlich zu überprüfen. Feindlich-negative Aktivitäten sind mit allen Mitteln entschlossen zu unterbinden. Es ist zu prüfen, inwieweit die bereits eingeleiteten Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung der politisch-operativen Lage tatsächlich ausreichend sind. Ebenfalls ist nochmals die Bereitstellung aller Kräfte zu überprüfen. Es sind weitere Reservekräfte bereitzustellen. Sie sind gründlich einzuweisen und zu instruieren, damit sie kurzfristig zum Einsatz gelangen können. Keine Überraschung zulassen! Dem Gegner keine Möglichkeit geben, dort aktiv zu werden, wo er annimmt, daß wir da nicht sind!

Mielke
Armeegeneral

53 Tageskopien des Referates 15B / 12L (Auswertung Gegenspionage), Januar – Dezember 1989, BND-Archiv 3988.

54 Hauptverwaltung Aufklärung, Auslandsgeheimdienst der DDR.

55 Erkenntnisse über das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, Band 2, BND-Archiv, 3738. Anlage aus Non-Paper AL 1 an Pr vom 22. Mai 1990.

Dokument 23⁵⁶

Kennziffer: POL M 0655/89

Berichtsnummer: 32CA05108901

Titel/Betreff: DDR: Funktionäre einer Kreisparteileitung der SED erörtern die durch die Fluchtwelle über Ungarn entstandene Situation

In der Leitung einer Kreisparteiorganisation der SED in einem südlichen DDR-Bezirk wurden kürzlich in Referaten und Diskussionen folgende Auffassungen vertreten:

Die „Ausreisegeschichte“ macht sehr betroffen. Sie schmerzt und wirft auch bohrende Fragen an die Funktionäre der SED auf. Eine gründliche Bilanz muß auch negative Punkte enthalten, wenn sie glaubwürdig sein soll. Die illegale Ausreise über Ungarn ist als Abstimmung mit den Füßen über die allgemeine Politik der DDR zu werten.

Die Wahrheit wird nur teilweise wiedergegeben, wenn die Massenmedien der DDR, voran „Neues Deutschland“, die Schuld für die Massenflucht lediglich der „BRD“ zuschieben; eine derartige Darstellung vermindert die Wirksamkeit der politisch-ideologischen Arbeit und führt dazu, daß man das eigentliche Übel nicht behebt. Ein derartiges Verhalten ist statutenwidrig, weil unehrlich und demagogisch, außerdem unwirksam, weil unglaubwürdig. Die eigentlichen Ursachen für die Fluchtwelle sind in der DDR zu suchen.

Die Identifizierung der Bürger mit der DDR, der sich herausbildenden sozialistischen deutschen Nation, braucht die Auseinandersetzung mit sich selbst und den aktuellen Gegebenheiten.

Stellungnahme

Die Meldung aus sehr zuverlässiger Quelle ergänzt anschaulich den Bezugsbericht. Sie unterstreicht die sich ausweitende Kritikbereitschaft unter SED-Funktionären, insbesondere nach dem Massenexodus über Ungarn und Prag.

Dokument 24⁵⁷

Berichtsnummer: 31B-0216/89

Titel/Betreff: Probleme mit Rückkehrern

Z.d.F.: 10.11.1989

Offenbar stellt die Rückkehr von DDR-Flüchtlingen in die DDR die zuständigen Behörden vor große Probleme. So wird aus Magdeburg berichtet, daß sich die dortige Stadtverwaltung momentan außerstande sehe, rund 150 Rückkehrern, die mit dem ersten Schub über Ungarn geflüchtet waren und sich innerhalb der letzten vier Wochen gemeldet haben, Ersatzwohnungen für die mittlerweile neu belegten Wohnungen anzubieten. Weitere Schwierigkeiten gebe es bei der Entschädigung für das im Auftrag der Stadt veräußerte Mobiliar der Betroffenen: Vielfach sei nicht mehr festzustellen, an wen und zu welchem Preis der Hausrat verkauft worden sei. Die verantwortlichen Funktionäre rechnen daher bei etwaigen Regressansprüchen der Rückkehrer mit erheblichen juristischen Komplikationen.

Anmerkung

In der Zwischenzeit sollen die zuständigen Behörden dazu übergegangen sein, die Wohnung von Flüchtlingen bis auf weiteres zu versiegeln.

⁵⁶ Meldungen Politik, September bis Oktober 1989, BND-Archiv, 14116.

⁵⁷ BND-Tagesunterrichtung, 1. September bis 29. Dezember 1989, BND-Archiv, 14090.

d) Das Paneuropäische Frühstück am 19. August 1989

Dokument 25⁵⁸

Kennziffer: POL A 0232/89

Berichtsnummer: 32CA22088901

**Titel/Betreff: Stimmungslage in der DDR-Bevölkerung zur gegenwärtigen Ausreise- und Fluchtsituation
Stand 22. August 1989**

1. Reaktionen auf die Ausreiselage

Die vorliegenden Bevölkerungsreaktionen im Zusammenhang mit den Festsetzungen übersiedlungswilliger DDR-Bewohner in den diplomatischen Missionen der Bundesrepublik Deutschland in Budapest und Prag sowie in der Ständigen Vertretung (StäV) in Berlin (Ost) bestätigen bereits früher getroffene Feststellungen, daß aufsehenerregende Kollektivbehandlungen Ausreisewilliger, d.h. ein demonstratives Geltend machen von Ausreisebegehren, mehrheitlich strikt abgelehnt werden.

Wie das Stimmungsbild zeigt, reagieren viele DDR-Bewohner darauf mit Unverständnis, Verärgerung und Empörung. Sei es, weil Antragsteller ihre eigenen Erfolgsaussichten durch solche spektakulären Aktionen schwinden sehen, Westreiseberechtigte ihrerseits Auswirkungen auf die positive Entwicklung der Reiselage in den letzten Jahren befürchten oder weil DDR-Bewohner, die keiner dieser beiden Zielgruppen angehören, einfach provozierende Handlungen gegen die Staatsmacht generell ablehnen. Man sieht in ihnen nur die Ursache neuer Repressionen, die erfahrungsgemäß weder gezielt vorhersehbar, noch in der Regel vom Umfang her berechenbar sind.

Derzeit sind hinsichtlich der „Festsetzungen“ in den Missionen zustimmende oder verständnisbereite Reaktionen aus Kreisen der DDR-Bevölkerung nicht erkennbar. Insofern gibt es durchaus Verständnis für die zeitweilige Schließung der Missionen in Berlin (Ost) und Budapest, da dadurch „Schlimmeres verhütet werde“.

In Kreisen von Antragstellern auf Übersiedlung breitet sich nach übereinstimmenden Angaben in letzter Zeit – unabhängig von den eigentlichen (meist innergesellschaftlichen) Ursachen, die letztlich zur Antragstellung führten – verstärkt eine Art „Torschlußpanik“ aus, verbunden mit der ernsthaften Befürchtung, die Bundesrepublik Deutschland könnte angesichts des Aussiedlerstroms und der derzeitigen Übersiedler- und Flüchtlingsflut in absehbarer Zeit „die Grenzen dichtmachen“; einschlägige Diskussionen in der Bundesrepublik bestärken die entschlossene Absicht vieler Betroffener: „Entweder, wir schaffen es jetzt noch, oder nie mehr!“

Die täglichen Berichte westlicher Medien über die Situation in Berlin (Ost), Budapest und vor allem aus der Bundesaufnahmestelle in Gießen bestimmen derzeit vielfach die Diskussionen im Bekannten- und Kollegenkreis vieler DDR-Bewohner. Betroffenheit ist dabei feststellbar über die große Zahl und das jugendliche Alter derer, die es „geschafft“ haben und derer, die noch in den Westen wollen. Die Identifizierung von Bekannten auf dem Bildschirm während der abendlichen Nachrichten löst oft Bestürzung aus. Selbst Personen, die dem Regime positiv gegenüberstehen, die bisher kein Verständnis für Ausreisebegehren aufgebracht haben, werden angesichts dieser Bilder zusehends nachdenklicher. Eine typische Aussage dafür:

„Was mich stutzig macht, ist, wenn es so eine Ausreiseflut gibt, wenn man von einer Million Antragsteller spricht und so viele schon raus sind, dann muß doch auch bei uns etwas falsch sein, ganz richtig kann das dann doch nicht sein.“

Jeder bewilligte Ausreisefall löst im engeren Bekannten- und Freundeskreis sowohl Freude als auch Trauer aus. Freude, daß es wieder jemand geschafft hat, Trauer deshalb, weil immer mehr Bezugspersonen aus dem persönlichen und sozialen Umfeld verschwinden.

2. Meinungslage zum Fluchtgeschehen

Das derzeit ablaufende Fluchtgeschehen über Ungarn nach Österreich findet im Stimmungsbild einen sehr differenzierten Niederschlag. Der Teil der Bevölkerung, der die jetzige Entwicklung verurteilt, befürchtet in erster Linie die Einschränkung des Individualreiseverkehrs nach Ungarn, wohl wissend, daß DDR-Bewohner dort nur

58 Aufzeichnungen Politik, Juli bis September 1989, BND-Archiv, 14130.

als Touristen 2. Klasse, wenn nicht gar 3. Klasse gelten; ein zeitweiliger Aufenthalt in Ungarn, dem „Fenster zum Westen“ überlagert jedoch diese negativen Erfahrungen. Hier gibt es auch durchaus Stimmen, die von gewissenlosem Handeln gegenüber Mitbürgern sprechen, die in der DDR bleiben wollen oder müssen. Von dieser Gruppe werden allerdings auch generelle Auswirkungen auf den Reiseverkehr insgesamt befürchtet.

Ein anderer Teil, vorwiegend der mittleren Elterngeneration, bangt um die gerade in Ungarn oder in anderen Balkanländern urlaubenden Kinder, ob diese nicht doch der Versuchung unterliegen und ohne vorherige Fluchtabsicht die vielleicht „einmalige“ Chance nutzen, die der durchlöcherter „Eiserner Vorhang“ derzeit bietet. Diese Gruppe verfolgt fast ängstlich die westliche Fernsehberichterstattung aus Budapest und besonders aus Gießen.

In Teilen der jungen Generation wiederum wird der alte Werbeslogan „Let's go West“ bereits in einer Art Aufbruchsstimmung sarkastisch umgemünzt in „Ab nach Ungarn“. Die Abwanderung vieler Jugendlicher wird mit sehr gemischten Gefühlen kommentiert, einerseits hat man Verständnis dafür, daß sich die Jugend nicht hermetisch „einsperren“ lassen will, andererseits beklagt man die nutzlosen Investitionen in deren Ausbildung und fragt, wie es angesichts dieser Entwicklung in der DDR überhaupt weitergehen werde. Typische Aussage: „Es kann einem Angst werden, im Dorf, im Betrieb, im Bekanntenkreis, überall Auswanderer, alles gute Facharbeiter, Ärzte, Ingenieure, wir fragen uns, was aus uns werden soll“.

Erste Witze drücken die entsprechenden Empfindungen aus: In der DDR werden jetzt 1000 Ägypter eingebürgert. Sie sollen auf die blöden Kamele aufpassen, die noch im Land bleiben.

Völlige Fassungslosigkeit und Unverständnis ist den vorliegenden Reaktionen zu entnehmen, wenn bekannt wird, daß ganze Familien unter Zurücklassung von „Haus, Hab und Gut“, Auto und „Geld auf der Sparkasse“ die DDR über das „Schlupfloch Ungarn“ verlassen haben.

Da sich angesichts der verschärften Fluchtsituation über die ungarisch-österreichische Grenze in der Bevölkerung der DDR die Gerüchte verdichten, Ungarn werde sowohl als Reise- als auch als Transitland für DDR-Bewohner künftig entfallen, dürfte die Fluchtbereitschaft noch steigen und die allgemeine Stimmungslage sich weiter negativ entwickeln. So sollen sich allein auf einem Campingplatz in der Nähe von Budapest zwischen 400 und 500 junge DDR-Urlauber befinden, die darauf warten, legal oder illegal Ungarn in Richtung Westen verlassen zu können. Ihre Entschlossenheit, die DDR via Ungarn zu verlassen, haben (bekanntlich) allein über 900 Jugendliche mit ihrer Massenflucht am 19./20.08.1989 nachdrücklich unterstrichen. Dabei sind sicher nicht alle der bisher Geflüchteten bereits mit diesem Vorhaben nach Ungarn gefahren, viele von ihnen haben sich erst während ihres Aufenthaltes zu diesem Schritt entschlossen.

DPA berichtete am 16.08. von derzeit 200 000 DDR-Urlauber in Ungarn, von denen – wiederum unter Berufung auf andere Presseberichte – rund 10 000 in den Westen wollen.

3. Veränderte psychopolitische Stimmung in den letzten Monaten

An den objektiven Faktoren einer verbreiteten negativen Grundstimmung in der DDR, gekennzeichnet von einer tiefgehenden, allgemein spürbaren Unzufriedenheit über die innergesellschaftlichen Verhältnisse, die wirtschaftlichen Mangelerscheinungen, die fehlenden persönlichen und beruflichen Perspektiven und vor allem über die Ausweglosigkeit, hat sich in den letzten Monaten nichts Wesentliches geändert, auch die materielle Situation der Bevölkerung ist im Grunde gleichgeblieben.

Die veränderte psychopolitische Stimmungslage, die sich im derzeitigen Ausreise- und Fluchtgeschehen widerspiegelt, dürfte in erster Linie subjektive Ursachen haben:

3.1 Ausbreitung einer Art „Endzeitstimmung“ in weiten Bevölkerungsteilen:

- Auf dem 7. ZK-Plenum (01./02.12.1988) hat Erich HONECKER deutlich gemacht, daß man auch nach dem 12. SED-Parteitag im Mai 1990 am bisherigen Kurs festhalten werde, grundlegende Veränderungen sind deshalb nicht zu erwarten.
- Die Haltung der eigenen Partei- und Staatsführung zu den Vorgängen in der VR China (04.06.1989) hat in Kreisen der Bevölkerung allgemein schockiert; Margot HONECKER hat – latent vorhandene – einschlägige Befürchtungen, auch in der DDR könne es zu ähnlichen Gewaltanwendungen gegen Reformbefürworter kommen, in ihrer klassenkämpferischen Rede auf dem IX. Pädagogischen Kongreß (13.06.1989) bestätigt, wonach diese „kämpferische Zeit“ eine Jugend braucht, „die den Sozialismus stärken hilft, die

- für ihn eintritt, die ihn verteidigt mit Wort und Tat, und, wenn nötig, mit der Waffe in der Hand“.
- Als die ersten Berichte über den Abbau der Grenzanlagen zu Österreich (Anfang Mai 1989) in den westlichen Medien gesendet wurden, stiegen die Befürchtungen, Ungarn das „Fenster zum Westen“ werde „dichtgemacht“ und entfalle als begehrtes Reiseland.
 - Die etwas „verharmlosende“ Berichterstattung der Westmedien über die Situation nach Entfernung der ersten Grenzbefestigungen stimuliere teilweise eine „Jetzt-oder-nie-Stimmung“, die wohl für viele Jugendliche handlungsauslösend war.
 - Kritische Diskussionen in der Bundesrepublik Deutschland über Aussiedler, Asylanten und Übersiedler weckten Befürchtungen, früher oder später gebe es auch hier für DDR-Bewohner keine Bereitschaft zur Aufnahme mehr.

3.2 Bedenken über Erfolg und Auswirkungen der GORBACHEV'schen Reformen:

- Die oft übergroßen Hoffnungen mußten angesichts der Probleme in der Sowjetunion (Nationalitätenkonflikte, Streiks u.ä.) reduziert werden.
- Bei einem Scheitern GORBACHEV's wird auch für die DDR ein härterer Kurs mit negativen Auswirkungen erwartet.
- Bereits vorhandene Ansätze eines offeneren, kritischeren Diskussionsklimas in der DDR würden wieder unterdrückt werden.

3.3 Ablehnungen der nach dem 01. Januar 1989 neu gestellten Ausreiseanträge dürften sich in den letzten Wochen gehäuft haben:

- Bearbeitungs- und Entscheidungsfristen bei Anträgen auf „ständige Ausreisen“ liegen bekanntlich bei drei bzw. sechs Monaten, d.h. viele negative Entscheidungen sind in den letzten Monaten gefallen.
- Die Gründe von Ablehnungen werden durch die neue, sehr detaillierte Verordnung vom 30.11.1988 als „endgültig“ empfunden, ein weiteres Beharren auf Ausreise erscheint deshalb vielen als zwecklos.

e) Montagsdemonstrationen

Dokument 26⁵⁹

Kennziffer: POL M 0139/89

Berichtsnummer: 32CA22028901

Titel/Betreff: Staat nimmt Einfluß auf evangelischen Kirchentag in Leipzig (06.-09.07.89)

Stand 22. Februar 1989

1. Das montägliche „Friedensgebet“ findet seit Jahren in der Nikolaikirche statt, es hat sich in letzter Zeit zunehmend zu einem Diskussions- und Kommunikationsforum für Gruppen mit den unterschiedlichsten Zielsetzungen entwickelt. Vor dem Hintergrund der in den letzten Monaten in Leipzig verstärkt in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit erregenden alternativ-kritischen Gruppenszene aus dem Umfeld der evangelischen Kirche erscheint die Verknüpfung der Bereitstellung von Räumlichkeiten mit der Einflußnahme auf deren Aktivitäten glaubhaft. Diese Montagsveranstaltung wird von kirchlich orientierten Gruppen mitorganisiert, von denen sich einige zur „Initiative zur demokratischen Erneuerung unserer Gesellschaft“ in Leipzig zusammengeschlossen haben. Mitglieder dieser Initiative hatten für den 15. Januar 1989 zu einer unerlaubten „Luxemburg/Liebknecht-Demonstration“ in der Leipziger Innenstadt aufgerufen, elf Personen waren bereits im Vorfeld vorübergehend festgenommen worden. An der Demonstration selbst nahmen rund 800 Personen teil, dabei war es zu etwa 100 Festnahmen gekommen.
2. Einem ergänzenden Hinweis zufolge wird sich auf dem Leipziger Kirchentag ein Gesprächsforum unter dem Motto „Hoffen oder resignieren“ auch mit der Frage der „Resignation breiter Bevölkerungsschichten und des Weggehens aus unserem Staat“ befassen – ein Thema bei dem zwangsläufig die innergesellschaftlichen Probleme der DDR aufgegriffen werden müssen. Den staatlichen Organen dürfte die beabsichtigte Behandlung dieser „unangenehmen“ Thematik kaum verborgen geblieben sein, der Versuch einer vorsorglichen Einflußnahme auf die Thematisierung gesellschaftlicher Probleme durch die Verknüpfung mit den erforderlichen staatlichen Leistungen ist deshalb durchaus vorstellbar.

⁵⁹ Meldungen Politik, Februar bis März 1989, BND-Archiv, 14107.

Hinzu kommt der Einfluß des „Neuen Denkens“ in der Sowjetunion, der sich auch auf kirchlichen Veranstaltungen zunehmend fordernd bemerkbar macht. Bereits 1988 zog der Ruf nach Umgestaltung der Gesellschaft („perestroyka“) und nach Offenheit („glasnost“) wie eine Art Leitmotiv durch die vier regionalen Kirchentage.

Dokument 27⁶⁰

Kennziffer: POL A 0276/89

Berichtsnummer: 32C-1927/89

Titel/Betreff: Aktuelle Entwicklung in der DDR

BND-Brieftelegramm vom 06.10.1989

[...]

Im Anschluß an das montägliche Friedensgebet in der Nikolaikirche in Leipzig kam es am 02. Oktober zum bisher größten Massenprotestzug durch die Leipziger Innenstadt mit etwa 10.000 – 12.000 Beteiligten – Vertreter von Basisgruppen sprechen sogar von bis zu 25.000 Demonstranten, eine Zahl, die zweifellos zu hoch sein dürfte.

Die Veranstaltung lief zunächst mit der üblichen Routine ab. Nachdem die Menge sich schon zerstreut hatte, zog eine Gruppe von etwa 1.000 Personen in Richtung Thomaskirche und setzte mit einem „sit-in“ ihren Protest fort. Bei Zusammenstößen mit den Ordnungskräften gab es dann auf Seiten der Demonstranten Verletzte und einige Festnahmen.

Bemerkenswert am Ablauf des 02. Oktober war, daß in Leipzig erstmals offen erkennbar Einheiten der „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ gegen Demonstranten eingesetzt wurden. Deren neue Konzeption sieht bekanntlich einen Einsatz bei inneren Unruhen vor.

Hinsichtlich des künftigen Vorgehens gegen den montäglichen Massenprotest gibt es allerdings einige Unwägbarkeiten: Nach den Feierlichkeiten zum 07. Oktober besteht weniger Anlaß auf internationale Rücksichtnahme als im Vorfeld der Jubiläumsfeierlichkeiten. Durch die „zeitweilige“ Aussetzung des paß- und visafreien Reiseverkehrs in die ČSSR dürfte sich das Protestverhalten der DDR-Bevölkerung in noch erheblichem Maße steigern, so daß sich die Situation im Umfeld der symbolträchtigen Protestveranstaltung „Friedensgebet“ in Leipzig noch zuspitzen dürfte. Sollte es zu einem gewaltsamen Vorgehen der Ordnungskräfte gegen die Leipziger Protestszene kommen, dürfte sich dies erfahrungsgemäß mobilisierend auf den inneren Zustand der Basisgruppen und neugegründeter Sammlungsbewegungen auswirken, bei denen bis jetzt irgendwelche Zusammenarbeitsmechanismen kaum oder gar nicht vorhanden sind.

Dokument 28⁶¹

Berichtsnummer: 31B-0206/89

Titel/Betreff: Unruhe soll in den Norden getragen werden

Z.d.F.: Ende Oktober 1989

Bewohner aus den nördlichen Bezirken der DDR berichteten in letzter Zeit häufiger, daß ihnen bei Reisen in die südliche DDR (Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt) die Autos demoliert oder in einem Fall sogar in Brand gesteckt worden seien. An den Tankstellen hätten sie entweder überhaupt kein Benzin erhalten, oder es sei ihnen zur Bedingung gemacht worden, sich an politischen Demonstrationen zu beteiligen und Flugblätter mit nach Hause zu nehmen. Bewohner im Süden, so der Kommentar eines Funktionärs aus dem Norden, versuchten auf diese Weise, die in der Tat bisher politisch sehr viel zurückhaltendere und angepaßtere Bevölkerung in den nördlichen Bezirken zu mehr politischer Aktivität anzuhalten.

60 Aufzeichnungen Politik, September bis November 1989, BND-Archiv, 14131.

61 BND-Tagesunterrichtung, 1. September bis 29. Dezember 1989, BND-Archiv, 14090.

Dokument 29⁶²

Berichtsnummer: 31B-0205/89

Titel/Betreff: Aspekt zu den Demonstrationen

Z.d.F.: 25.10.1989

Von einem Reisenden, der von einem Besuch aus Ilmenau zurückgekehrt ist, war zu den Folgen von dortigen Demonstrationen zu hören: Eine Reihe von Demonstranten mußte wegen Verletzungen im Krankenhaus behandelt werden. Die behandelnden Ärzte seien, so die Aussage eines Betroffenen, anschließend von den Behörden vorgeladen worden. Man habe sie aufgefordert, Atteste auszustellen, aus denen hervorgeht, daß die Verletzungen ihrer Patienten nicht auf Schläge der Sicherheitskräfte, sondern auf Einwirkungen, wie sie bei großen Menschenmassen durch Druck und Treten entstehen können, zurückzuführen seien.

f) Neues Forum

Dokument 30⁶³

Berichtsnummer: 31B-0210/89

Titel/Betreff: Aktivitäten und Ziele des „Neues Forums“

Z.d.F.: Oktober 1989

Verlässlichen Informationen zufolge unternimmt vor allem das „Neue Forum“ erhebliche Anstrengungen, seine Basis in der Bevölkerung zu verbreitern. So waren z.B. Angehörige dieser Sammlungsbewegung Mitte Oktober in Heiligenstadt unterwegs, um Unterschriften für ihre Zulassung und zur Unterstützung ihrer Ziele zu sammeln. Überall im Lande wurden und werden Versammlungen organisiert. In Suhl etwa nahmen am 28.10. über 600 Personen an einer Veranstaltung teil, die das „Neue Forum“ organisiert hatte. In der Vorwoche waren es noch 150 Teilnehmer gewesen. Mit jeweils über 1000 Personen waren ähnliche Veranstaltungen in Hagenow, Boizenburg und Wittenberg besucht. In Gotha bemüht man sich, sich in kleinen Gruppen zu organisieren, in Berlin (Ost) soll ein „Blättchen“ gemacht werden, wobei man sich um Informationen aus allen Landesteilen bemüht.

Hauptanliegen des „Neuen Forums“ ist offenbar, die Bevölkerung ständig wachzuhalten, um die Funktionäre an die Öffentlichkeit zu zwingen und in die Defensive zu drängen. Diese Absicht wird an der SED-Basis durchaus erkannt.

Dokument 31⁶⁴

Kennziffer: POL A 0299/89

Berichtsnummer: 32CA08118901

Titel/Betreff: DDR: Aktuelle innenpolitische Entwicklung; SED in schwieriger Lage

Stand Anfang 11/89

[...]

Aktivitäten und Ziele des „Neuen Forums“

Verlässlichen Informationen zufolge unternimmt vor allem das „Neue Forum“ erhebliche Anstrengungen, seine Basis in der Bevölkerung zu verbreitern.

So waren z.B. Angehörige dieser Sammlungsbewegung Mitte Oktober in Heiligenstadt unterwegs, um Unterschriften für Zulassung und Unterstützung der Ziele des „Neuen Forums“ zu sammeln. Überall im Lande wurden und werden Versammlungen organisiert. So nahmen am 28.10. in Suhl über 600 Personen an einer Veranstaltung teil, die das „Neue Forum“ organisiert hatte. In der Vorwoche waren es 150 Teilnehmer gewesen. Mit jeweils über 1000 Personen waren ähnliche Veranstaltungen in Hagenow (Bez. Schwerin), Boitzenburg (Krs. Templin, Bez. Neubrandenburg) und Wittenberg (Bez. Halle) besucht.

⁶² Ebd.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ Aufzeichnungen Politik, September bis November 1989, BND-Archiv, 14131.

In Gotha (Bez. Erfurt) bemüht man sich, sich in kleinen Gruppen zu organisieren, in Berlin (Ost) soll ein „Blättchen“ gemacht werden. Dabei sei es wichtig, aus allen Landesteilen Informationen zu bekommen.

Mitglieder des „Neuen Forums“ erklären, sie seien wegen ihrer Aktivitäten physisch „total am Ende“. Seit Wochen hätten sie nachts lediglich 4-5 Stunden geschlafen. „Mehr ist nicht drin“. Als eindeutige Ziele werden genannt:

- Das „Neue Forum“ bzw. die neuen Gruppen müssen etabliert werden. „Ohne das geht's nicht“
- Äußerst wichtig ist es, Kontakte auszubauen, die Organisationen zu strukturieren, Informationen laufend auszutauschen.
- Es muß erreicht werden, daß die Polizei Veranstaltungen „im Saale“ genehmigt. (Winter!)

In der SED-Basis wird geargwöhnt, daß das „Neue Forum“ es bewußt darauf anlegt, die Bevölkerung ständig wachzuhalten, um Funktionäre der SED laufend an die Öffentlichkeit zu zwingen, wo sie regelrecht „vorgeführt“ und so in der Defensive gehalten werden.

Dokument 32⁶⁵

Berichtsnummer: 31B-0226/89

Titel/Betreff: Übertritte von SED-Mitgliedern zur SDP und zum „Neuen Forum“

Z.d.F.: 24.11.1989

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Austrittswelle in der SED registrieren SED-Funktionäre mit Besorgnis, daß viele ehemalige Parteimitglieder sich nach ihrem Austritt sofort der Sozial-Demokratischen Partei (SDP) oder dem „Neuen Forum“ anschließen. Dies werde vermutlich bei den für 1990 angekündigten freien Wahlen zu deutlichen Stimmverlusten für die SED führen, zumal die DDR-Sozialdemokraten nach SED-Einschätzung künftig den größten Zulauf innerhalb des Oppositionsspektrums haben dürften. Für die Massenausritte aus der SED seien neben den eklatanten Fällen von Machtmißbrauch führender Funktionäre auch viele SED-Kreisleitungen mitverantwortlich, die unfähig seien, die jetzt anstehenden Probleme zu lösen und neue Konzepte anzubieten. Durch Rücktritte allein könne die Krise der SED nicht überwunden werden.

Dokument 33⁶⁶

Berichtsnummer: 31B-0232/89

Titel/Betreff: Oppositionsgruppen über Wiedervereinigung besorgt

Z.d.F.: Ende November 1989

Nach Angaben von Gründungsmitgliedern des „Neuen Forums“ und des Demokratischen Aufbruchs registriert man dort auf den Demonstrationen den lauter werdenden Ruf nach Wiedervereinigung mit Besorgnis. Offenbar betrachte die Mehrheit der DDR-Bevölkerung den Sozialismus als gescheitert und wünsche die Wiedervereinigung aus überwiegend wirtschaftlichen Erwägungen. Daher müßten sich die Oppositionsgruppen möglichst bald auf eigene deutschlandpolitische Schwerpunkte einigen, wollten sie gegenüber der Sozial-Demokratischen Partei (SDP) nicht ins Hintertreffen geraten. Aus Sicht des „Neuen Forums“ müsse eine Wiedervereinigung mit der Forderung nach einer umfassenden gesellschaftspolitischen und ökologischen Neuorientierung, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, verknüpft werden. Allerdings sei angesichts der inneren Zerstrittenheit der Oppositionsgruppen nicht mit einer raschen Einigung zu rechnen.

Wie in diesem Zusammenhang weiter bekannt wird, halten innerhalb des „Neuen Forums“ die Auseinandersetzungen über die künftige Organisationsform (Partei oder Sammlungsbewegung) unvermindert an. Daneben kommt es aber zu persönlichen Animositäten: So fühlen sich die Leipziger Mitglieder nicht ausreichend repräsentiert; dem prominenten Rechtsanwalt Rolf HENRICH wird anmaßendes und selbstherrliches Auftreten vorgeworfen.

[...]

⁶⁵ BND-Tagesunterrichtung, 1. September bis 29. Dezember 1989, BND-Archiv, 14090.

⁶⁶ Ebd.

Dokument 34⁶⁷

Berichtsnummer: 31B-0229/89

Titel/Betreff: SED-Beurteilung des „Neuen Forums“

Z.d.F.: Ende November 1989

Ein hoher SED-Funktionär sieht in der Popularität des „Neuen Forums“ nur eine vorübergehende Erscheinung. In der gegenwärtigen Umbruchsituation fungiere das „Forum“ als Sammelbecken und Sprachrohr all jener, die bisher keinerlei Möglichkeit zur Organisation hatten. In dem Maße jedoch, in dem sich die Blockparteien von der SED emanzipieren und eine eigenständige politische Linie verfolgten, so der Funktionär, werde auch das Interesse am „Neuen Forum“ abflauen. Das größte Manko dieser Vereinigung sei schließlich das Fehlen jeglichen klaren Konzeptes, was angesichts der inhomogenen Zusammensetzung auch nicht verwundere.

Dokument 35⁶⁸

Berichtsnummer: 31B-0213/89

Titel/Betreff: „Neues Forum“ wünscht nur gewaltlose Demonstrationen

Z.d.F.: November 1989

Nach Angaben von Mitgliedern des „Neuen Forums“ ist es für die Bewegung derzeit ein Problem, die Demonstrationen unter Kontrolle zu halten. Ihnen mache deswegen auch die spürbare Streikbereitschaft der Arbeiter Sorge; das „Forum“ habe keinerlei Interesse an ungeordneten Spontanstreiks.

Dokument 36⁶⁹

Berichtsnummer: 31B-0243/89

Titel/Betreff: Opposition lehnt politische Arbeit in den Betrieben ab

Z.d.F.: 13.12.1989

Nach Angaben aus Frankfurt/Oder haben die SDP⁷⁰ und das „Neue Forum“ in einem dortigen Betrieb die Übernahme der Büros abgelehnt, die von der SED und dem FDGB⁷¹ geräumt worden waren. Als Begründung hätten sie angeführt, daß im Betrieb gearbeitet und nicht ideologisiert werden solle. Jede politische Arbeit solle ausschließlich in der Freizeit geleistet werden. Dies gelte insbesondere auch für die oppositionellen Gruppierungen, wenn sie nicht ihre Glaubwürdigkeit verspielen wollten.

67 Ebd.

68 BND-Tagesunterrichtung, 1. September bis 29. Dezember 1989, BND-Archiv, 14090.

69 Ebd.

70 Sozialdemokratische Partei in der DDR.

71 Freier Deutscher Gewerkschaftsbund.

g) ČSSR

Dokument 37⁷²**Kennziffer: POL M 0330/89****Berichtsnummer: 32CA05058901****Titel/Betreff: DDR-ČSSR: Maßnahmen der ČSSR-Grenzorgane gegen Besucher aus der DDR, die Waren unerlaubt ausführen****Stand 05. Mai 1989**

Aus zuverlässiger Quelle wurden folgende Sachverhalte bekannt:

1. Ein DDR-Bewohner führte auf der Heimfahrt von einer Urlaubsreise in die ČSSR zwei Flaschen Bier und zwei Dosen Ölsardinen mit sich. Die Grenzorgane der ČSSR bemerkten die Waren, ließen ihn jedoch kommentarlos passieren.

Als der Reisende später in seinen Reisepaß schaute, stellte er fest, daß folgender Vermerk eingetragen war: „2 Jahre unerwünscht in der ČSSR“.

2. In einem anderen Falle erhielt ein heimreisender DDR-Bewohner wegen Mitnahme eines Bechers Joghurt einen ähnlichen, 3 Jahre geltenden Vermerk.
3. Aus weiteren Informationen geht hervor, daß in ähnlich gelagerten Fällen – Mitnahme geringer Mengen an Lebensmitteln – ebenfalls mehrjährige Einreiseverbote nach o.a. Muster verhängt wurden.

Stellungnahme

Die drakonisch anmutenden Maßnahmen der tschechoslowakischen Grenzorgane zeigen, mit welchem Nachdruck die ČSSR der außerplanmäßigen Ausfuhr von exportfähigen Gütern begegnen will. Für die DDR-Bewohner versiegt damit endgültig eine Einkaufsquelle, die angesichts der unzureichenden Versorgungslage im eigenen Lande gerne in Anspruch genommen wurde. Darüber hinaus trägt das Vorgehen der ČSSR-Organen dazu bei, die Reisemöglichkeiten für DDR-Bewohner weiter einzuschränken. Insgesamt dürfte die Maßnahme die Unzufriedenheit vor allem der in Grenznähe zur ČSSR lebenden Bevölkerung verstärken.

Dokument 38⁷³**Berichtsnummer: 31B-0170/89****Titel/Betreff: Keine Lösung für Flüchtlinge in Prager Botschaft****Z.d.F.: 05.09.1989**

Ein hoher Offizier der DDR hat in Wien mitgeteilt, eine politische Lösung für die Flüchtlinge in der Prager Botschaft sei nicht in Sicht. Unter den DDR-Bürgern in der Botschaft befänden sich zwei NVA-Offiziere mit hochkarätigem Wissensstand zur Sicherheitslage der DDR.

Dokument 39⁷⁴**Kennziffer: POL M 0615/89****Berichtsnummer: 32DA20098901****Titel/Betreff: Tschechoslowakei: Zentrale Weisung, DDR-Bürger zurückzuschicken****Stand: Mitte September 1989**

Aus Prag:

Wie aus dem tschechoslowakischen Sicherheitsapparat zuverlässig bekannt wurde, gibt es seit dem 14.09.89

⁷² Meldungen Politik, April bis Mai 1989, BND-Archiv, 14110.

⁷³ BND-Tagesunterrichtung, 1. September bis 29. Dezember 1989, BND-Archiv, 14090.

⁷⁴ Meldungen Politik, September 1989, BND-Archiv, 14115.

eine zentrale Weisung an die einschlägigen Organe, solche in der Tschechoslowakei zu Besuch weilende oder auf der Durchreise befindliche DDR-Bürger umgehend festzunehmen und in die DDR zurückzuschicken, die den Verdacht erwecken, über Ungarn fliehen zu wollen. Zur Begründung für die ausdrücklich als langfristig bezeichnete Maßnahme sei erklärt worden, die Flucht weiterer DDR-Bürger über Ungarn in die Bundesrepublik Deutschland müsse mit allen Mitteln unterbunden werden. Die Aktion laufe unter der Bezeichnung ‚Kürzung der Verweildauer von DDR-Bürgern in die ČSSR‘.

Stellungnahme

Die Meldung belegt, daß die in den letzten Tagen bekanntgewordenen Maßnahmen tschechoslowakischer Sicherheits- und Grenzorgane gegenüber DDR-Bürgern auf einer zentralen politischen Weisung beruhen und nicht nur punktueller oder vorübergehender Natur sind. Offenbar läßt sich das Prager Regime nur wenig davon beeindrucken, in welchem hohem Maße seine für das ihm geistesverwandte DDR-Regime geleisteten Bütteldienste ihm vonseiten der DDR-Bevölkerung Verachtung und Haß eintragen müssen. Mit der Attraktivität der Tschechoslowakei als Reiseland für DDR-Bürger ist es einstweilen vorbei.

Dokument 40⁷⁵

Kennziffer: POL A 0270/89

Berichtsnummer: 32DA02108901

Titel/Betreff: Tschechoslowakei: Hinweise zur Behandlung von DDR-Bürgern in der ČSSR

Stand 29. September 1989

1. Zur Haltung der ČSSR-Behörden gegenüber potentiellen und tatsächlichen DDR-Flüchtlingen auf dem Boden der Tschechoslowakei – unter Ausklammerung der Frage nach einer Behinderung des Zugangs zur Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag – geht aus nachrichtendienstlichen Hinweisen zusammenfassend folgendes hervor:
 - 1.1 Wie bereits im Bezugsbericht vom 20.09.1989 gemeldet, hat eine Prager zentrale Behörde ihre nachgeordneten Dienststellen am 13.09.1989 (nicht 14.09.1989) davon unterrichtet, daß in der ČSSR zu Besuch weilende oder auf der Durchreise befindliche DDR-Bürger, die den Verdacht erweckten, über Ungarn „flüchten“ zu wollen, umgehend festzunehmen und in die DDR abzuschicken seien. Es handle sich um eine langfristige Maßnahme unter der Code-Bezeichnung „Kürzung der Verweildauer von DDR-Bürgern in der ČSSR“. Dieser zuverlässig übermittelten Meldung ist zweifelsfrei zu entnehmen, daß tschechoslowakische Sicherheitsorgane entgegen allen Dementis doch Bütteldienste für das DDR-Regime leisten. Unterdessen sollen bis zum 24.09.1989 rund 60.000 DDR-Bürger, die ohne gültige Papiere für eine Weiterreise nach Ungarn waren, auf dem Boden der ČSSR ‚abgefischt‘ worden sein. Dies behauptete jedenfalls ein Dolmetscher, der tschechoslowakischen Sicherheitsorganen bei der Vernehmung von DDR-Bürgern behilflich ist.
 - 1.2 Beobachtungen von Reisenden im Zeitraum 18.-21.09.89 ist zu entnehmen, daß in der Slowakei an den nach Ungarn führenden Straßen in einer Zone von 20 bis 30 km vor der Grenze Kontrollstellen eingerichtet wurden, an denen speziell Reisende aus der DDR abgefangen, durchsucht und an der Weiterfahrt nach Ungarn gehindert werden. Ein Hinweis besagt ausdrücklich, daß auch mit DDR-Bürgern, die gültige Reisedokumente für eine Fahrt nach Ungarn besäßen, so verfahren werde. Eine Sperre ca. einen Kilometer vor dem slowakisch-ungarischen Grenzübergang Rajka/Rusovce wurde von einem Reisenden wie folgt beschrieben: Die Fahrbahn sei auf eine schmale Durchfahrt verengt, die auf eine Schranke zuführe. Dort seien mehrere Angehörige der Sicherheitskräfte mit Maschinenpistolen postiert. Etwas hinter der Schranke stehe ein schwerer Lastwagen, mit dem die Straße zusätzlich abgeriegelt werden könne. Ähnlich sähen auch die Sperren im Hinterland anderer slowakisch-ungarischer Grenzübergänge aus.
 - 1.3 Zur Frage, wie die tschechoslowakischen Behörden mit ‚abgefischten‘ DDR-Bürgern im Einzelnen verfahren, erlauben die hier vorliegenden Hinweise keine eindeutige Antwort. Der Regelfall dürfte zwar die Abschiebung in die DDR sein, doch es liegen auch vereinzelte Hinweise darüber vor, daß DDR-Bürger festgenommen, verhört, bis zu zwei Tagen in Haft genommen und dann doch wieder in der ČSSR auf freien Fuß gesetzt wurden.

75 Aufzeichnungen Politik, September bis November 1989, BND-Archiv, 14131.

Für einen Bericht der Wiener Zeitung ‚Kurier‘ vom 24.09.1989, wonach die ČSSR Flüchtlinge in Handschellen an die DDR ausliefere und Angehörige der DDR-Sicherheitsorgane in Zivil und Uniform auf dem Boden der ČSSR an der Menschenjagd beteiligt seien, liegt aus nachrichtendienstlichem Aufkommen keine Bestätigung vor.

- 1.4 Der Kommandeur der tschechoslowakischen Grenztruppen, General Anton NEMEC, dementierte am 21.09.89 gegenüber der amtlichen Prager Nachrichtenagentur CTK⁷⁶ westliche Berichte, wonach DDR-Bürger von den tschechoslowakischen Grenzorganen generell an der Ausreise nach Ungarn gehindert würden. Nur Reisende, die nicht im Besitz ‚gültiger Reisedokumente‘ seien, würden am Verlassen der ČSSR gehindert. Nur gegenüber solchen DDR-Bürgern, welche die Rechtsnormen verletzt hätten, kämen die Bestimmungen eines 1956 zwischen der ČSSR und der DDR geschlossenen Abkommens zur Anwendung (d. h. Auslieferung an die DDR).
- 1.5 Angesichts der einwandfrei erwiesenen Praxis der ČSSR-Organen sind die Äußerungen von NEMEC nur als Schutzbehauptungen zu werten.
- 1.6 Bei den von NEMEC erwähnten ‚gültigen Reisedokumenten‘ handelt es sich um eine ‚Reiseanlage‘ – nicht Visum – zum DDR-Paß, die auf Antrag von den Volkspolizeikreisämtern (VPKA) ausgestellt wird und zur Reise nach Ungarn berechtigt. Für bloße Fahrten in die ČSSR benötigen DDR-Bürger eine solche ‚Reiseanlage‘ nicht.
2. Eine möglicherweise weiter verbreitete Animosität von Teilen der tschechoslowakischen Bevölkerung gegenüber DDR-Urlaubern in der ČSSR geht aus folgendem Bericht hervor:
Ein Ehepaar aus der DDR erzählte einer Bekannten in der ČSSR Anfang September 1989, daß es seinen Urlaub in der ČSSR vorzeitig abgebrochen habe, weil es auf dem Campingplatz, südlich von Komotau an einem Stausee gelegen, von jungen ČSSR-Bürgern in gröblicher Weise belästigt worden sei. In der Dunkelheit seien öfter jugendliche ČSSR-Bürger auf den überwiegend von DDR-Bürgern belegten Campingplatz gekommen und hätten die Camper aus der DDR folgendermaßen belästigt: Sie schlitzen die Zelte auf, brachen Zeltstangen ab, zerkratzten den Lack der Autos und beschimpften die DDR-Urlauber mit ‚Kommunistenschweine‘ und anderen Beleidigungen. Die tschechoslowakische Polizei habe die Beschwerden der DDR-Bürger zwar entgegengenommen, die Belästigungen aber nicht unterbunden. Irgendwelche polizeilichen Maßnahmen zur Verhinderung der Belästigungen seien von den DDR-Bürgern jedenfalls nicht wahrgenommen worden. Wegen der unguten Verhältnisse hätten auch andere Camper aus der DDR ihren Urlaub in der ČSSR vorzeitig abgebrochen.

Dokument 41⁷⁷

Kennziffer: POL A 0276/89

Berichtsnummer: 32C-1927/89

Titel/Betreff: Aktuelle Entwicklung in der DDR

BND-Brieftelegramm vom 06.10.1989

[...]

- 1.1 Die illegalen Ausreisen über die ungarisch/österreichische Grenze dauern an. In den Botschaften Prag und Warschau hat sich die Situation zwar entschärft, eine dauerhafte Lösung zeichnet sich jedoch noch nicht ab. Nach einem neuesten nd-Hinweis sollen den bisherigen Regelungen jeweils Konsultationen zwischen HONECKER und GORBACHEV vorausgegangen sein. Um weitere Abwanderungen zu verhindern, hat die DDR-Führung (Mitteilung ADN⁷⁸ vom 3. Oktober 1989) „mit sofortiger Wirkung“ den paß- und visafreien Verkehr zwischen DDR und ČSSR für die Bürger der DDR „zeitweilig“ ausgesetzt.

Es handelt sich dabei offensichtlich um eine Notmaßnahme, mit der die massenhafte Abwanderung zunächst einmal zurückgedämmt werden soll. Vollständig und auf Dauer wird dieses für DDR-Bewohner wichtige Urlaubsland nicht gesperrt werden können. Im Januar 1988 hatte die DDR-Führung bereits versucht, durch einschränkende Devisenregelungen den Touristenstrom in die ČSSR zu reduzieren, mußte diese Maß-

⁷⁶ eská tisková kancelář.

⁷⁷ Aufzeichnungen Politik, September bis November 1989, BND-Archiv, 14131.

⁷⁸ Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst, Nachrichten- und Bildagentur der DDR.

nahme jedoch schon nach ca. 8 Wochen wegen des Unmuts in der Bevölkerung und in der Parteibasis wieder zurücknehmen.

Erste nd-Hinweise⁷⁹ berichten über verstärkte Überwachung der DDR-Grenze zu Polen, die bisher noch nicht durch Befestigungsanlagen gesichert ist.

Bereits Anfang September hatte die SED-Führung über die stärkere Nutzung Rumäniens und Bulgariens sowie der Sowjetunion als Urlaubsziel für 1990 beraten.

1.2 Mit Stand 04. Oktober liegen folgende Flucht- und Ausreisezahlen vor (Angaben z. T. geschätzt):

Legalübersiedler: ca. 65.000
 Reiseflüchtlinge: ca. 13.000
 Sperrbrecher: knapp 1.000
 Flüchtlinge über Ungarn sowie über die Botschaften Prag und Warschau: ca. 46.000.

Insgesamt dürften bisher in diesem Jahr ca. 125.000 DDR-Bewohner – legal und illegal – in die Bundesrepublik gekommen sein.

Dokument 42⁸⁰

Kennziffer: POL M 0660/89

Berichtsnummer: 32CA10108901

Titel/Betreff: DDR: Reisen in die ČSSR; Behördenpraxis

Stand: 10/89

1. Am 05.10.1989 hat die Hauptabteilung Paß- und Meldewesen im Ministerium des Inneren allen Volkspolizeikreisämtern (VPKA) eine neue Bestimmung für Privatreisen in die ČSSR bekanntgegeben. Demnach können Privatreisen aus dringenden Gründen auf der Grundlage des §7 der RVO vom 30.11.88 genehmigt werden.
2. (Gruppen)Reisen in die ČSSR, die vom Reisebüro der DDR organisiert wurden und für die schon ein Reiseleistungsvertrag abgeschlossen wurde, können durchgeführt werden. Um unbillige Härten zu vermeiden, können bis zum 10.10. bei Gruppenreisen die Teilnehmerlisten visiert werden. Ab 11.10. können Bürger der DDR, die mit Touristengruppen ins Nachbarland reisen wollen, nur noch mit Einzelvisa in den Pässen, in Einzelfällen in den Personalausweisen, ihre Reise antreten. Die Filialen der Staatsbank der DDR sind gehalten, einen Vermerk über erworbene Reisezahlungsmittel auf der Seite des im Paß oder Personalausweis erteilten Visums anzubringen.

Die gleiche Regelung gilt auch für Reisen, die im Rahmen des Urlauberaustauschs des FDGB und der Betriebe in die ČSSR durchgeführt werden.

3. Dienstreisen in die ČSSR können laut amtlicher Auskunft ebenfalls nur mit einem gültigen Visum durchgeführt werden. Die Betriebe etc. sind gehalten, diese Bestimmung auch und gerade für schon vorbereitete Dienstreisen zu berücksichtigen.

Stellungnahme

Am 03.10.89 hatte die DDR den paß- und visafreien Reiseverkehr mit der ČSSR „zeitweilig“ ausgesetzt und die VPKA offenbar angewiesen, zunächst überhaupt keine Individualreisen in die ČSSR zu genehmigen. Personen, die eine Reise ins Nachbarland beantragen wollten, wurden von den zuständigen Bediensteten abgewiesen und bis zum Montag, den 06.10., getröstet. Dann könnte man Genaueres sagen.

Privatreisen in die ČSSR unterliegen jetzt also den gleichen Bestimmungen wie z.B. jene in die Bundesrepublik Deutschland. Da die verwandtschaftlichen Bindungen in die ČSSR aber sicherlich bei weitem nicht so intensiv sind wie diejenigen in die Bundesrepublik, dürfte die neue Bestimmung den privaten Reiseverkehr ins südliche Nachbarland de facto weitgehend zum Erliegen bringen.

⁷⁹ Nachrichtendienstliche Hinweise.

⁸⁰ Meldungen Politik, September bis Oktober 1989, BND-Archiv, 14116.

Inzwischen wurde aus einem Bezirksverband der LDPD⁸¹ zuverlässig bekannt, daß zahlreiche Mitglieder dieser Partei ihre Parteidokumente aus Verärgerung über diese Regelung zurückgeben. In den meisten Fällen haben sie schon lange ihren Urlaub in der ČSSR gebucht, z.T. bezahlt – auch Flugtickets – und können nun nicht reisen. Es kann angenommen werden, daß diese Maßnahme auch in der SED einen Austrittsschub bewirken wird.

Dokument 43⁸²

Berichtsnummer: 31B-0205/89

Titel/Betreff: Erleichterter Reiseverkehr in die ČSSR?

Z.d.F.: 25.10.1989

Einem ersten Hinweis zufolge soll es neuerdings für DDR-Bürger möglich sein, für Reisen in die ČSSR ein Dauer-Visum zu erhalten. Zumindest Bewohner in den Grenzkreisen der Bezirke Dresden und Karl-Marx-Stadt sollen bereits von dieser Erleichterung Gebrauch machen können. Möglicherweise wurde diese Regelung im Vorfeld auf die zu erwartende neue Reiseverordnung getroffen.

Dokument 44⁸³

Kennziffer: POL A 0309/89

Berichtsnummer: 32DY20118901

Titel/Betreff: Tschechoslowakei: Reaktionen auf die Flucht von DDR-Bürgern

Stand 20. November 1989

Zu tschechoslowakischen Reaktionen auf die Flucht von DDR-Bürgern über die Bonner Botschaft in Prag und über die ČSSR ist nachrichtendienstlichen Hinweisen zusammengefaßt folgendes zu entnehmen:

1. Mehrere Meldungen belegen, daß die massenhafte Flucht von DDR-Bürgern über die ČSSR die Prager Regierung gegenüber Berlin (Ost) zunehmend ungeduldiger werden ließ. Tschechoslowakische Diplomaten im westlichen Ausland berichteten von einer „nachhaltigen Störung“ des Verhältnisses zwischen beiden „Bruderstaaten“. Besonders drastisch drückte sich kurz vor Öffnung der Westgrenze durch die DDR ein tschechoslowakischer Beamter bei einer Unterorganisation der VN⁸⁴ aus: Es sei eine „ausgemachte Schweinerei“, daß die DDR-Führung ihre Bürger ohne alle Formalitäten massenhaft über die ČSSR in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen lasse. Jetzt (die Äußerung fiel am 06.11.89) wäre es an der Zeit, „den direkten Weg DDR-BRD zu gehen“. Diese Aussage läßt auf massiven Druck von Seiten Prags auf Berlin (Ost) schließen. Recht unverblümt brachte dies auch der Sprecher des Prager Außenministerium, Lubomir MARSIK, am 10.11.89 gegenüber der Presseagentur Reuter zum Ausdruck: Die Öffnung der Grenze in Berlin und zur Bundesrepublik Deutschland sei ein „sehr positiver Schritt“. Prag habe Berlin (Ost) zu „dieser sehr notwendigen Lösung eingeladen“.
2. Die Reaktionen der ČSSR-Bevölkerung, soweit sie hier unmittelbar registriert werden konnten, waren überwiegend von Wohlwollen, Hilfsbereitschaft und Freude über den glücklichen Ausgang der Flucht über die Bonner Botschaft in Prag geprägt. Nur vereinzelt wurden ärgerliche Stimmen über die Belastungen Prags in den Tagen der massenhaften Botschaftsbesetzung laut. Bezeichnend für das Verständnis, das man für die Deutschen hatte, aber vielsagend auch für die Skepsis bezüglich der Aussichten für einen politischen Wandel in der ČSSR, erscheint das mehrfach von jüngeren Leuten geäußerte Bedauern darüber, daß es leider keine „West-Tschechoslowakei“ gebe, in die man als Tscheche oder Slowake ausweichen könnte, um in Freiheit zu leben. Allerdings kam in manchen hier erfaßten Äußerungen aus der tschechoslowakischen Bevölkerung auch Skepsis gegenüber den Fluchtmotiven der DDR-Bürger zum Ausdruck: Es wurden nahezu ausschließlich materielle Beweggründe unterstellt, oft verbunden mit der abfälligen Bemerkung, die Flüchtenden erwarteten sich in der Bundesrepublik Deutschland wohl ein leichtes Leben in materiellem Überfluß.

81 Liberal-Demokratische Partei Deutschlands.

82 BND-Tagesunterrichtung, 1. September bis 29. Dezember 1989, BND-Archiv, 14090.

83 Aufzeichnungen Politik, September bis November 1989, BND-Archiv, 14131.

84 Vereinte Nationen.

h) Der 40. Jahrestag der DDR: 7. Oktober 1989

Dokument 45⁸⁵

Kennziffer: POL M 0140/89

Berichtsnummer: 32CA22028901

Titel/Betreff: DDR-Innenpolitik

hier: Möglicherweise Amnestie zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung

Stand: Januar 1989

Der Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Prof. Dr. Bernd WILHELMI, informierte im Dezember 1988 das Lehrkollegium über eine beabsichtigte „kleine Amnestie“ aus Anlaß des 40. Jahrestages der Gründung der DDR am 07. Oktober 1989. Unter die Amnestie sollen vor allem Ersttäter mit niedrigen Haftstrafen fallen.

Stellungnahme

Es handelt sich um den ersten Hinweis auf eine mögliche Amnestie, der mit allem Vorbehalt weitergegeben wird.

1. Zweifellos wäre eine solche Maßnahme zwei Jahre nach der letzten Amnestie zwar ungewöhnlich, sie erschiene jedoch aus Anlaß des 40. Gründungstages der DDR angemessen und kann deswegen auch nicht völlig ausgeschlossen werden.

Seit Bestehen der DDR wurden bisher sieben Amnestien erlassen: 1951, 1956, 1960, 1964 (15. Jahrestag), 1972, 1979 (30. Jahrestag), 1987 (38. Jahrestag). Als sogenannte „kleine“ Amnestie kann etwa die von 1964 bezeichnet werden, als rund 10.000 Amnestierte entlassen wurden, 1960 wurden etwa 16.000 Amnestierte genannt; in allen anderen Fällen lagen die Zahlen zwischen 20.000 und 25.000.

2. Bei der letzten Amnestie (12.10.-12.12.1987), die offensichtlich auch im Zusammenhang mit dem HONECKER-Besuch in der Bundesrepublik Deutschland stand, wurden 24.621 Personen aus dem Strafvollzug entlassen, bei weiteren 2.741 zu Freiheitsstrafen verurteilten Personen wurden die Strafen nicht vollstreckt, bei 1.753 Personen, die sich in Untersuchungshaft befanden, wurden die Strafverfahren eingestellt. Unter den Amnestierten sollen sich (lt. Erich HONECKER) „3.000 bis 6.000 politische Straftäter“ befunden haben.
3. Dem nachrichtendienstlichen Meldungsbild zufolge wurden die Strafvollzugseinrichtungen der DDR nach der Amnestie von 1987 relativ rasch wieder aufgefüllt. Unter eine mögliche „kleine“ Amnestie, d.h. Straftäter mit niedrigen Haftstrafen betreffend, würden sehr wahrscheinlich auch die Mehrheit der sogenannten politischen Häftlinge fallen, deren Zahl – nach vorliegenden Erkenntnissen – sich derzeit auf rund 2.000 belaufen dürfte.

Dokument 46⁸⁶

Berichtsnummer: 31B-0186/89

Titel/Betreff: Zum 40. Jahrestag der DDR

Z.d.F.: September 1989

Den eingegangenen Meldungen nach zu schließen, werden die Feiern zum Staatsjubiläum für die Masse der Bevölkerung überwiegend eher im kleinen Rahmen stattfinden. Dabei sollen, offenbar um keinen Unmut über zusätzliche Freizeitbeschränkungen (der 07. Oktober ist ein Samstag) aufkommen zu lassen, die Veranstaltungen möglichst schon vor dem eigentlichen Jubiläumsdatum abgehalten werden.

Es liegen keine Hinweise vor, wonach Massendemonstrationen gegen das Regime oder die offiziellen Feierlichkeiten geplant oder vorbereitet werden. Dazu fehlt, dem bisherigen Meldungsbild nach zu schließen, der breite Konsens der Masse der Bevölkerung zu Protestveranstaltungen. Viele hier vorliegende Hinweise enthalten im

⁸⁵ Meldungen Politik, Februar bis März 1989, BND-Archiv, 14107.

⁸⁶ BND-Tagesunterrichtung, 1. September bis 29. Dezember 1989, BND-Archiv, 14090.

Gegenteil Äußerungen, wonach man weder den Staat noch die Gesellschaftsform der DDR im Augenblick für generell liquidierbar hält, sondern vielmehr bedauert, daß sich die SED-Führung angesichts der Fluchten, die zum Teil scharf abgelehnt werden, so wenig diskussions- und reformfähig zeigt. Den Oppositionsgruppen könnten einzelne begrenzte Demonstrationsveranstaltungen gelingen; es ist aber davon auszugehen, daß sie der Kontrolle der Sicherheitsorgane nicht entgleiten werden.

Dokument 47⁸⁷

Berichtsnummer: 31B-0201/89

Titel/Betreff: Nachtrag zum GORBACHEV-Besuch

Z.d.F.: Anfang Oktober 1989

Über die Gespräche GORBACHEVs mit HONECKER anlässlich der Feiern zum vierzigjährigen Bestehen der DDR wird nachträglich bekannt: Der Kreml-Chef habe Berlin (Ost) unmißverständlich aufgefordert, die Bundesrepublik Deutschland und die westlichen Medien nicht länger für die Flüchtlingswelle verantwortlich zu machen. Schuld an dieser Lage trage allein die SED-Führung mit ihrem Mangel an Reformbereitschaft. Blieben die erforderlichen Neuerungen aus, so die Warnung GORBACHEVs, werde sich die DDR im Ostblock weiter isolieren, was nicht im Interesse Moskaus liege. Berlin (Ost) könne aber nur dann auf sowjetische Unterstützung zählen, wenn es mehr Demokratie und größere Flexibilität zeige. Für eine Erhaltung der alten Machtstrukturen in der DDR stehe er, GORBACHEV, jedenfalls nicht zur Verfügung.

Dokument 48⁸⁸

Berichtsnummer: 31B-0192/89

Titel/Betreff: Zur Gestaltung des Fernsehprogramms während der Jubiläumsfeierlichkeiten

Z.d.F.: 04.10.1989

Nach Angaben eines Mitarbeiters des DDR-Fernsehens ist das Fernsehprogramm zu den Feierlichkeiten am 07.10. „aus politischen Gründen“ mehrfach geändert worden. Ursprünglich habe das Sendeschema einen hohen Anteil von Unterhaltungssendungen vorgesehen. Auf Anordnung der Staatsführung sei dann jedoch der Schwerpunkt auf das politische Rahmenprogramm gelegt worden; besondere Beachtung sollte dabei der „Festrede“ von Generalsekretär HONECKER geschenkt werden.

Wie weiterhin bekannt wird, finden die politischen Sendungen des DDR-Fernsehens bei der Bevölkerung offenbar keine große Beachtung. Eine interne Untersuchung der Einschaltquoten im September soll ergeben haben, daß die Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera“ sowie politische Magazine und Reportagen nur Einschaltquoten von unter 1% verzeichnen konnten, während Sportberichte und im Westen eingekaufte Spielfilme rund 8% der Zuschauer erreicht hätten.

Dokument 49⁸⁹

Berichtsnummer: 31B-0188/89

Titel/Betreff: Weitere Vorbereitungen zum 40. Jahrestag

Z.d.F.: Oktober 1989

Im Vorfeld der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag wird aus Berlin (Ost) von Angehörigen der Kampfgruppen bestätigt, daß verschiedene Einheiten im Bezirk Berlin in den vergangenen Wochen verstärkt Übungen abgehalten haben. Schwerpunkt seien hierbei die Übungsbereiche „Räumen und Sperren“ gewesen. Innerhalb der Kampfgruppen gehe man davon aus, anlässlich der Jubiläumsveranstaltungen eingesetzt zu werden.

Weiterhin liegen hier Hinweise vor, daß verschiedene Friedens- und Kirchengruppen derzeit damit befaßt sind, Gegendemonstrationen und Alternativveranstaltungen zu den offiziellen Feiern zu organisieren.

87 Ebd.

88 Ebd.

89 Ebd.

Dokument 50⁹⁰

Kennziffer: POL A 0276/89

Berichtsnummer: 32C-1927/89

Titel/Betreff: Aktuelle Entwicklung in der DDR

BND-Brieftelegramm vom 06.10.1989

Die DDR befindet sich am Vorabend ihres 40. Jahrestags in einer krisenhaften Situation, die gekennzeichnet ist durch

- anhaltende Fluchtbewegungen
- zunehmende Forderungen regimekritischer Gruppen nach Reformen des orthodoxen Sozialismus
- aufkommende Loyalitätsprobleme an der Basis der SED und der Blockparteien
- Erkrankung HONECKERS und damit häufiger Ausfall des Repräsentanten der Führung.

[...]

Die schwere Erkrankung HONECKERS wird durch eine glaubhafte nd-Information von Ende September (zusätzlich Darmkrebs festgestellt) bestätigt.

Die eingeschränkte Arbeitsfähigkeit des obersten Repräsentanten wirkt sich zweifellos belastend auf die Feierlichkeiten des 40. Jahrestages der DDR-Gründung aus. Die offiziellen Ankündigungen im „Neuen Deutschland“ enthalten bisher keinen Hinweis auf einen Staatsakt mit Festansprache, sondern lediglich

- 04.10. Großer Zapfenstreich für die Opfer des Faschismus und Militarismus
- 06.10. Fackelzug der FDJ⁹¹
- 07.10. Ehren-Parade der Nationalen Volksarmee und Großer Wachaufzug Unter den Linden sowie Volksfeste in allen Stadtbezirken und ein Höhenfeuerwerk.

HONECKER ist inzwischen schon mehrfach, wenn auch nur kurzzeitig, öffentlich in Erscheinung getreten. (z.B. am 02.10. zum Empfang des britischen Verlegers MAXWELL, der die Enzyklopädie „Information GDR“ überreichte und bei der Ernennung mehrerer Generale). Mit seiner Anwesenheit auch bei den Staatsfeierlichkeiten kann daher gerechnet werden.

Bei den Staatsgründungsfeierlichkeiten erwartet die DDR-Führung illegale Demonstrationen, die sich zu Massenaufläufen erweitern könnten. Die Vorgänge am 02. Oktober in Leipzig zeigen, daß diese Befürchtungen nicht unberechtigt sind. Glaubhafte nd-Hinweise berichteten von umfangreichen Vorkehrungen der Sicherheitskräfte. Vor allem Volkspolizei und Kampfgruppen der Arbeiterklasse wurden schon seit Wochen für den Einsatz gegen Demonstranten geschult.

Dokument 51⁹²

Kennziffer: POL A 0278/89

Berichtsnummer: 32C-1938/89

Titel/Betreff: DDR: Aktuelle Situation an der Spitze der SED

Stand: Mitte 10/89

1. Stimmungsumschwung in den Spitzengremien der SED

Nachrichtendienstliche Hinweise vermitteln den Eindruck, daß der bisherige Konsens innerhalb der Spitze der SED und auf der nachgeordneten Ebene des ZK brüchig geworden ist. Die anhaltenden und intensiven Anstrengungen HAGERs um Zusammenhalt des Politbüros in HONECKERS Abwesenheit deuteten ebenso auf eine zunehmende Fraktionalisierung hin wie wiederholte Kontroversen, die in letzter Zeit auch zu grundsätzlichen Fragen ausbrachen. Zuletzt war es im Vorfeld der Reise MODROWS nach Stuttgart zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. HAGER, NEUMANN, MIELKE und MITTAG hatten sich offenbar vehement, letztlich jedoch erfolglos, gegen eine Reise des Dresdner Bezirkschefs der SED gewandt.

90 Aufzeichnungen Politik, September bis November 1989, BND-Archiv, 14131.

91 Freie Deutsche Jugend.

92 Aufzeichnungen Politik, September bis November 1989, BND-Archiv, 14131.

Auch in mittleren und höheren Funktionärskreisen des ZK-Apparates gewann in den letzten Tagen vor dem 40. Jahrestag der DDR offenbar die Ansicht an Boden, die Krise der DDR könne nicht ohne einschneidende personelle Maßnahmen an der Spitze der SED gelöst werden. Außerdem müßten auch programmatische Änderungen in die Wege geleitet werden.

Insgesamt bahnte sich ein Stimmungsumschwung zuungunsten der derzeitigen Führung an; er dürfte für den nächsten Parteitag der SED im Mai des nächsten Jahres, evtl. aber auch schon für das nächste ZK-Plenum noch in diesem Jahr, neue Rahmenbedingungen schaffen.

Der Stimmungsumschwung ging insbesondere zu Lasten der PB-Mitglieder HAGER, MIELKE, STOPH, NEUMANN und MITTAG. In ihnen sieht man offenbar die Haupthindernisse für eine Modifizierung des Parteikurses.

2. Dialogbereitschaft

Die für das Regime verheerenden Begleiterscheinungen zum 40. Jahrestag haben zu einem umfassenden Nachdenken in der SED geführt.

Auf allen Ebenen der Partei, in Betrieben und Behörden wurden auf zentrale Weisung gleich nach dem Jubiläum Lageanalysen vorgenommen und „nach oben“ gemeldet. Krisenstäbe tagten. Sehr wahrscheinlich haben die Ergebnisse dieser Beurteilungen und Beratungen die Führung bewogen, gezielte Zeichen für eine Dialogbereitschaft zu setzen, um z.B. die nun schon zur Regel gewordenen montäglichen Demonstrationen in Leipzig zu kanalisieren. Es kann ausgeschlossen werden, daß derart spektakuläre Signale, wie seitens des Dresdner OB⁹³ BERGHOFER und dreier Sekretäre der SED-Bezirksleitung Leipzig gegeben, ohne zentrale Anweisung bzw. Genehmigung erfolgten. Es war sicherlich auch kein Zufall, daß die SED am 09.10. nicht die Chefs der SED-Bezirksleitungen Leipzig bzw. Dresden die Demonstranten beschwichtigen ließ; dies wäre im Westen sicherlich noch stärker als ein Signal für eine Trendwende gewertet worden.

Das offensichtliche Vorhaben der Führungsriege, nur ganz allmählich in der Frage der Dialogbereitschaft einzulenken, ist jedoch mittlerweile Makulatur geworden, ein Zeichen, wie dramatisch selbst die SED-Spitze die Ereignisse der letzten Tage und ihre möglichen Folgen beurteilt. Nach einer länger als üblich dauernden Politbürositzung am Dienstag, den 10.10., verbreitete „Radio DDR“ am Mittwoch einen sensationell anmutenden Kommentar Kurt HAGERs, in dem er sich für eine „präzise Konzeption für die Verwirklichung erforderlicher Erneuerungen“ in der DDR ausspricht. Es handelt sich dabei um ein Interview, das HAGER bereits am 07.10. dem Korrespondenten der sowjetischen Wochenzeitung „Moskowski Nowosti“ gegeben hatte. Dies ist ein deutliches Indiz auf den Inhalt der Gespräche GORBACHEVs mit der DDR-Führung.

Obwohl der u.a. auch für Kultur zuständige Ideologiechef durch seine Reise am 12.10. nach Moskau (Anlaß: „Tage der Kultur der DDR“) den Eindruck einer Kehrtwende noch unterstrich, darf angenommen werden, daß er sich nicht aus innerer Überzeugung zu seinem Schritt entschlossen hatte. Nachrichtendienstliche Erkenntnisse belegen, daß er sich bis zuletzt für eine Fortsetzung des bisherigen Parteikurses eingesetzt hatte. Dennoch ist anzumerken, daß er maßgeblich den von ihm angedeuteten neuen Kurs zu realisieren versuchen wird, um die Wesensmerkmale des Sozialismus zu erhalten.

Den vorläufigen Höhepunkt in dieser Entwicklung stellt die Erklärung des Politbüros der SED vom Mittwochabend (11.10.) dar, die sicherlich nicht nur darauf abzielt, fürs erste die Gemüter zu beschwichtigen, sondern als ernstgemeintes Signal der Einsicht und der Dialogbereitschaft zu werten ist.

Mit ihrer nun mehrfach bekundeten Gesprächsbereitschaft hat sich die SED selbst unter Zugzwang gesetzt. Erstmals hatte die „normale“ Bevölkerung in größerem Umfang an einer Demonstration teilgenommen, nicht nur Mitglieder oder Sympathisanten unterschiedlicher Randgruppen. Man hatte erfahren, daß friedlicher Protest einen unerwarteten Erfolg bescherte. Die SED wird sich daher künftig nur schwer sich ausweitenden Gesprächsforderungen entziehen können, will sie nicht in noch größerem Ausmaß die Massen auf die Straße bringen.

3. [...]

93 Oberbürgermeister.

4. Reformbereitschaft

Das vorliegende Meldungsbild läßt den Schluß zu, daß in der SED-Spitze nicht nur eine Entscheidung gefallen ist, mit „Andersdenkenden“ zu reden, sondern auch die grundsätzliche Entscheidung, Reformen in Angriff zu nehmen. Auslöser hierfür dürften Gespräche GORBACHEVs am 07.10. zunächst mit HONECKER, dann mit dem gesamten Politbüro gewesen sein.

Im Vieraugengespräch mit GORBACHEV mußte sich HONECKER sicherlich ebenso wie auch anschließend das gesamte Politbüro massive Forderungen des Kremlchefs nach Reformen anhören. GORBACHEV kann weder ein Interesse an einer infolge des rigiden Parteikurses sich selbst destabilisierenden DDR haben, noch an einer krisenhaften Zuspitzung ähnlich dem 17. Juni 1953. Vielmehr dürfte er eine Stabilisierung des sozialistischen Systems nur durch Reformen garantiert sehen. Reformen können nach Auffassung GORBACHEVs nur von der SED selbst in Angriff genommen werden. Ein erster nd-Hinweis aus kompetenter Quelle hatte nicht ausgeschlossen, daß der SED-Chef selbst eine derartige Entwicklung initiieren könnte. Diese Information scheint sich jetzt zu bestätigen.

Wahrscheinlich hat er unter dem Druck der Ereignisse, evtl. auch auf Drängen seiner Umgebung, den einzigen Weg, der wenigstens die Chance zur Erhaltung eines – allerdings anders gearteten – sozialistischen Systems eröffnet, erkannt. Denn nur ein solcher könnte auch die lauter werdende deutsche Frage verstummen lassen. Vor diesem Hintergrund und angesichts der künftigen Möglichkeiten dürfte der 40. Jahrestag der DDR eine Abschiedsveranstaltung der SED in ihrer derzeit noch bestehenden Form gewesen sein.

Fraglich ist indessen auch, ob es HONECKER gelingt, Herr der Lage zu bleiben. Im Kreise führender Wirtschaftswissenschaftler und -funktionäre war kürzlich deutliche Kritik an seiner Person geübt worden: Er habe die politische Situation nicht mehr im Griff und habe versagt. Die Stimmung gegen HONECKER sei der einzige Punkt der Einigkeit in hohen Funktionärskreisen der SED. Man brauche jetzt einen Sündenbock, damit die Partei überleben könne.

i) **Polen**

Dokument 52⁹⁴

Kennziffer: POL M 0625/89

Berichtsnummer: 32DA21098901

Titel/Betreff: Polen: Warschau will DDR-Flüchtlinge angeblich ausfliegen lassen

Stand: 19.09.89

Ein polnischer Diplomat im westlichen Ausland sagte gegenüber einem westlichen Gesprächspartner für die nahe Zukunft eine ‚humanitäre Lösung‘ für die DDR-Bürger voraus, die in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau Zuflucht gesucht haben. Auf die Frage, was dies konkret bedeute, antwortete der Diplomat: ‚Ausfliegen‘.

In Warschau stelle man sich auf die Möglichkeit ein, daß Polen in eine ähnliche Lage wie Ungarn geraten könnte, was den massenhaften Zustrom von DDR-Flüchtlingen betreffe. Die Schwierigkeiten mit der DDR und einigen anderen sozialistischen Ländern nehme Polen in Kauf, nachdem es sich nun einmal für die Demokratie im Innern und eine ‚Verankerung im Westen‘ entschieden habe. Man werde den jetzt eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen, zumal die ‚Brezhnev-Doktrin‘ tot sei. Nicht zuletzt hätten jetzt engere Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland Vorrang vor jeder Rücksichtnahme auf die DDR.

Anmerkung

Die prononcierten Ausführungen des polnischen Diplomaten erscheinen zwar persönlich gefärbt, sie sind aber im Kern vor dem Hintergrund der neuen Lage und Orientierung Polens nur folgerichtig. Ob die Ankündigung ‚Ausfliegen‘ auf konkretem Wissen beruht, kann von hier aus nicht gesagt werden.

94 Meldungen Politik, September 1989, BND-Archiv, 14115.

Dokument 53⁹⁵**Kennziffer: POL M 0641/89****Berichtsnummer: 32DA29098901****Titel/Betreff: Polen – DDR sucht Lösung des Problems der DDR-Flüchtlinge in der Botschaft Warschau****Stand: 26.09.1989**

Aus [...] diplomatischer Quelle verlautet, daß die DDR die in der Botschaft Warschau befindlichen DDR-Flüchtlinge [Anm. Verf.: in ein westliches Land] unter der Bedingung ausreisen lassen wolle, daß die polnische Regierung ihre Grenzen – analog Ungarn – nicht öffnen werde, bestehende Verträge einhalte und damit keinen weiteren Anreiz für DDR-Bürger mehr biete, über Polen in die Bundesrepublik Deutschland zu flüchten. Die Bereitschaft der DDR, die Ausreise der DDR-Flüchtlinge in die Bundesrepublik Deutschland hinzunehmen, stelle einen absoluten Ausnahmefall dar, der sich in dieser Form definitiv nicht wiederholen werde.

Stellungnahme

Die Information kann von hier aus nicht auf ihre Glaubwürdigkeit überprüft werden, wird aber vorsorglich weitergegeben. Vorrangiges Bestreben der DDR dürfte es sein, die neue polnische Regierung unter Tadeusz MAZOWIECKI unter allen Umständen zu einer Einhaltung bestehender Verträge anzuhalten, um ein weiteres potentielles Schlupfloch für DDR-Flüchtlinge zu schließen und darüber hinaus eine weitere blockpolitische und internationale Isolierung zu vermeiden. Eine Entscheidung Polens analog zu Ungarn würde die bilateralen Beziehungen zwischen der DDR und Polen angesichts schon bestehender Belastungen erheblich erschweren und die ohnehin vorhandenen Tendenzen zur Abgrenzung beider Staaten noch vertiefen. Die polnische Regierung selbst ist jedoch an normalen Beziehungen zur DDR, die eine Wiederöffnung der Grenzen – entsprechend dem Zustand vor 1980 – einschließen, interessiert.

Da der DDR daran gelegen sein dürfte, das Flüchtlingsproblem noch vor dem 07. Oktober (40. Jahrestag der Gründung der DDR) möglichst zu bereinigen, dürfte eine Entscheidung über das weitere Schicksal der DDR-Flüchtlinge in Warschau (und Prag) nicht mehr lange hinausgezögert werden.

Dokument 54⁹⁶**Berichtsnummer: 31B-0193/89****Titel/Betreff: Ausbau der Grenzanlagen zu Polen und zur ČSSR****Z.d.F.: 03.10.1989**

Nach vorliegenden Hinweisen können Meldungen über den Ausbau der Grenzanlagen der DDR zu Polen bestätigt werden. So wird aus Görlitz berichtet, daß dort Angehörige der DDR-Grenztruppen seit Anfang Oktober entlang der Neiße Grenzpfähle gesetzt und Stacheldraht gezogen haben. Auch die Grenzstraßen und Neißebrücken würden verstärkt kontrolliert und mit Nagelbrettern gesichert. Ähnliche Maßnahmen seien ferner im Raum Forst zu beobachten gewesen. Darüber hinaus sollen auch im Zittauer Gebirge Stacheldrahtzäune entlang der Grenze zur ČSSR errichtet worden sein.

95 Meldungen Politik, September bis Oktober 1989, BND-Archiv, 14116.

96 BND-Tagesunterrichtung, 1. September bis 29. Dezember 1989, BND-Archiv, 14090.

j) Ministerium für Staatssicherheit (MfS)**Dokument 55⁹⁷****Berichtsnummer: 31B-0217/89****Titel/Betreff: Visumsfreier Reiseverkehr für Bundesbürger geplant?****Z.d.F.: 13.11.1989**

Einem ersten, unbestätigten Hinweis aus dem Bereich der Staatssicherheit zufolge wird derzeit an einer Neuregelung des Reiseverkehrs für Bundesbürger in die DDR gearbeitet. Im Rahmen dieser Neuregelung, die Anfang nächsten Jahres in Kraft treten sollte, werde die Visumpflicht für Reisen in die DDR entfallen.

Dokument 56⁹⁸**Berichtsnummer: 31B-0222/89****Titel/Betreff: Angriffe auf Mitglieder der Sicherheitsorgane****Z.d.F.: 20.11.1989**

Nach vorliegenden Informationen treten die lange aufgestauten Aggressionen der DDR-Bevölkerung gegen die Sicherheitsorgane nun z.T. offen zu Tage. So sollen in Gera Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes auf der Straße beschimpft und beleidigt worden sein; an deren Wohnhäuser seien Parolen wie „Henkersknechte, Menschenschinder und HONECKER-Lakaien“ aufgesprüht worden. Aus Berlin (Ost) wird berichtet, daß an Privatkraftfahrzeugen von MfS-Mitarbeitern die Reifen zerstochen worden sind. Ferner sollen vereinzelt Kinder von MfS-Angehörigen verprügelt oder sonst wie malträtiert worden sein.

Dokument 57⁹⁹**Berichtsnummer: 31B-0241/89****Titel/Betreff: Probleme bei der Wiedereingliederung ehemaliger MfS-Angehöriger in den Arbeitsprozeß****Z.d.F.: Dezember 1989**

Nach vorliegenden Hinweisen führt die Wiedereingliederung ehemaliger MfS-Mitarbeiter in den Arbeitsprozeß zu erheblicher Unruhe in den Betrieben. So soll es in mehreren Fällen zu spontanen Arbeitsniederlegungen und Protestkundgebungen wegen der Einstellung von früheren MfS-Angehörigen gekommen sein. Parolen wie „Schnüffler raus“ oder „Die Belegschaft duldet keine Schnüffler im Betrieb“ seien in Umlauf gesetzt worden. In einem Betrieb soll die Belegschaft auf der Betriebsversammlung den Antrag gestellt haben, keine ehemaligen MfS-Mitarbeiter anzustellen. Dies alles habe dazu geführt, daß sich immer mehr Betriebsleitungen weigerten, entlassene Staatssicherheitsmitarbeiter einzustellen. Als Begründung werde häufig angeführt, dieser Personenkreis würde zu hohe Gehaltsforderungen stellen.

In diesem Zusammenhang wird weiter bekannt, daß auch anderen Funktionären erhebliche Widerstände bei Wiedereintritt in das Arbeitsleben entgegengebracht werden. So soll es in einem Betrieb wegen der Einstellung des ehemaligen FDGB-Kreisvorsitzenden fast zum Streik gekommen sein, da sich die Belegschaft zunächst weigerte, ihn in ihre Reihen aufzunehmen.

97 Ebd.

98 Ebd.

99 Ebd.

Dokument 58¹⁰⁰**Berichtsnummer: 31B-0246/89****Titel/Betreff: Einlagerung von MfS-Akten in Geheimdepots?****Z.d.F.: 19.12.1989**

Aus dem Nordraum der DDR liegt ein Hinweis vor, wonach dort einzelne – mittlerweile aufgelöste – MfS-Kreis- und Bezirksdienststellen wichtige Akte in „wilde Depots“ ausgelagert haben, um sie der Sicherstellung durch die Staatsanwaltschaft zu entziehen. Diese Aktionen seien von den Dienststellenleitern eigenverantwortlich durchgeführt worden; eine entsprechende Weisung aus Berlin (Ost) habe nicht vorgelegen.

Dokument 59¹⁰¹**Verfügung
12L/12LA**

16. Januar 1990

**Betr.: Weiterbeschäftigung ehemaliger AfNS¹⁰²-Angehöriger
hier: Stellungnahme**

[...]

Nachbemerkung:

Die am 15. Januar in Berlin (Ost) von Demonstranten gestürmte Zentrale des MfS/AfNS in der Normannenstraße sollte ursprünglich eine friedliche Demonstration – einberufen vom „Neuen Forum“ – sein.

Von Seiten der Staatssicherheitskräfte waren Vorkehrungen getroffen, daß es nicht zu einer Konfrontation kam, da die dort tätigen Mitarbeiter – kurz vor Dienstscluß begann die Demonstration – nicht mehr anwesend waren. Die wachhabende Volkspolizei griff nicht ein.

Die ganze Demonstration hatte einen gewissen „Symbolwert“, den Volkszorn gegen das AfNS zu dokumentieren. Der entstandene Sachschaden von mehreren hunderttausend Mark ist verhältnismäßig gering. Zugang zu sensitiven Akten hatten die Eindringlinge nicht.

Dokument 60¹⁰³**12L/12LA**

22. Januar 1990

Herrn Präsidenten a.d.D. zur Unterrichtung**Betr.: SPIEGEL-Artikel vom 22.01.1990 zu:
„Sturm der Stasi-Zentrale am 15.01.1990“ (S. 20 ff.)****Bezug: Weisung Pr vom 22.01.1990**

1. Zu der vom SPIEGEL behaupteten Vermutung, daß der Stasi bei der Besetzung der Zentrale in der Normannenstraße „nachgeholfen“ habe, liegen beim BND keine Hinweise vor.
2. Nachfolgende Zusammenfassung gibt den Ablauf des Geschehens – soweit hier bekanntgeworden – wieder:
 - 2.1 Der vom „Neuen Forum“ am 11.01.1990 ergangene Aufruf zu einer friedlichen Protestdemonstration am 15. Januar vor dem Gebäude der Zentrale des „Amtes für Nationale Sicherheit/AfNS“, um der Forderung nach rascher und vollständiger Auflösung Nachdruck zu verleihen, wurde nach Arbeitsende von zehntausenden von Werkträgern in BERLIN (Ost) befolgt.

100 Ebd.

101 Entwicklung Ministerium für Staatssicherheit (MfS), BND Archiv, 3882.

102 Amt für Nationale Sicherheit.

103 Entwicklung Ministerium für Staatssicherheit (MfS), BND Archiv, 3882.

Die Protestdemonstration war angemeldet und die Veranstalter sollten mit 250 Ordnern für einen gewaltlosen Verlauf mit Sorge tragen. Es war beabsichtigt, die Räume von Bürgerkomitees bis zum 17. Januar besetzt zu halten. Nicht genehmigt war die Ankündigung, daß die Haupteingänge der AfNS-Zentrale von den Demonstranten zugemauert werden sollten. Mit Beginn der Demonstration vor 17 Uhr wurde Baumaterial herangeschafft und Bauarbeiter begannen die Tore zuzumauern. Die entstandenen Mauersockel nutzten die Demonstranten, um die Tore zu übersteigen. Die nachdrängende Menge schuf eine lebensbedrohende Situation und die zur Überwachung des Gesamtobjektes eingesetzte Volkspolizei öffnete die Tore, um die randalierenden Demonstranten einzulassen.

Nach vorliegenden nachrichtendienstlichen Hinweisen waren die Angehörigen des AfNS angewiesen, an diesem Tage der Zentrale fernzubleiben. Bürgerkomitees hatten im Laufe des Nachmittags bestimmte Räume mit der VP und der Militärstaatsanwaltschaft sichern lassen. Die Vertreter der Bürgerkomitees haben mit Mühe eine Eskalation der Ausschreitungen verhindern können.

Die stärksten Verwüstungen geschahen im Gebäude des Versorgungstraktes (z.B. Frisiersalon, Bücherei).

Die vor dem Gebäude demonstrierende Menge (Schätzung bis zu 100.000) wurde durch die an „Gewaltlosigkeit appellierenden“ Worte von MODROW, der mit Vertretern vom „Runden Tisch“ ad hoc erschien, beruhigt.

2.2 Schadensbewertung

Der aus der Fernsehberichterstattung abzuschätzende Schaden beläuft sich auf mehrere hunderttausend M/DDR. Die propagandistischen Schadensmeldungen der DDR-Regierung sprechen von Schäden in Millionenhöhe.

Durch den Sturm der Massen wurden keine operativen Bereiche der Abwehr oder des „Nachrichtendienstes“ (frühere Hauptverwaltung Aufklärung – HVA – im MfS) tangiert oder gar beschädigt.

Alle von beiden Seiten – Bürgerkomitee und VP/Militärstaatsanwaltschaft – getroffenen Vorkehrungen haben einen größeren Schaden begrenzt. Gegenseitig wird die „kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den Grünen“, den Volkspolizisten, betont, als es darum ging, für Ruhe und Besonnenheit zu sorgen. Die Demonstration war vom „Neuen Forum“ konzipiert als „günstiger Weg, um der Forderung nach Auflösung des AfNS erneut Ausdruck zu verleihen“. Die am Vormittag des 15. Januar direkt vom Fernsehen übertragenen Ausführungen vor dem Runden Tisch zu den hohen Mitarbeiterzahlen des AfNS – 32 500 – die noch angestellt sind, und die 12 500, die bis Ende Juni 1990 tätig bleiben, haben sicher den Volkszorn gegen das AfNS verstärkt.

Die ganze Demonstration hatte einen gewissen „Symbolwert“, um der Regierung den Ernst der Forderung nach vollständiger Auflösung des AfNS zu verdeutlichen.

Die Regierung nutzte die Übergriffe und angerichteten Schäden, um für die Gewaltlosigkeit im Sinne des Neuaufbaus der DDR unter ihrer Leitung propagandistisch zu werben. Auch sind die Gewaltübergriffe der Demonstranten ein geeignetes Argument, die Notwendigkeit eines „Abwehrapparates“ zu begründen.

Dokument 61¹⁰⁴

12L/12LA
12LA-551/90 VS-NfD

17. September 1990

An
90 AC
Herrn Präsidenten zur Unterrichtung

Betr.: Zusammenfassung MfS-Themen
Bezug: Vorbereitungen der ND-Lage am 17.09.1990
Anlg.: -1-

Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse zu:

1. Ablauf der „Stasi“-Auflösung

[...]

15. Januar 1990

Zugeständnis der Regierung MODROW, den Aufbau der geplanten Nachfolgeorganisation bis zu den Wahlen auszusetzen.

¹⁰⁴ Entwicklung Ministerium für Staatssicherheit (MfS), BND Archiv, 3882.

Sturm der Zentrale in der Normannenstraße durch Demonstranten. Offizielle Mitteilung der Gesamtstärke des MfS in Höhe von ca. 85.000 bezahlten Mitarbeitern, von denen schon 32.000 entlassen waren und weitere 20.000, die bis Ende Januar den Dienst quittieren sollen. Ein Stamm von 12.500 Mitarbeitern wird zur Auflösung benötigt.

k) DDR-Innenpolitik

Dokument 62¹⁰⁵

Kennziffer: POL M 0346/89

Berichtsnummer: 32CA12058902

Titel/Betreff: DDR-Innenpolitik

hier: Mögliche Änderung der Strafbemessung bei Republikflucht

Stand: April 1989

In letzter Zeit gibt es einige Hinweise auf eine mögliche veränderte Anwendungspraxis des § 213 StGB¹⁰⁶/DDR („Ungesetzlicher Grenzübertritt“) durch die Gerichte der DDR:

- In der Strafvollzugsanstalt Cottbus erwähnte ein für „Kontrolle und Sicherheit“ zuständiger Offizier einem Häftling gegenüber eine modifizierte Anwendung des § 213 StGB/DDR ab Juni 1989.
- Mitte März d.J. erfuhren mehrere politische Häftlinge in der Strafvollzugsanstalt Zeithain von ihren Anwälten, daß ab Juni 1989 der Versuch der Republikflucht nur noch mit Geldstrafe, genannt wurde ein Betrag von 5.000 Mark/DDR, geahndet werden soll. Die Geldstrafe könne nur in kleineren Raten abbezahlt werden, so daß Antragsteller auf Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland nach einer Verurteilung noch einen längeren Zeitraum in der DDR bleiben müßten.
- In der Strafvollzugsanstalt Halle ist Häftlingen bereits seit Anfang 1989 bekannt, daß die Gerichte ab Juni d.J. bei Verstößen gegen § 213 StGB/DDR angeblich zu einer geringeren Strafbemessung übergehen werden. Demnach soll der Versuch einer Republikflucht nicht mehr in dem Umfang wie bisher bestraft werden.

Stellungnahme

Die Hinweise werden – auch wegen der nicht sehr konkreten Informations Hintergründe – mit einigem Vorbehalt weitergegeben, da Verurteilungen nach § 213 im politischen Strafrecht der DDR anteilmäßig von nicht unerheblicher Bedeutung sind.

Über eine mögliche geringere Strafbemessung bei bestimmten politischen Delikten, hohe Geldstrafen anstatt Haft, wurde bereits in der Bezugsmeldung berichtet; die damaligen Überlegungen könnten jetzt konkretisiert werden.

Diese modifizierte Anwendung würde auch die Zahl der Neuzuführungen politischer Häftlinge verringern.

Dokument 63¹⁰⁷

Kennziffer: POL M 0556/89

Berichtsnummer: 32CA24088901

Titel/Betreff: DDR: E. KRENZ wertet seine Saarbrücken-Reise als Bewährungsprobe für „höhere Weihen“

Stand: 7/89

Wie aus kompetenter Quelle verlautet, hat man in der Parteiführung den Besuch von Politbüromitglied E. KRENZ in Saarbrücken (07./08.06.1989) mit größter Aufmerksamkeit beobachtet.

¹⁰⁵ Meldungen Politik, April bis Mai 1989, BND-Archiv, 14110.

¹⁰⁶ Strafgesetzbuch.

¹⁰⁷ Meldungen Politik, August bis September 1989, BND-Archiv 14114.

Nach KRENZ' eigener Ansicht hätten einige Spitzenfunktionäre seine Mission auch als eine Bewährungsprobe gewertet, da er mit dieser Reise wieder stärker in den Blickpunkt als Nachfolger HONECKERs gerückt sei. Man habe sehen wollen, auf welche Weise er seine Mission unter den bestehenden, außerordentlich schwierigen politischen Rahmenbedingungen erfüllen werde (Haltung zu China, Deutsche Frage, Selbstbestimmungsrecht, Stagnation in den Parteibeziehungen SED-SPD). Er selbst meinte, er hätte sich durchaus günstigere Bedingungen für einen Auftritt in der BRD vorstellen können.

Wie er erfahren habe, habe es einigen Funktionären gut gepaßt, daß er – KRENZ – in den westlichen Medien als ein doktrinärer Funktionär dargestellt worden sei. Diese Charakterisierung treffe aber nicht unbedingt auf den Punkt. Sie sei zwar nicht unproblematisch; er selbst könne damit aber durchaus leben. Schwieriger sei es sicherlich, sich mit dem Nimbus eines ehrgeizigen Veränderers (= MODROW) herumschlagen zu müssen.

Stellungnahme

Anschauliche, selbstbewußte und problembewußte Beurteilung der Saarbrücken-Reise durch KRENZ, in der auch seine Ambitionen auf das höchste Parteiamt sichtbar werden.

Dokument 64¹⁰⁸

Berichtsnummer: 31B-0189/89

Titel/Betreff: Stimmungslage innerhalb der SED

Z.d.F.: 01.10.1989

Die anhaltende Flüchtlingswelle löst an der Parteibasis der SED inzwischen heftige Diskussionen aus. So berichten SED-Funktionäre aus Berlin (Ost), Kritik entzündete sich vor allem an der mangelnden Unterrichtung und gezielten Desinformation der DDR-Bewohner durch die staatlichen Organe. Es sei unverantwortlich, der von den westlichen Medien über die Vorgänge in Prag und Warschau informierten Bevölkerung noch länger einreden zu wollen, es handle sich bei den Flüchtlingen nur um subversive und kriminelle Elemente, die am Rande der Gesellschaft stünden.

Darüber hinaus werde auch die Frage diskutiert, ob ehemaligen DDR-Bewohnern nach der Übersiedlung oder Flucht auf Dauer die besuchsweise Einreise in die DDR verwehrt werden könne. Es bestehe weitest gehende Übereinstimmung darin, daß eine derartige Einreisesperre langfristig weder sinnvoll noch durchführbar sei.

Dokument 65¹⁰⁹

Berichtsnummer: 31B-0207/89

Titel/Betreff: Politbürositzung offenbarte HONECKERs Realitätsverlust

Z.d.F.: Oktober 1989

Ein zuverlässiger Bericht über die Politbüro-Sitzung vom 10.10., eine Woche vor HONECKERs Rücktritt, beweist, wie wenig dieser sowohl die Lage im Land als auch seine eigene sowie die Isolierung seiner Gefolgsleute im Politbüro der SED zu erkennen vermochte: HONECKER und andere Politbüromitglieder hätten ihrer hellen Begeisterung über den Fackelzug der FDJ anlässlich des 40. Jahrestages der DDR Ausdruck gegeben und diesen als Zeichen dafür gewertet, daß die Jugend fest zur SED stehe. E. AURICH (1. Sekretär des Zentralrats der FDJ, Mitglied des Staatsrats) und W. POSSNER (Vorsitzender der Pionierorganisation „Ernst THÄLMANN“, Sekretär des Zentralrats der FDJ) hätten dann aber dargelegt, daß dieses Bild einseitig sei; „zigtausend“ junge Leute hätten schließlich das Land verlassen. Diese Äußerungen seien in der SED-Spitze ungehalten aufgenommen worden: Wer so denke, könne nicht in seiner Funktion bleiben. In die anschließende heftige Diskussion sei auch das Verhalten des Chefredakteurs von „Junge Welt“, H.-D. SCHÜTT, einbezogen worden. Die alte Garde habe ihm vorgeworfen, einen kritischen Artikel von H. KANT, dem Präsidenten des Schriftstellerverbandes der DDR, in der Ausgabe vom 09.10. veröffentlicht zu haben.

¹⁰⁸ BND-Tagesunterrichtung, 1. September bis 29. Dezember 1989, BND-Archiv, 14090.

¹⁰⁹ Ebd.

Schließlich habe sich KRENZ erhoben und mit „nun reicht es wohl langsam“ Stellung zugunsten der drei Kritisierten bezogen. Ihm sei aber sofort von den Gefolgsleuten HONECKERS vorgehalten worden, er könne die Situation nicht richtig einschätzen, weil er sich zuvor „lange Zeit in China aufgehalten“ habe; er sehe „die ganze Sache falsch“.

Dokument 66¹¹⁰

32C an 31C über 32YA und UAL 32
12.10.1989

Beitrag zur ND-Lage, Entwurf für BT¹¹¹
Betr.: DDR: Aktuelle Situation an der Spitze der SED

Wesentliche Elemente

Unter dem Druck der Ereignisse und vermutlich als Ergebnis der Gespräche mit GORBACHEV signalisiert die SED-Führung jetzt deutliche Dialogbereitschaft, die zwangsläufig in Reformen münden wird. Mit personellen Konsequenzen an der Spitze der SED, in die mglw. HONECKER selbst einbezogen wird, ist zu rechnen. Schon in letzter Zeit waren Risse im Politbüro sichtbar geworden.

Dokument 67¹¹²

Berichtsnummer: 31B-0198/89
Titel/Betreff: Massive Forderungen nach Vorverlegung des ZK-Plenums
Z.d.F.: Mitte Oktober 1989

Einem glaubhaften Hinweis zufolge soll das nächste ZK-Plenum am 16./17. November stattfinden. Wie dazu aus Berlin (Ost) bekannt wird, haben sich die Ersten Bezirkssekretäre der SED gegenüber dem Politbüro einhellig gegen den ihrer Ansicht nach zu späten Termin ausgesprochen. Angesichts der angespannten innenpolitischen Situation im Lande dürfe die Behandlung der anstehenden Probleme nicht mehr länger hinausgeschoben werden.

Wie dazu weiter zu erfahren war, wird auch in der Arbeiterschaft zunehmend die baldige Einberufung des ZK-Plenums sowie eine Vorverlegung des XII. Parteitags der SED (Mai 1990) gefordert. Mehrere Generaldirektoren der metallverarbeitenden Industrie charakterisieren gegenüber ihrem zuständigen Minister die Stimmung in den Betrieben als „sehr kritisch und emotionsgeladen“; es sei auch schon zu Streikdrohungen gekommen. Wenn in absehbarer Zeit nichts geschehe, so die Generaldirektoren, könnten sie „für nichts mehr garantieren“.

Zu der angeblich für den 18. Oktober angesetzten ZK-Beratung (vgl. TU¹¹³ v. 16.10.) liegen hier keine weiteren Hinweise vor; es ist aber davon auszugehen, daß die Spitzengremien der SED gegenwärtig nahezu in Permanenz tagen.

110 Ebd.

111 BND-Telegramm.

112 BND-Tagesunterrichtung, 1. September bis 29. Dezember 1989, BND-Archiv, 14090.Ebd.

113 Tagesunterrichtung.

Dokument 68¹¹⁴**32C an 90AC****NA¹¹⁵: AL 3****UAL 32****18. Oktober 1989****Zur sofortigen Vorlage bei Pr****Betr.: DDR: Bevorstehende Änderung in der SED-Führung**

1. Meldung vom 18.10. ca. 9.00 Uhr, (informierter Gesprächspartner aus Berlin (Ost) ruft Rostock an)
 - Heute Abend gibt es etwas zu feiern.
 - Ich meine wirklich alles und ganz gravierend.
 - Ich buchstabiere jetzt mal Führung.

Der Gesprächspartner aus Berlin (Ost) sprach jedes Wort abwägend und wissend; er empfahl dem Gesprächspartner Rostock, heute Abend „Aktuelle Kamera“ anzuschauen.

2. Bonn berichtet telefonisch:

Bereitschaftsdienst StV der DDR in Bonn wird vom Bereitschaftsdienst MfAA am 17.10. ca. 21.00 Uhr wie folgt informiert: Ltr StV NEUBAUER soll sich 18.10. 11.00 Uhr bei Minister FISCHER einfinden.

Aus beiden Informationen ist zu entnehmen, dass noch heute eine ZK-Sitzung stattfindet, (NEUBAUER ist ZK-Mitglied) in der wichtige personelle Entscheidungen beschlossen werden.

Dokument 69¹¹⁶**32C an 31B****16. Oktober 1989****Betr.: Beitrag für TU**

Einem bisher unbestätigten Hinweis zufolge soll am 18. Oktober 1989 eine ZK-Beratung stattfinden, wegen der andere, bereits längerfristig terminierte Veranstaltungen verschoben werden mussten.

Anmerkung

Möglicherweise handelt es sich in Anbetracht der zugespitzten innenpolitischen Situation in der DDR um die kurzfristig einberufene 9. Plenartagung des ZK der SED. Dies würde auch die überraschend abgesagten Besuche Hermann AXENS am 12./13.10. und Werner WALDES in der 42. Kalenderwoche in der BRD erklären.

Falls sich der Hinweis bestätigt, dürfte es sich wohl weniger um die in der Politbüro-Erklärung vom 12.10.1989 angekündigte ZK-Tagung handeln, in der die Vorschläge des Politbüros für einen „attraktiven Sozialismus“ unterbreitet werden sollen, sondern das Plenum dürfte sich mit der personellen Erneuerung der Parteiführung befassen. Hinweise deuten auf ein Ausscheiden von Hermann AXEN, Erich MIELKE, Erich MÜCKENBERGER, Alfred NEUMANN und Horst SINDERMAN in allernächster Zeit hin. Eine ernsthafte Gefährdung der Position Erich HONECKERS gilt derzeit als nicht sehr wahrscheinlich, sie kann jedoch nicht ausgeschlossen werden („Sündenbockfunktion“).

(SCHÖNBECK)

114 Entwürfe/Notizen 32C für den BND-Präsidenten, Tagesunterrichtung und Bundestag, BArch, B 206_584.

115 Nachrichtlich.

116 BND-Tagesunterrichtung, 1. September bis 29. Dezember 1989, BND-Archiv, 14090.

Dokument 70¹¹⁷

Berichtsnummer: 31B-0200/89

Titel/Betreff: Stimmen aus der Bevölkerung zum Machtwechsel

Z.d.F.: 19.10.1989

Die in den westlichen Medien zum Ausdruck kommende Skepsis der DDR-Bevölkerung hinsichtlich des Reformwillens von Egon KRENZ findet auch in hier vorliegenden aktuellen Hinweisen ihren Niederschlag: Auch unter dem neuen Generalsekretär, dem Zögling HONECKERS, seien weder wirtschaftlich noch politisch große Änderungen zu erwarten. Man könne nur hoffen, daß KRENZ, [...], nur eine Übergangslösung sei. Überhaupt sei die Ablösung HONECKERS nur ein „geschickter Schachzug der SED-Führung“ gewesen, um die aufgebrachte DDR-Bevölkerung zu beschwichtigen.

Dokument 71¹¹⁸

Berichtsnummer: 31B-0203/89

Titel/Betreff: Reaktion von DDR-Diplomaten auf den Führungswechsel

Z.d.F.: 23.10.1989

Von DDR-Diplomaten war in ersten Stellungnahmen folgendes zum Führungswechsel in Berlin (Ost) zu hören:

Ausschlaggebend für die Wahl von Egon KRENZ zum Nachfolger HONECKERS sei gewesen, daß mit KRENZ die Gewähr für die politische Kontinuität gegeben sei. Ein radikaler Bruch mit der Vergangenheit würde nur zusätzliche Unruhe in einer Situation schaffen, in der es darauf ankomme, alle Kräfte zur Überwindung der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu konzentrieren. Die Wahl von KRENZ sei zwar nicht der von vielen erwartete „große Wurf“. KRENZ sei sicherlich nicht der Wunschkandidat der jungen Generation, doch unter den gegebenen Umständen sei er wohl die beste Lösung.

Die DDR-Diplomaten sind offensichtlich erleichtert, daß endlich die Spekulationen und die Unsicherheit über einen Führungswechsel in der DDR beendet sind. Seit dem Einsetzen der Fluchtwelle hatten sich die DDR-Missionen weitgehend „verschanzt“: Wichtige Termine in der Öffentlichkeit waren abgesagt und Stellungnahmen zur Situation in der DDR verweigert worden. Nur in ganz vertraulichen Gesprächen wurden die Probleme beim Namen genannt und für Reformen plädiert.

Dokument 72¹¹⁹

Berichtsnummer: 31B-0208/89

Titel/Betreff: Funktionäre fordern von Parteiführung weniger Diskussion und mehr Parteiarbeit

Z.d.F.: Ende Oktober 1989

Parteifunktionäre vertraten in einem Gespräch dieser Tage die Meinung, die Parteiführung dürfe sich nicht länger von Demonstranten den Dialog aufdrängen und sich in fruchtlose Diskussionen auf der Straße verwickeln lassen. Sie habe sich bereits viel zu sehr das Heft aus der Hand nehmen lassen, anstatt gerade jetzt offensiv die Marschroute vorzugeben. Es fehle derzeit an einem Konzept für die Parteiarbeit. Dies sei besonders im Hinblick auf die Betriebe bedauerlich. Gespräche in den letzten Tagen mit den Belegschaften mehrerer Großbetriebe hätten ihnen – den Funktionären – deutlich gezeigt, daß die Arbeiterschaft dem sinnlosen Diskutieren und Demonstrieren sehr viel weniger zugänglich sei als allgemein angenommen und daß sie sich eine vernünftige Einstellung zur Partei bewahrt habe. Die Arbeiter müßten jetzt von Parteiseite überzeugt werden, daß ernsthaft an Reformen gearbeitet werde, daß neue Konzepte aber noch Zeit brauchten. Die Arbeiter hätten für solche ehrlichen Argumente durchaus Verständnis; man müsse nur endlich mit ihnen reden und Perspektiven aufzeigen.

117 Ebd.

118 Ebd.

119 Ebd.

Dokument 73¹²⁰

Berichtsnummer: 31B-0206/89

Titel/Betreff: Stimmung und Meinung an der Parteibasis zum Führungswechsel

Z.d.F.: Ende Oktober 1989

Der Aufstieg von Egon KRENZ findet an der Basis der SED ein sehr unterschiedliches Echo. Es gibt zahlreiche Stimmen, die schon aus der Antrittsrede (18.10.) des neuen Generalsekretärs Kraft und Motivation schöpfen, weiterhin oder jetzt wieder in der Partei zu arbeiten. So nahm z.B. ein Genosse seinen Austrittsantrag wieder zurück, weil er inzwischen seine Fragen und Probleme geklärt sieht.

Es überwiegen derzeit offenbar aber ablehnende Meinungen zu KRENZ. Man fürchtet, daß jetzt lediglich eine „kosmetische Operation“ statt echter Reformen stattfindet. Egon KRENZ sei sicher gewählt worden, weil man ihm am ehesten zutraut, die Position der SED zu halten.

Auf breites Unverständnis stößt die Tatsache, daß lediglich drei Funktionäre bisher ihre Posten verloren haben. Auch die anderen trügen gleichermaßen Schuld an der verfahrenen Situation. Alle hätten lange Zeit im Politbüro zusammengesessen und jeder tue jetzt so, als ob er nichts gewusst oder schon immer etwas anderes gewollt habe. Besonders Harry TISCH wird in diesem Zusammenhang scharf kritisiert. Außerdem höre ohnehin niemand mehr zu, „wenn einer von der alten Garde noch was phrast“ (AXEN, HAGER, MIELKE). Kritisiert werden z.B. auch Horst SCHUMANN, 1. Sekretär der SED in Leipzig, und Wolfgang JUNKER, Minister für Bauwesen. Persönlichkeiten wie etwa der Dresdner Oberbürgermeister BERGHOFER hätten hingegen eine Zukunft.

Dokument 74¹²¹

Berichtsnummer: 31B-0193/89

Titel/Betreff: Zu den Demonstrationen in Berlin (Ost)

Z.d.F.: Oktober 1989

Aus der DDR werden Einzelheiten zu den Bemühungen der SED-Führung bekannt, die Demonstrationen in Berlin (Ost) vom letzten Wochenende zu kontrollieren. So sei bei der Post in Dresden angestellten Bediensteten von der Betriebsleitung am letzten Freitag mitgeteilt worden, daß sie unverzüglich mit dem Zug nach Berlin (Ost) zu fahren hätten. Nachdem man ihnen dort westliche Kleidung und ein Tagegeld von 60 Mark Ost ausgehändigt habe, hätten sie sich unter die Demonstranten mischen und als „Ordner“ versuchen sollen, Gruppenbildungen zu verhindern sowie Informationen zu gewinnen. Weigerungen der Postbediensteten, an derartigen Aktionen teilzunehmen, hätten sofort berufliche Nachteile zur Folge gehabt.

[...]

Dokument 75¹²²

Berichtsnummer: 31B-0228/89

Titel/Betreff: Zu den Gesprächen am Runden Tisch

Z.d.F.: November 1989

Zur Strategie der SED bei den am 07. Dezember beginnenden Gesprächen am Runden Tisch wird aus Regierungskreisen in Berlin (Ost) folgendes bekannt: Zum einen werde die SED-Delegation zunächst ausloten, in welchen Bereichen Übereinstimmung mit der Opposition bestehe bzw. noch zu erzielen sei, um die Basis für eine mögliche künftige Koalition vorzubereiten. Zum anderen wolle man die bei den Oppositionsgruppen zu erwartenden Differenzen in Sachfragen nutzen, um die SED als integrierende Kraft darzustellen, die allein genügend Sachkenntnis und Erfahrung für die Realisierung der Reformvorhaben besitze. Daneben sehe man in den Gesprächen auch eine wichtige Orientierungshilfe für notwendige Personal- und Sachentscheidungen auf dem Sonderparteitag der SED am 15./16. Dezember. In der Frage eines Termins für freie Wahlen wolle sich die SED auf keinen Fall schon jetzt festlegen lassen.

120 Ebd.

121 Ebd.

122 Ebd.

Dokument 76¹²³**Berichtsnummer: 31B-0227/89****Titel/Betreff: Führung rechnet nicht mit Rückgang der Ausreisezahlen****Z.d.F.: November 1989**

Nach Informationen aus Berlin (Ost) rechnet man in Regierungskreisen der DDR vorerst nicht mit einem Rückgang der Ausreisezahlen. Nach der Offenlegung der desolaten Wirtschaftslage der DDR müsse sogar ein weiterer Anstieg befürchtet werden. Auch die Zahl der rückkehrwilligen DDR-Flüchtlinge sei niedriger als erwartet.

Dokument 77¹²⁴**Berichtsnummer: 31B-0224/89****Titel/Betreff: Angriffe jetzt auch auf SED-Mitglieder****Z.d.F.: 20.11.1989**

Nach hier vorliegenden Informationen richten sich die Aggressionen der DDR-Bewohner nun auch gegen SED-Mitglieder. So seien in Bad Salzungen Genossen auf der Straße angespuckt und als „Kommunistenschweine“ beschimpft worden. Ähnlich ergehe es auch ihren Kindern in der Schule. Besonders krass sollen Jugendliche ihren Aggressionen Luft machen, so daß SED-Mitglieder vereinzelt schon nicht mehr wagen, ihre Parteizugehörigkeit zuzugeben.

Dokument 78¹²⁵**Berichtsnummer: 31B-0234/89****Titel/Betreff: Reaktionen in der SED gegen Wiedervereinigung****Z.d.F.: 06.12.1989**

Offenbar führt der auf Demonstrationen lauter werdende Ruf nach Wiedervereinigung innerhalb der SED zu heftigen Reaktionen. So habe die Parteileitung eines Betriebes alle Beschäftigten schriftlich aufgerufen, sich in einer Unterschriftenaktion gegen eine Wiedervereinigung der DDR mit der Bundesrepublik Deutschland auszusprechen. Ein Teil der Belegschaft habe daraufhin eine eigene Unterschriftenaktion für die Wiedervereinigung begonnen. In einem anderen Betrieb sei Jugendlichen mit dem Lehrvertrag auch ein Schriftstück zur Unterschrift vorgelegt worden, in dem sie sich gegen die Wiedervereinigung aussprechen sollten. Die Jugendlichen hätten jedoch lediglich den Lehrvertrag unterschrieben und seien daraufhin dennoch ordnungsgemäß eingestellt worden.

Dokument 79¹²⁶**Berichtsnummer: 31B-0236/89****Titel/Betreff: MODROW auf dem Sonderparteitag****Z.d.F.: 09.12.1989**

Nach Angaben eines Delegierten des SED-Sonderparteitages vom 09./10. Dezember soll der Vorsitzende des Ministerrats MODROW im geschlossenen Teil der Sitzung die Partei dringend zu Geschlossenheit aufgefordert haben. Er könne sein Amt als Regierungschef nicht ausüben, wenn ihm die SED mangels innerer Geschlossenheit künftig nicht die notwendige Unterstützung gewähre. Es sei der Eindruck entstanden, so der Delegierte, als halte MODROW die Mitgliedschaft in seiner vor dem Zerfall stehenden, führungslosen Partei für das Ansehen seines Staatsamtes abträglich. Die durch die Äußerungen MODROWS kritisch gewordene Situation habe sich erst entspannt, nachdem der Antrag auf Auflösung der SED – bekanntlich einstimmig – abgelehnt worden war.

123 Ebd.

124 Ebd.

125 Ebd.

126 Ebd.

Dokument 80¹²⁷

Kennziffer: POL A 0341/89

Berichtsnummer: 32CA12128901

Titel/Betreff: Verfall der Staatsautorität

Datum: 12.12.1989

1. Die Regierung unter Ministerpräsident MODROW gerät zunehmend in den Sog der Auswirkungen des Zerfalls der SED. Sie reagiert auf den Druck der Straße, der sich besonders deutlich in der Radikalisierung gegenüber ehemaligen MfS-Mitarbeitern bzw. Dienststellen zeigt, mit widerstandslosem Zurückweichen. Dies wurde besonders deutlich in den zahlreichen, vermutlich gutgemeinten Übergriffen aus der Bevölkerung zur Sicherung von Akten des MfS. Auf keinen Widerspruch stieß der Vorschlag des Arbeitsausschusses der SED zur Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages, das eben erst geschaffene Amt für Nationale Sicherheit erneut zur Disposition zu stellen. In ihrer ersten Sitzung am 07.12. haben die Teilnehmer am Runden Tisch diesen Punkt aufgenommen. Sie sprachen sich für die Auflösung des Amtes aus. Grund für diese Entwicklung ist die zunehmend aggressive Haltung der Bevölkerung während der letzten Tage, in denen es nicht nur zu Handgreiflichkeiten kam, sondern wo auch schon vereinzelt auf MfS-Mitarbeiter geschossen wurde, wie zuverlässig bekannt ist.
2. Der Zorn der Bevölkerung richtet sich, wie z.T. schon bekannt, nicht mehr allein gegen die SED; zunehmend wird in einzelnen Fällen auch die staatliche Leitung in Betrieben in massive Kritik einbezogen.
3. Der Rat des Bezirks Rostock ist vor einigen Tagen geschlossen zurückgetreten. Einer nachrichtendienstlichen Information zufolge soll der Magistrat von Berlin (Ost) einschließlich des Oberbürgermeisters am 13.12. zurücktreten. Im Potsdamer Rat der Stadt hat der Oberbürgermeister knapp die Vertrauensfrage überstanden, sein Stellvertreter und weitere Mitglieder des Rates sind durchgefallen. Mitglieder der beiden genannten Räte sind bereits auf Stellensuche. Noch in diesem Jahr sollen weitere Räte der Bezirke abgelöst werden. Noch nicht erkennbar ist, ob diese Entwicklung ein erster praktischer Schritt einer Verwaltungsreform ist, die u.a. eine Neugliederung der DDR in die früheren Länder bringen könnte. Ministerpräsident MODROW hatte in seiner Regierungserklärung vom 17.11. eine solche Möglichkeit angedeutet, und nachrichtendienstliche Informationen stützen diese Vermutung. Parallel dazu treten in allen Ebenen der Administration vermehrt Einzelpersonen zurück. In Potsdam hat sich ein „Rat der Volkskontrolle“ gebildet, der die Funktion des Rates der Stadt übernehmen soll. In ihm sind Vertreter von Neuem Forum, SDP und Demokratie Jetzt präsent. Er arbeitet in den Diensträumen des Rates der Stadt. Ansätze einer Basisdemokratie werden hier erkennbar.

Inzwischen weitet sich die Austrittswelle auch auf einzelne Ministerien aus, und der Druck auf Minister MODROWs Kabinett wird stärker: Umweltminister REICHELTE und Justizminister HEUSINGER stehen im Mittelpunkt der Kritik. Auch die Ablösung von Außenminister FISCHER steht zur Debatte. Einem Hinweis aus kompetenter Quelle zufolge soll er durch Gerhard LINDNER (LDPD) ersetzt werden. Es ist davon auszugehen, daß schon in nächster Zeit Umbildungen im Kabinett MODROW vorgenommen werden müssen.

4. Überraschend, aber auch verantwortungsbewusst hat das Ministerium für Innere Angelegenheiten in der gegenwärtig sich verschärfenden inneren Situation (Radikalisierung der Straße, erste Streiks und weiter anwachsende Streikgefahr) die Entwaffnung der Kampfgruppen der Arbeiterklasse angeordnet; es verfolgt offenbar die Absicht, einem möglichen Ausgangspunkt für bewaffnete innere Auseinandersetzungen den Boden zu entziehen. Auch hier wird offensichtlich als einzige Möglichkeit der Deeskalation ein Zurückweichen des Staates gesehen. Im Übrigen dürfte die Entwaffnung der Kampfgruppen nur als erster Schritt zu ihrer Auflösung zu werten sein: Weder unter den derzeitigen politischen noch unter wirtschaftlichen Gegebenheiten erscheint ihre weitere Existenz gerechtfertigt.
5. Es hat sich schon bei dem ersten Gespräch am Runden Tisch gezeigt, daß wenigstens für eine Übergangszeit durch das hier versammelte Gremium aus dem gesamten politischen Spektrum die entscheidenden politischen Weichen gestellt werden: So wurde in der ersten Sitzung am 07.12. der Termin für die ersten freien Wahlen benannt: Die Festlegung des 06. Mai 1990 hierfür dürfte unter dem Gesichtspunkt der Wiedergutmachung der manipulierten Kommunalwahlen vom 07.05.89 zu sehen sein. Die Volkskammer, die einem Hinweis zufolge am 15.12. tagen wird, dürfte den vom Runden Tisch gemachten Zeit-

127 Aufzeichnungen Politik, November bis Dezember 1989, BND-Archiv, 14132.

vorschlag ebenso bestätigen wie die hier erklärte Absicht, bis dahin ein Wahlgesetz zu erarbeiten und – ebenfalls noch 1990 – den Entwurf einer neuen Verfassung zu konzipieren.

Die dargestellten Entwicklungen belegen, daß sich die Krise der SED zu einer Staatskrise ausgeweitet hat: Dem Zusammenbruch der SED folgt jetzt der rasche Verfall staatlicher Strukturen, die ja nicht demokratisch legitimiert sind, sondern durch die jahrelang gewachsene Verzahnung mit der einstigen Staatspartei geprägt wurden. Ihre Ablösung und Ersetzung durch neue Strukturen erscheint daher als zwangsläufige Folge des Zusammenbruchs der SED.

Dokument 81¹²⁸

Kennziffer: POL A 0346/89

Berichtsnummer: 32CA18128901

Titel/Betreff: Aktuelle Aspekte der innenpolitischen Situation

Datum: 18.12.1989

1. Situation in der SED

1.1 Stimmen zum 1. Teil des außerordentlichen Parteitages der SED

Nach Ansicht von Delegierten des Parteitages war die Stimmungslage unter den Teilnehmern gespalten. Als positiv wird herausgestellt, daß die Partei jetzt einen wichtigen Schritt zur Lösung von der stalinistischen Vergangenheit getan habe. Stolz äußert man sich, daß ein Neuanfang geschafft und ein „total verändertes Sozialismus- und Parteikonzept“ entwickelt worden sei.

In die teilweise zu beobachtende geradezu euphorische Stimmung Einzelner mischte sich aber auch oft ein kräftiger Schuß Skepsis: Es werde sich erst noch zeigen müssen, „ob das noch hilft, um den Sozialismus hier zu retten.“

Zu Beginn der Veranstaltung hatte offenbar überwiegend noch eine niedergedrückte Stimmung geherrscht. Erst als nach der Pause im geschlossenen Teil der Sitzung Ministerpräsident MODROW eine „gepfefferte Rede“ hielt, wich der Gedanke an eine Auflösung der Partei. Mit scharfen Worten appellierte er an den notwendigen Zusammenhalt und unterstrich, daß er als Ministerpräsident auf die Unterstützung einer gut geführten SED angewiesen sei. Er könne als Regierungschef jedoch nichts zur Rettung des Landes bewirken, wenn er Mitglied einer führungslosen Partei sei.

Die hier anklingende Distanzierung MODROWs von der SED führte offenbar zu einem Ruck unter den Teilnehmern. Der Dresdner OB BERGHOFER ließ sofort über die Frage der Auflösung der SED abstimmen. Die Delegierten waren nun einstimmig dagegen. Als das Ergebnis bekanntwurde, „war da eine Euphorie. Alles faßte sich an die Hände. Das war irgendwie eine Befreiung, und von da an lief die restliche Diskussion“.

Der neue Parteichef GYSI, der am 19.12. nach Moskau reisen will, wird zwar als rechtschaffener Mann und intelligenter Kopf akzeptiert, der als Jurist sicherlich Ordnungs- und Verwaltungsaufgaben in der SED erfolgreich anpacken werde. Man kreidet ihm aber auch persönliche Eitelkeit und Überheblichkeit an und befürchtet, daß er wohl keinen Kontakt zur Parteibasis finden werde. Seine Fähigkeit, die SED künftig wieder zu einer tragenden politischen Kraft aufzubauen, wird skeptisch beurteilt. Es fehle ihm an Ausstrahlung. Sein gutes Wahlergebnis sei vielmehr auf das Fehlen von Gegenkandidaten zurückzuführen. Erschwerend wirke sich aus, daß im neuen Parteivorstand zu viele Intellektuelle vorhanden seien. Ihnen dürfte es sowohl in der Tagespolitik als auch konzeptionell schwerfallen, einen „Draht“ zu den Massen zu finden.

Die SED werde für die nächsten Wahlen letztlich nur auf MODROW setzen können. Bei ihm müsse aber befürchtet werden, daß er sich künftig noch mehr der Regierungsarbeit widmen und sich als ein über den Parteien stehender Pragmatiker darstellen werde.

128 Aufzeichnungen Politik, November bis Dezember 1989, BND-Archiv, 14132.

1.2 „Straffung der Strukturen“

Die Ebene der Bezirksleitungen der SED bietet derzeit ein höchst unterschiedliches Bild. Die bisher einheitliche Gliederung existiert nicht mehr. So gibt es z.B. überwiegend noch den Sekretär für Agitation und Propaganda. Im Bezirk Gera wurde er durch einen „Sekretär für Information, Medien und ideologische Arbeit“ ersetzt. In Berlin (Ost) gibt es sogar einen „Sekretär für Parteienpluralismus, Koalitionsarbeit und staatliche Angelegenheiten“.

Generell ist festzustellen, daß FDJ und FDGB nicht mehr in den Bezirksleitungen der SED vertreten sind. Das Personal wurde erheblich reduziert.

Gegenwärtig werden zwei weitere Tendenzen auf der Bezirksebene erkennbar:

- Wie auch die Presse berichtet hat, wurde nach dem Rücktritt der gesamten SED-Bezirksleitung Neubrandenburg am 11.12. ein neuer „Bezirksvorstand der SED“ mit einem „Vorsitzenden“ an der Spitze gewählt. Dies ist sicherlich eine Reaktion auf die gleiche Entwicklung an der Parteispitze. Weitere BL dürften sich diesem Schritt anschließen.
- Einer nachrichtendienstlichen Information aus zuverlässiger Quelle zufolge hat die gesamte Bezirksleitung der SED Potsdam ihre Arbeit derzeit eingestellt. Sie soll aufgelöst werden. Schränke und Türen sind versiegelt; zahlreiche Mitarbeiter befinden sich auf Stellensuche. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß die SED-Führung künftig auf ihre Bezirksorganisation verzichten wird, um der Parteibasis mehr Gewicht zu verleihen und deren Meinung unverfälscht zu erhalten. Ein derartiger Schritt deutete sich erstmalig im Entwurf eines neuen Parteistatus an, der in der Berliner Zeitung vom 07.12. vorgestellt wurde.

1.3 Stimmung gegen Genossen; Reaktion der SED

Wie z.T. pressebekannt, geraten neuerdings nicht nur herausgehobene Funktionäre der SED unter den Druck der Bevölkerung. Angesichts des rasanten Verfalls der einst allmächtigen Partei und der täglich neu bekanntwerdenden Verfehlungen rächt sich die Bevölkerung nun zunehmend auch an den einfachen Genossen. Bekanntermaßen können Genossen viele Läden nicht mehr betreten, weil ein Schild darauf hinweist, daß an SED-Mitglieder nicht verkauft wird; zahlreiche Arbeitsplätze sind ihnen verwehrt.

Im Bezirk Karl-Marx-Stadt (das künftig mglw. wieder Chemnitz heißen soll) wurden alle Einkaufsstellen für Genossen geräumt und geschlossen. In einer Schule holte die Lehrerin einer zweiten Klasse die Kinder von SED-Mitgliedern nach vorn und erklärte, dies seien Kinder, deren Eltern „uns in diese Sch... geritten haben“. Dieses Verhalten könnte möglicherweise ein Indiz für die Absicht sein, alle belasteten Lehrkräfte aus dem Schuldienst zu entfernen.

Die Stimmung gegen Mitglieder der SED wird auch in den Betrieben jetzt stärker spürbar. So wurde aus einem Rostocker VEB bekannt, daß Parteisekretäre nicht mehr an Sitzungen der Werkleitungen teilnehmen dürfen. In einem Zwickauer Betrieb wurde gemeinsam von der Betriebsleitung und der Belegschaft beschlossen, daß die Parteigruppen künftig nicht mehr im Betrieb arbeiten dürfen. Versammlungen können nur noch außerhalb des Betriebes und nur in der Freizeit stattfinden. Es liegt auf der Hand, daß damit die Parteiarbeit im Betrieb weitgehend einschlafen wird. Dies wird offenbar auch von der SED so gesehen, denn künftig will man sich aus den „1000 kleinen Dingen“ heraushalten, sich auf die Wohnbezirke konzentrieren und vor allem konzeptionelle politische Arbeit leisten.

Der Rückzug aus den Betrieben ist schließlich auch auf die wachsende Herausforderung konkurrierender gesellschaftlicher Kräfte zurückzuführen. So haben z.B. die ehemaligen Blockparteien ihre Absicht bekundet, sich künftig stärker in den Betrieben engagieren zu wollen. Dies hat sich übrigens als zusätzlicher Beweggrund für Austritte aus der SED herausgestellt. Aktuelle nachrichtendienstliche Informationen zufolge ist die Austrittswelle tatsächlich noch ungebrochen. Die SED verfügt derzeit über einen Mitgliederbestand von nur noch 1 540 000 Personen. Die Zahl der Austritte dürfte in nächster Zeit weiter ansteigen, wenn die jetzt in großem Stil beginnende Abrechnung mit den Genossen weiter um sich greift.

1.4 Abspaltungstendenzen

Laut einer noch unbestätigten Information aus gewöhnlich zuverlässig meldender Quelle hat sich vor kurzem in Berlin (Ost) eine orthodoxe Gruppe von der SED abgespalten. Die angeblich unter dem Namen „die Nelken“ gebildete Gruppe soll bisher einige hundert Mitglieder haben und sich als Sammelbecken für unzufriedene, entlassene und orthodoxe Genossen verstehen.

1.5 Wertung

Der Auftakt des außerordentlichen Parteitages der SED enthielt zwar zahlreiche positive Ansätze, die unter normalen Umständen verbreitet auf positive Resonanz gestoßen wären. Vor dem Hintergrund ständig neu bekanntwerdender Korruptionsfälle, in die – auch einfache Funktionäre und Genossen verwickelt sind, scheinen aber sämtliche Reformangebote einer geläuterten Parteiführung wirkungslos zu verpuffen.

Das Meldungsbild vermittelt den Eindruck, als akzeptiere die Bevölkerung keines der bisher vorgestellten Reformangebote. Der sich laufend verstärkende Trend, sich an einzelnen Genossen zu rächen, läßt den Schluß zu, daß auch eine sich in den Tagen präsentierende Nachfolgeorganisation der SED nicht geschont werden wird. Die beginnende Hetzjagd auf die Genossen dürfte nach derzeitigem Sachstand erst dann beendet werden, wenn die SED als politische Kraft eliminiert ist.

Zu dieser Entwicklung wird die SED zwangsläufig selbst beitragen. Im Bestreben, ihre Existenz zu sichern, wird sie sich Reformen immer weiter öffnen müssen. Sie wird zunehmend Positionen vertreten, die für sie jetzt noch tabu, jetzt aber schon durch andere Gruppen besetzt sind (z.B. soziale Marktwirtschaft). Sperrt sie sich andererseits gegen diese Entwicklung, gerät sie schnell unter verstärkten Druck der Straße. Es erscheint daher möglich, daß sie bei freien Wahlen nicht einmal 5-8% Stimmenanteil erhält, die ihr derzeit noch westliche Diplomaten in Berlin (Ost) einräumen. Einer Umfrage im Süden der DDR zufolge würden sie jetzt bei freien Wahlen sogar nur ca. 4% der Stimmen erhalten.

2. Kritik an prominenten Persönlichkeiten

2.1 Markus WOLF: Wachsende Belastung für MODROW?

Mit Unbehagen beobachten zahlreiche SED-Funktionäre den breiten Spielraum, den sich Markus WOLF, der ehemalige Leiter der HVA im MfS, in letzter Zeit geschaffen hat und in welchem Maße er Einfluß auf die Umgestaltung und Neuformierung der SED nimmt. Er wirkt zum einen maßgeblich in der Aufdeckung und Ahndung von Fällen der Korruption und des Amtsmißbrauchs mit; zum anderen hat er neben der beratenden Tätigkeit für den Ministerpräsidenten auch Einwirkungsmöglichkeiten auf andere Arbeitsausschüsse und Kommissionen.

Von einer zu engen Verbindung MODROW-WOLF geht nach Ansicht hochrangiger Funktionäre eine erhebliche Gefahr für den Ministerpräsidenten aus. Zwar profitiere dieser sicherlich erheblich von der Arbeit des ehemaligen Spionagechefs; andererseits sei absehbar, daß auch WOLFs Vergangenheit aufgearbeitet wird und dabei Dinge ans Tageslicht gelangen, die ihn erheblich belasten werden. Schließlich sei WOLF in seinem früheren Amt eine wesentliche Stütze des HONECKER-Regimes gewesen. Vor wenigen Tagen erst hat sich ein ehemaliger Mitarbeiter WOLFs an die Volkskammer gewandt und angeboten, Licht in dessen Vergangenheit zu bringen. Dabei wollte er insbesondere WOLFs Kenntnisse über die Vorgänge in Wandlitz zur Sprache bringen.

Sollte WOLF tatsächlich in nächster Zeit einer Säuberungswelle zum Opfer fallen, so könnte auch auf den Regierungschef ein Schatten fallen und ihn verstärkter Kritik aussetzen. Es ist sicherlich kein Zufall, daß WOLF derzeit kein wichtiges politisches Amt bekleidet. Sicherlich möchten weder er noch der Ministerpräsident unnötig Kritikansätze bieten.

2.2 KRENZ unter Druck?

Mit völligem Unverständnis reagierten Parteitagsdelegierte – insbesondere jene aus dem Bezirk Leipzig – auf die Anwesenheit des ehemaligen Generalsekretärs KRENZ beim außerordentlichen Parteitag der SED. Es sei „unverständlich, daß der Kerl noch nicht aus dem Amt ist“. Man wirft KRENZ in erster Linie vor, in den letzten Wochen halbherzig und hinhaltend taktierend die Wende mit vollzogen zu haben.

Inzwischen hat das „Neue Forum“ gegen den ehemaligen Generalsekretär Strafanzeige wegen Korruption erstattet. Nach den Aussagen mehrerer hoher SED-Funktionäre entsprechen die kürzlichen Äußerungen von KRENZ, er habe hinsichtlich der laut werdenden Korruptionsbezeichnungen persönlich nichts zu befürchten, bzw. zu verbergen und auch keine Kenntnis über entsprechende Aufdeckungen bei anderen Genossen gehabt, nicht der Wahrheit. KRENZ habe hier ganz zweifellos die Unwahrheit gesagt. Diese verlogene Haltung

habe viele in der Partei verbittert und den Druck auf ihn gesteigert, so daß er letztlich seine Ämter verlor.

Man könne aber davon ausgehen, daß der Protegé HONECKERS „nicht so einfach davon kommt“. Es seien bereits Untersuchungen in die Wege geleitet, die Vorwürfe gegen KRENZ eingehend zu prüfen.

Als geradezu naiv könne man die Beteuerungen des ehemaligen SED-Generalsekretärs werten, er habe z.B. von den diversen Ferienobjekten nichts gewußt und sei in keiner dieser jetzt öffentlich bekannt gewordenen Jagdhütten von ehemaligen SED-Spitzenfunktionären gewesen. Diese Darstellungen würden nachweislich nicht der Wahrheit entsprechen. Bereits 1983/84/85, bis kurz vor dem Tode von H. HOFFMANN, sei KRENZ (als Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates), des Öfteren in dessen Jagdhütte eingeladen gewesen. Sicherlich habe der ehemalige Generalsekretär nicht alles gewußt, jedoch einen sehr guten Einblick in viele Angelegenheiten der persönlichen Bereicherungen und Vorteilnahmen so mancher seiner Genossen aus dem ehemaligen Politbüro gehabt. Insofern könne man seine Beteuerungen, von nichts gewußt zu haben, nur als Dummheit bezeichnen, die der Partei als Ganzes zusätzlichen Schaden zugefügt habe.

[...]

3. Staatliche Neugliederung

Die von oppositionellen Gruppen aufgeworfene Frage der Wiederherstellung der früheren Gliederung in fünf Länder war zunächst von der SED distanziert aufgenommen worden. Seit kurzem jedoch hat sich nach intensiver parteiinterner Diskussion offenbar der Gedanke einer Auflösung der Bezirke und Wiederbildung der früheren Länder, dazu Berlin (Ost) als 6. Land, durchgesetzt. In einem Entwurf für ein neues Programm der SED wird dieser Wunsch deutlich formuliert: „wir treten für die Wiederherstellung der fünf Länder in der DDR ein, ...“ (ND vom 12.12.89)¹²⁹. Einer Information aus kompetenter Quelle ist zu entnehmen, daß der Dresdner OB BERGHOFER „Ministerpräsident“ von Sachsen werden möchte. Es wird offenbar auch daran gedacht, Länderverfassungen zu erarbeiten.

Der Staatsrat soll abgeschafft werden. SED-intern wird über ein gemeinsames Staatsoberhaupt nachgedacht. Bereits jetzt verfügt Bundespräsident WEIZSÄCKER über ein außerordentliches hohes Ansehen in der DDR. Die Arbeiten an einer neuen Verfassung kommen voran. Dabei werden von verschiedenen Gruppen unterschiedliche Konzepte entwickelt, die sich aber alle an das Grundgesetz der Bundesrepublik anlehnen. Die Möglichkeit einer Konföderation soll darin offengehalten werden, evtl. durch Einarbeiten basisdemokratischer Elemente (z.B. Plebiszit zur Wiedervereinigung). Denkbar ist auch, daß bei weiter ansteigendem innenpolitischen Druck bereits vor dem Verkünden einer neuen Verfassung auf Initiative des Runden Tisches ein Volksentscheid über die Wiedervereinigungsfrage herbeigeführt wird.

Insgesamt entsteht derzeit der Eindruck, daß sich die DDR in der Frage der staatlichen Neugliederung, insbesondere im Zusammenhang mit der Erarbeitung einer neuen Verfassung, deutlicher an die Bundesrepublik anlehnt als politische Äußerungen dies vermuten lassen. Damit gesteht sie unausgesprochen den sich verstärkenden Druck in Richtung der nationalen Einheit ein.

Dokument 82¹³⁰

Berichtsnummer: 31B-0243/89

Titel/Betreff: Äußerungen FALINs zur Wiedervereinigung

Z.d.F.: 19.12.1989

Nach Informationen aus Berlin (Ost) hat sich Valentin FALIN Mitte November bei einem inoffiziellen Besuch dort gegenüber hochrangigen Gesprächspartnern wie folgt zur Deutschen Frage geäußert: Moskau gehe davon aus, daß die Wiedervereinigung „unausweichlich“ kommen werde; die von Bonn und Berlin (Ost) angestrebte „zügige Verdichtung“ der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen sei ein erster Schritt in diese Richtung. Die sowjetische Führung betrachte die in der DDR stationierten Sowjettruppen als entscheidende Trumpfkarte, wenn es einmal darum gehe, die Blockfreiheit eines vereinten Deutschlands zu erreichen.

¹²⁹ Nachrichtendienstliche Lageunterrichtung.

¹³⁰ BND-Tagesunterrichtung, 1. September bis 29. Dezember 1989, BND-Archiv, 14090.

Dokument 83¹³¹**Berichtsnummer: 31B-0245/89****Titel/Betreff: Zur inneren Lage****Z.d.F.: 22.12.1989**

DDR-Diplomaten im westlichen Ausland äußern sich besorgt über die Entwicklungen in der DDR. Die politische und wirtschaftliche Bankrotterklärung der alten SED-Führung habe ein Machtvakuum hinterlassen, das in absehbarer Zeit von keiner gesellschaftlichen Kraft gefüllt werden könne. Die SED habe vorerst – trotz des eingeleiteten Selbstreinigungsprozesses – abgewirtschaftet und dürfte bei den kommenden Volkskammerwahlen allenfalls 20% der Stimmen erhalten. Auch von Seiten der neuentstandenen Parteien und Gruppierungen sei keine regierungsfähige Mehrheit zu erwarten, da diese untereinander sehr zerstritten seien. Mit Besorgnis registriere man in diesem Zusammenhang auch das Anwachsen nationalistischer Tendenzen in der Bevölkerung, die zum Teil schon zu Gewalttätigkeiten geführt hätten. Die Sicherheitskräfte hielten sich gegenüber solchen nationalistischen Auswüchsen zurück, da sie offenbar von ihrem autoritären Erscheinungsbild der Vergangenheit loskommen wollten. Dies könnte aber in Zukunft zu einer gefährlichen Destabilisierung der innenpolitischen Lage führen.

Dokument 84¹³²**Berichtsnummer: 31B-0232/89****Titel/Betreff: Sowjetische Empfehlung an die DDR****Z.d.F.: Dezember 1989**

Wie aus Berlin (Ost) bekannt wird, soll in den Besprechungen, die Ministerpräsident MODROW bei seinem Besuch in Moskau mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten RYZHKOV geführt hat, RYZHKOV der DDR empfohlen haben, sich der Bundesrepublik Deutschland zu öffnen. Die DDR solle in ihren Handelsbeziehungen eine Form anstreben, wie sie derzeit zwischen der Bundesrepublik und der SU üblich ist.

Die Ministerpräsidenten sollen gleichzeitig vereinbart haben, daß der Handel zwischen der DDR und der SU ab 1991 auf der Grundlage von Weltmarktpreisen abgewickelt werden soll.

Dokument 85¹³³**Berichtsnummer: 31B-0019/90****Titel/Betreff: NVA-Regiment verweigert Gefechtsübung wegen fehlenden Feindbilds****Z.d.F.: 22. 01.1990**

Nach Angaben eines Beobachters hat sich vergangene Woche in Leipzig ein NVA-Regiment geweigert, eine Gefechtsübung außerhalb des Kasernengeländes durchzuführen. Der Regimentssprecher habe die Weigerung mit dem fehlenden Feindbild begründet. Die schon terminierte Übung sei daraufhin abgesagt worden.

Dokument 86¹³⁴**Berichtsnummer: 31B-0014/90****Titel/Betreff: Zur Situation der ehemaligen MfS-Mitarbeiter****Z.d.F.: 10.01.1990**

Mehrere ehemalige MfS-Mitarbeiter sprechen übereinstimmend von einer hohen Selbstmordrate unter ihren Kollegen. Zahlreiche „integre Mitarbeiter“ sähen keinerlei Möglichkeit mehr, aus der gesellschaftlichen Isolation wieder herauszukommen. Viele fühlten sich von der Regierung MODROW im Stich gelassen, nachdem sie vergeblich auf ein „klärendes Wort“ gewartet hätten. Resignation, aber auch Verbitterung nähmen zu; es sei nicht auszuschließen, daß sich hieraus ein innenpolitisches Unruhepotential entwickle.

131 Ebd.

132 Ebd.

133 Ebd.

134 Ebd.

Dokument 87¹³⁵**Berichtsnummer: 31B-0042/90****Titel/Betreff: MODROW-Äußerungen zur Wiedervereinigung führen zu Mitgliederabwanderung****Z.d.F.: 23. 02.1990**

Nach Hinweisen aus Berlin (Ost) hat eine PDS-interne Analyse ergeben, daß die kürzliche deutschlandpolitische Erklärung MODROWs in der Partei wesentlich mehr Ablehnung als Befürwortung gefunden hat. An Hand der eingegangenen Reaktionen habe man festgestellt, daß aufgrund der Erklärung des Ministerpräsidenten viele Mitglieder aus der PDS ausgetreten seien. Bei diesen Personen handle es sich fast ausschließlich um ältere, langjährige Parteimitglieder, die für MODROWs Äußerungen keinerlei Verständnis aufzubringen vermochten. Harsche Kritik sei parteiintern auch an der Tatsache geübt worden, daß es der Ministerpräsident nicht für nötig gehalten habe, die Gesamtpartei oder auch nur den Vorstand rechtzeitig von seiner deutschlandpolitischen Grundsatzerklärung in Kenntnis zu setzen.

I) Das politische Verhältnis DDR zur Sowjetunion**Dokument 88¹³⁶****Kennziffer: POL M 0563/89****Berichtsnummer: 32BB28088901****Titel/Betreff: USR: Äußerungen FALINs zum Verhältnis Sowjetunion - DDR****Stand: 16.08.89**

1. In einem intern geführten Gespräch äußerte sich der Vorsitzende der Internationalen Abteilung des ZK, FALIN, zum aktuellen Stand der Beziehungen Sowjetunion-DDR.

Mit Bezug auf die gerade in jüngster Zeit in der DDR-Bevölkerung verstärkten Ausreisewünsche registriere Moskau mit Besorgnis, daß die SED-Führung der von ihr verschuldeten Abwanderung im Grunde ohnmächtig und ratlos gegenüberstehe.

2. Infolge der Entfremdung zwischen den beiden Parteiführungen habe die Sowjetunion kaum Möglichkeiten, in dieser Frage auf die SED-Führung einzuwirken, zumal es – so FALIN – ohnehin nur mehr einen geringen Vorrat an politischen Gemeinsamkeiten gebe. Überdies habe die SED-Führung die bislang üblichen Konsultationen mit Moskau weitgehend eingeschränkt. Bemühungen von sowjetischer Seite, die SED wenigstens zu geringfügigen Veränderungen im Sinne der Moskauer Reformsignale zu veranlassen, seien auf schroffe Ablehnung gestoßen.
3. Nach Ansicht FALINs sei zu befürchten, daß die in der DDR-Bevölkerung verbreitete Unzufriedenheit schon relativ kurzfristig – ‚spätestens im Frühjahr nächsten Jahres‘ – zu (schwer beherrschbaren) Massendemonstrationen führen werde.
Es sei im Übrigen nicht damit zu rechnen, so FALIN, daß HONECKER den nächsten Parteitag (15.-19.05.90) zum Anlaß nehmen könnte, um – etwa unter Hinweis auf gesundheitliche Gründe – seinen Rücktritt zu erklären. Gegenüber maßgeblichen Parteifunktionären habe HONECKER vielmehr seinen Wunsch nach einer erneuten Kandidatur bekräftigt. Moskau habe allerdings den Eindruck gewonnen, daß der Parteiapparat der SED nicht mehr völlig geschlossen hinter HONECKER stehe. Interne Äußerungen führender SED-Funktionäre zeugen von einem sich ausbreitenden Gefühl der Resignation, das den Sinn der bisherigen Rolle der Partei in Frage stelle.
4. *[Hinweis: Ziffer 4. ist nicht vorhanden bzw. wurde nicht vergeben]*
5. Moskau rechne andererseits nicht mit der Möglichkeit, daß sich eine oppositionelle Bewegung in absehbarer Zeit als stark genug erweisen könne, Reformen zu erzwingen. Die Chancen hierfür seien auch dadurch gemindert worden, daß eine Reihe führender Dissidenten das Land inzwischen verlassen habe.

135 BND-Tagesunterrichtung, 2. Januar – 30. April, BND Archiv, 14091.

136 Meldungen Politik, August bis September 1989, BND-Archiv 14114.

6. FALIN bekräftigte in diesem Zusammenhang, die Sowjetunion werde sich nicht einmischen, sollte sich die Abwanderung der DDR-Bevölkerung in verstärktem Umfang fortsetzen und einen weiteren Autoritätsverfall der DDR-Führung nach sich ziehen. Die Sowjetunion habe von der BREZHNEV-Doktrin Abschied genommen.
7. Die Meldung ergänzt eine Reihe hier vorliegender Hinweise, die den Unmut Moskaus infolge des reformfeindlichen Kurses der DDR-Führung belegen. Die sowjetische Besorgnis, die SED werde weiter an politischer Legitimität verlieren, wird durch zusätzliche Informationen aus sowjetischer Quelle bestätigt. Die von FALIN geäußerte Annahme künftig noch zunehmender destabilisierender Entwicklungen innerhalb der DDR („Massendemonstrationen“) läßt sich allerdings aufgrund des derzeitigen Meldungsbildes nicht erhärten. FALINs Stellungnahme ist immerhin ein Indiz dafür, wie sehr die reformorientierte sowjetische Führung den politischen Kurs der DDR als Herausforderung empfindet.
Die von FALIN bekräftigte Nichteinmischung Moskaus in die Angelegenheiten der DDR ergibt sich aus der bisher von GORBACHEV propagierten politischen Linie der Sowjetunion gegenüber ihren Bündnispartnern. Dies schließt jedoch den Versuch einer Einflußnahme auf rein politischer Ebene nicht aus.

Dokument 89¹³⁷

Berichtsnummer: 31B-0202/89

Titel/Betreff: Behinderung sowjetischer Kontakte zu „Perestroyka-Sympathisanten“

Z.d.F.: Oktober 1989

Hohe sowjetische Funktionäre beklagten noch kürzlich „gezielte Störmanöver“ der DDR-Führung bei Versuchen, Kontakt mit Reformbefürwortern in der SED aufzunehmen. Selbst hochrangige Parteigenossen wie MODROW, SCHABOWSKI, EBERLEIN und LORENZ seien ganz offensichtlich gegen derartige Versuche „abgeschirmt“ worden. Entsprechende Gesprächskontakte habe man daher weniger über die Botschaft in Berlin (Ost) als über die dortige sowjetische Handelskammer und das sowjetische Kulturzentrum angeknüpft. Die gewünschten Gesprächspartner seien zu Veranstaltungen dieser Einrichtungen (Ausstellungen, Vorträge, Kulturabende) eingeladen worden. Immer häufiger habe man dorthin auch führende Mitarbeiter von DDR-Betrieben gebeten, denen man in den Gesprächen auch Interesse an einer Besichtigung ihrer Betriebe signalisiert habe. Dies habe sich als gute Methode erwiesen, um die Stimmung in der Arbeiterschaft der DDR aus erster Hand in Erfahrung zu bringen.

Dokument 90¹³⁸

Berichtsnummer: 31B-0198/89

Titel/Betreff: Moskau erwartet personelle Konsequenzen in der SED-Führung

Z.d.F.: 13.10.1989

Nach Angaben eines hochrangigen KPdSU-Funktionärs hält der Kreml personelle und programmatische Änderungen in der SED für unumgänglich, da die derzeitige Führung nicht mehr angemessen auf die krisenhaften Entwicklungen im Lande reagieren könne. Die Führungsschwäche sei keineswegs alleine auf den angeschlagenen Gesundheitszustand HONECKERs zurückzuführen. GORBACHEV habe HONECKER bei den Jubiläumsfeierlichkeiten nachdrücklich davor gewarnt, der derzeitigen Aufbruchsstimmung in der DDR nur mit „halbherzigen, schleppenden Maßnahmen“ zu begegnen. Die in der Zwischenzeit von HAGER – und ansatzweise auch von HONECKER – angedeutete Bereitschaft zu Veränderungen in der DDR wirke nicht sehr überzeugend und spiegele eher die Sorge um den Machterhalt als tatsächlichen Reformwillen wider. Ohne tiefgreifende Reformen und personelle Veränderungen werde sich jedoch die Vertrauenskrise der Staatsführung in der eigenen Partei und in der Bevölkerung nie überwinden lassen.

137 BND-Tagesunterrichtung, 1. September bis 29. Dezember 1989, BND-Archiv, 14090.

138 Ebd.

Dokument 91¹³⁹**Berichtsnummer: 31B-0196/89****Titel/Betreff: Zum GORBACHEV-Besuch in der DDR****Z.d.F.: Oktober 1989**

Angaben sowjetischer Diplomaten zufolge hat GORBACHEV bei seiner jüngsten Visite in Berlin (Ost) offenbar den Eindruck gewonnen, daß die Massenflucht überwiegend jüngerer Menschen in den Westen für die DDR-Führung ein „heilsamer Schock“ gewesen ist. So sei der Kremlchef mit der Überzeugung nach Moskau zurückgekehrt, daß angesichts des immer stärker werdenden Drucks aus der Bevölkerung nun auch HONECKER die Notwendigkeit von Reformen in der DDR nicht mehr in Frage stelle. Während seiner Gespräche mit HONECKER, bei denen im Übrigen auch eine „Entkrampfung“ im persönlichen Verhältnis der beiden Staatschefs erreicht worden sei, habe dieser ihm entsprechende Reformzusagen gegeben.

Dokument 92¹⁴⁰**Kennziffer: POL M 0714/89****Berichtsnummer: 32BD27108901****Titel/Betreff: USR: Sowjetische Haltung zum Machtwechsel in der DDR****Stand: Oktober 1989**

1. Nach Aussage eines sowjetischen Staatsfunktionärs war der Führungswechsel in der DDR unabdingbar, um die in letzter Zeit zunehmend destabilisierte innere Lage wieder zu festigen. Dieser Schritt sei noch rechtzeitig erfolgt und eröffne mit der Person von KRENZ durchaus eine Zukunftsperspektive.
2. Die Frage, welcher politische Kurs von ihm erwartet werden kann, lasse sich keineswegs nach Maßgabe des Umstandes beantworten, daß er ein Zögling HONECKERS sei. Schließlich gebe es mit GORBACHEV, der unter BREZHNEV politische Karriere gemacht habe, ein gegenteiliges Beispiel. Insoweit bestehe im Moment durchaus Anlaß, in KRENZ eine Führungsperson zu sehen, die fähig ist, die Zeichen der Zeit zu erkennen und in eine vernünftige politische Praxis umzusetzen.
3. Der Machtwechsel zu KRENZ stelle einen bedeutsamen Einschnitt in der Entwicklung der DDR dar; mit ihm gehe eine ganze Ära zu Ende. Heute sei es auch sehr viel wahrscheinlicher geworden, daß das Symbol dieser Ära, die Berliner Mauer, diesen Gezeitenwechsel nicht überdauern werde. Innere Stabilität lasse sich heutzutage nicht mehr mit Zement erzielen, sondern müsse auf andere Weise hergestellt werden.

Stellungnahme

Die insgesamt glaubwürdigen Aussagen sind in zweierlei Hinsicht interessant:

1. Einerseits deuten sie darauf hin, daß sich Moskau in seiner Haltung zu KRENZ allenfalls marginal von dessen orthodoxer politischer Biographie leiten lassen wird. Entscheidendes Beurteilungskriterium ist für den Kreml vielmehr die Frage, ob der neue SED-Chef einen konsequenten reformpolitischen Kurs einschlägt. Diese prioritäre sowjetische Forderung/Erwartung hatte GORBACHEV schon in seinem Glückwunschtelegramm an KRENZ, das unmittelbar nach dessen Wahl zum neuen SED-Generalsekretär in Berlin (Ost) eintraf (18.10.89), in ungewöhnlich massiver Weise vorgebracht.
2. Andererseits geben die Meldungsaussagen zu verstehen, daß der Kreml im Kontext personeller und politischer Veränderung in der DDR die Berliner Mauer als einen historischen Anachronismus erachtet. In der Tat würde die Gewährung von Freizügigkeit für die DDR-Bevölkerung, wie es sich in den Aussagen der neuen politischen Führung bereits abzeichnet, die Abgrenzungsfunktion der Berliner Mauer weitgehend penetrieren, nachdem sie im Zuge der jüngsten Entwicklung ohnehin schon erheblich erodiert ist. Unter diesem Aspekt ist GORBACHEVs Hinweis auf eine Entscheidungssouveränität der DDR in Bezug

139 Ebd.

140 Meldungen Politik, Oktober bis November 1989, BND Archiv, 14117.

auf die Berliner Mauer (Rede in Berlin (Ost), 06.10.89) auch als ein präjudizierendes sowjetisches Eingeständnis mit deren Beseitigung zu verstehen.

Für ein derartiges Interesse Moskaus sprechen im Übrigen nicht nur DDR-politische, sondern auch europapolitische Gründe: Insoweit die SED-Führung durch einen Fortfall der Zwangsmethoden innerer Stabilisierung gefordert wäre, ihr Legitimationsproblem mit (reform-)politischen Mitteln zu bewältigen, würde sich auch ein Weg zu – zumindest formaler – Bewahrung des Status quo in Europa eröffnen, die der Kreml vorläufig als unverzichtbare Rahmenbedingung seines „Perestroyka“-Kurses erachtet. Eine solche Erwartungshaltung hat GORBACHEV seinem Amtskollegen in Berlin (Ost) ebenfalls signalisiert: In seinem Glückwunschtelegramm verwies er sowohl auf das Erfordernis einer Konsensfindung des SED-Regimes mit allen Schichten der Bevölkerung als auch auf das eines verbesserten (außen-)politischen Zusammenwirkens Berlins (Ost) mit Moskau.

m) Erich Honecker: Gesundheitszustand und Führungswechsel

Dokument 93¹⁴¹

Kennziffer: POL M 0572/89

Berichtsnummer: 32CA01098901

Titel/Betreff: DDR: Gesundheitszustand HONECKERS

Stand: August 1989

Einer kompetenten Quelle zufolge werde im Kreis der Chefärzte im Klinikum Buch die Ansicht geäußert, HONECKERS Krankheit sei ernster als bisher angenommen. Alle Informationen, die bisher zu den Ärzten durchgesickert seien, rechtfertigen die Annahme, daß er an einem Pankreaskarzinom leide. HONECKER sei nicht mehr voll amtsfähig.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß HONECKER, der im Krankenhaus Buch Mitte August operiert wurde, an einem Pankreaskarzinom leidet. Verschiedene andere in den letzten Monaten beobachtete Symptome wie Diabetes und zerebrale Ausfallerscheinungen können auch in diesem Zusammenhang gesehen werden. Das Pankreaskarzinom gilt als besonders bösartig; es metastasiert auffallend schnell. Hier könnte die Erklärung dafür liegen, daß HONECKERS Operation abgebrochen werden mußte. Erklärt wäre ferner auch die Information, HONECKER leide an einem Gallengangskrebs, denn häufig werden die Gallengänge durch ein Pankreaskarzinom in Mitleidenschaft gezogen, wie auch umgekehrt ein Gallengangkarzinom sich auf die Bauchspeicheldrüse auswirken kann.

Dokument 94¹⁴²

Kennziffer: POL M 0587/89

Berichtsnummer: 32CA07098901

**Titel/Betreff: DDR: Weitere Erkenntnisse zum Gesundheitszustand HONECKERS
und zur Führungssituation**

Stand: 9/89

Einer bewährten Quelle zufolge liegen dem polnischen Außenministerium Informationen vor, nach denen sich der Gesundheitszustand HONECKERS in den letzten Tagen rapide verschlechtert habe. Außerdem leide er unter tiefen Depressionen, die Ergebnis seiner Unterrichtung über die anhaltende Massenflucht jüngerer DDR-Bürger über Ungarn in den Westen sein könnten. Mit großer Bestürzung habe er auf die Informationen hierzu reagiert; er sehe in diesen Vorgängen das tragische Ende seiner politischen Laufbahn.

Aufgrund des besorgniserregenden Gesundheitszustandes von Erich HONECKER seien die Führungskader der polnischen Medien aufgefordert worden, aus Archivmaterial Angaben zum Lebenslauf und dem politischen Werdegang des Staats- und Parteichefs für den Fall bereitzuhalten, daß es zu seinem baldigen Ableben komme.

141 Meldungen Politik, August bis September 1989, BND-Archiv 14114.

142 Meldungen Politik, September 1989, BND-Archiv, 14115.

Um Egon KRENZ habe sich eine Fraktion gebildet, die sich offensichtlich bemühe, die Situation auszunutzen, um die Weichen für eine Veränderung an der Spitze der SED zu stellen.

Stellungnahme

Die aktuelle Informationslage läßt kaum noch Zweifel über Art und Schwere der Erkrankung HONECKERs zu, obwohl er laut ADN am 1. September aus dem Krankenhaus entlassen wurde. Einer weiteren Information aus zuverlässiger Quelle zufolge wurde bei HONECKER nicht eine, sondern zwei Operationen durchgeführt, von denen eine abgebrochen wurde. Bei einem der beiden Eingriffe (welchem?) handelte es sich um eine „onkologische Operation“. Diese Information ergänzt den schon bisher bekannten glaubwürdigen Hinweis auf ein Pankreas- und/oder Gallengangskarzinom. Die offizielle Medienberichtserstattung versucht – wie nicht anders zu erwarten – konsequent, die allmähliche Gesundung HONECKERs sowie seine Amtsfähigkeit zu suggerieren. Der im ND vom 05.09. abgedruckte Artikel des Generalsekretärs („40 Jahre Deutsche Demokratische Republik“) wirkt aber trotz einiger wohl absichtlich eingestreuter aktueller Bezüge wie eine im Hinblick auf den 40. Jahrestag der DDR schon erstellte „Konserve“; der Beitrag erscheint so als eine diesem Ereignis vorweggenommene Bilanz.

Der Hinweis auf erste Positionskämpfe um die Nachfolge ist neu. Auch er unterstreicht den angegriffenen Gesundheitszustand des Staats- und Parteichefs. Ergänzend wird von einem DDR-Diplomaten bekannt, daß auch HONECKERs politische Position nicht mehr unumstritten sei. Im Politbüro sehe er sich einem „scharfen Gegenwind“ ausgesetzt. Ihm werde angekreidet, nicht schnell genug auf die beginnende Fluchtwelle reagiert und somit noch weitere DDR-Bürger zur Flucht ermuntert zu haben. HONECKER habe geglaubt, daß nach wenigen Tagen „der ganz Spuk vorüber“ sei und keine ernsthaften Probleme entstehen würden. Die nicht erwartete Fluchtwelle habe auch seiner Linie in der Deutschlandpolitik einen Schlag versetzt, die bislang von deren Kritikern – wenn auch murrend – geschluckt worden sei.

Dokument 95¹⁴³

Kennziffer: POL A 0284/89

Berichtsnummer: 32CA23108901

Titel/Betreff: DDR-Innenpolitik

hier: Der Führungswechsel in der DDR

Stand: Mitte Oktober 1989

Die von HONECKER angeführten gesundheitlichen Gründe für seinen Rücktritt sind sicher nur ein Teil der Wahrheit, beschleunigend wirkten die innenpolitischen Vorgänge und die dramatische Entwicklung nach den Massendemonstrationen. Erich HONECKER dürfte das ganze Ausmaß der innenpolitischen Krise erst in der letzten Phase voll erkannt haben.

Die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen forderten in Kenntnis der krisenhaften Situation massiv die Vorverlegung einer bereits für den 16./17. November angesetzten ZK-Tagung. Ähnliche Forderungen wurden auch in der Arbeiterschaft gestellt, deren Stimmungslage als kritisch, emotionsgeladen und streikbereit bezeichnet wurde. Das Gefühl, es müsse schnell und konsequent etwas geschehen, war übermächtig und führte zu den drastischen Personalentscheidungen, die mit Günter MITTAG und Joachim HERRMANN zwei weitere enge Gefolgsleute HONECKERs mit einbezogen.

Das Bild des neuen Generalsekretärs in den westlichen Medien ist negativ vorgeprägt durch seine Saarbrücker Äußerungen zum gewaltsamen Vorgehen der chinesischen Volksarmee gegenüber Demonstranten in Peking. Nachrichtendienstlichen Hinweisen zufolge urteilte KRENZ im Politbüro darüber differenzierter. Das entstandene Image eines doktrinären Funktionärs war aus politisch-taktischen Gründen für ihn hinnehmbar.

Die Rede von KRENZ vor dem ZK-Plenum am 18.10.89 (und später im DDR-Fernsehen) verzichtet formal auf alle bekannten Stereotypen. Sie zeigt inhaltlich neues Realitätsbewußtsein. Eigene Fehler werden eingestanden.

In den führenden Gremien der SED erscheint KRENZ als der Mann, der die kritische Situation mit neuen Methoden meistern kann, ohne die Wesensmerkmale des Sozialismus zu gefährden. Er ist keine Übergangslösung. Die kritisch-skeptische Haltung oppositioneller Gruppen ihm gegenüber ist für seine Position ohne Relevanz.

143 Aufzeichnungen Politik, September bis November 1989, BND-Archiv, 14131.

KRENZ' Wille zu Reformen ist ernst zu nehmen. Die Reformen bleiben limitiert und kontrolliert (Der Sozialismus steht nicht zur Diskussion). Er muß bis auf weiteres Rücksicht nehmen auf die im Politbüro verbleibenden „Hardliner“ (HAGER). Die Nachbesetzung der freigewordenen Politbüro-Sitze kann Hinweise auf Machtkonstellation und politische Richtung geben.

1. Ursachen und Hintergründe

Der Führungswechsel von Erich HONECKER, seit 1958 (Voll)-Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK, seit 1971 1. bzw. Generalsekretär, auf Egon KRENZ kam vor dem Hintergrund der derzeitigen innenpolitischen Ereignisse in der DDR zwar nicht unerwartet, es überraschte jedoch der Zeitpunkt.

Der Prozeß wurde beschleunigt durch eine dramatische Entwicklung nach den Massendemonstrationen der letzten Zeit in Leipzig und in anderen Städten, die die DDR-Führung veranlaßte, mit einer bisher einmaligen Erklärung (11.10.1989) an die Öffentlichkeit zu gehen und dem Volk einen (wie auch immer gearteten) Dialog anzubieten, wobei gleichzeitig Versäumnisse und Defizite eingeräumt werden mußten. Seither tagten die Führungsgremien der SED – auch erweitert um die Bezirksparteiarchs der SED – in Permanenz, was als deutliches Signal für personelle Veränderungen in der DDR-Führung zu werten war.

Ein Rücktritt Erich HONECKERS aus Gesundheitsgründen, wie es offiziell heißt, ist sicherlich nur eine Teilwahrheit, wenn auch zahlreiche nachrichtendienstliche Hinweise auf ein bereits operativ behandeltes ernsthaftes Krankheitsbild hinweisen (Pankreas-/Gallenblasenkrebs), es kommen jedoch noch wesentliche politische Beweggründe hinzu. Neben den Massenprotesten bisher nicht gekanntes Ausmaßes, einer anhaltenden Fluchtbewegung vor allem junger Menschen, eines enormen Ausreisedrucks im Innern, massenhaften Parteiaustritten aus der SED und dem Erstarken einer „oppositionellen“ Bewegung bis hin zur Gefahr des Abdriftens der Blockparteien sah sich HONECKER nach seinem krankheitsbedingtem Ausfall einer krisenhaften Stimmungslage in der Bevölkerung gegenüber, die sich zuletzt auch deutlich in der Arbeiterschaft bis hin zu Streikdrohungen artikuliert.

Es ist anzunehmen, daß HONECKER das ganze Ausmaß der innenpolitischen Krise erst in der letzten Phase voll gekannt hat, vieles wurde ihm – nachrichtendienstlich belegbar – auch vorenthalten; anderes wollte er, nach dem Prinzip der selektiven Wahrnehmung, auch nicht wahrhaben – wie seine fast unreal anmutende Rede zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung beweist.

Erich HONECKER dürfte erkannt haben, daß er sein Lebenswerk DDR in Frage stellen lassen muß, daß er, gesundheitlich schwer beeinträchtigt, den neuen Anforderungen nicht mehr gewachsen ist, daß die gegenwärtige Führung – in dieser Zusammensetzung – auf die krisenhafte Entwicklung nicht mehr angemessen reagieren kann. Auch ein Drängen auf einen ehrenvollen Abgang aus den Reihen seiner Politbürokollegen kann aus diesen Gründen nicht ausgeschlossen werden, wenn er in seiner Rücktrittserklärung vor dem ZK betont: „Nach reiflichem Überlegen und im Ergebnis der gestrigen Beratung im Politbüro bin ich zu folgendem Schluß gekommen: [...]“.

Glaubhaften Hinweisen zufolge hat auch GORBACHEV anlässlich seines Besuchs zum 40. Jahrestag der DDR (6.-7. Oktober d.J.) bei der DDR-Führung und besonders bei HONECKER Reformen angemahnt und nachdrücklich davor gewarnt, der derzeitigen Aufbruchstimmung in der DDR nur mit „halbherzigen, schleppenden Maßnahmen“ zu begegnen. Möglicherweise war der Anteil GORBACHEVs an dem Machtwechsel in der DDR größer als bisher bekannt geworden ist.

Beschleunigenden Charakter hatte auch eine andere Entwicklung: Die nächste ZK-Plenartagung war ursprünglich für den 16./17. November 1989 angesetzt. Sehr wahrscheinlich sollte es die in der Politbüro-Erklärung vom 11. Oktober angekündigte Tagung des ZK sein, in der es zu einer umfassenden Aussprache über die „grundlegenden Fragen der Gesellschaft“ kommen soll und wo die Parteiführung ihrerseits entsprechende Vorschläge unterbreiten will.

Während einer Beratung aller (16) 1. Bezirkssekretäre der SED mit dem SED-Politbüro am 12./13. Oktober haben diese sich – wie einem sehr zuverlässigen nachrichtendienstlichen Hinweis zu entnehmen ist – in einer sehr offenen Aussprache einhellig gegen den ihrer Ansicht nach zu späten Termin dieser wichtigen Tagung ausgesprochen. Ihrer Meinung nach könne man angesichts der angespannten innenpolitischen Situation im Land nicht mehr länger mit der Behandlung anstehender Probleme warten. Frühere Hinweise belegen, daß die 1. Bezirkssekretäre der SED aufgrund ihrer größeren Basisnähe die

bestehenden Schwierigkeiten schon seit längerem realistischer gesehen haben als die zentrale Parteiführung.

Vergleichbare Forderungen wurden auch aus der Arbeiterschaft erhoben, wie einer weiteren glaubhaften Information zu entnehmen ist:

Die Generaldirektoren eines Ministerbereiches der metallverarbeitenden Industrie haben ihrem zuständigen Minister am 13. Oktober über die Stimmungslage in ihren Betrieben berichtet. Diese sei ihrer Ansicht nach sehr kritisch und emotionsgeladen, weil sich in der DDR und den Betrieben „nichts bewege“ und auch „nichts geschehe“; es sei deswegen bereits zu Streikdrohungen gekommen. Die Arbeiterschaft verlange eine baldige Einberufung des (angekündigten) ZK-Plenums und eine (weitere) Vorverlegung des XII. SED-Parteitages (Mai 1990). Vor allem von der Plenartagung erwarte man sich Aufschluß darüber, wie es in der DDR weitergehen soll. Man gehe auch von personellen Veränderungen in der Parteiführung aus.

Die Stimmung der Generaldirektoren sei – so der Hinweis – nervös und drängend gewesen, wenn nichts geschehe, könnten sie „für nichts mehr garantieren“.

Der Ablauf des Führungswechsels zeigt, daß angesichts der rasanten Entwicklung im Innern der DDR eine Art Hinhaltenaktik, um mehr Zeit zu gewinnen für einen Machtwechsel ohne Hast, wie in Ansätzen bereits ersichtlich, nicht mehr geboten war. Das Gefühl, es müsse schnell und konsequent etwas geschehen, war übermächtig. So ist das Ausscheiden Erich HONECKERS auch als ein Signal an die Protestszene („Neue Männer braucht das Land“ – eine der Parolen aus Leipzig) zu verstehen. Dies erklärt auch, weshalb Erich HONECKER alle seine Ämter, einschließlich der Mitgliedschaft im Politbüro, abgegeben hat. Mit ihm wurden seine beiden langjährigen Mitarbeiter HERRMANN und MITTAG von ihren Funktionen im Politbüro entbunden.

Die Entwicklung der letzten Zeit hat auch mögliche institutionelle Veränderungen gebracht: In den letzten beiden Wochen, in denen es um ein Dialogangebot an die Bevölkerung und um die personelle Erneuerung der Parteiführung ging, tagte das SED-Politbüro im Beisein aller 1. SED-Bezirkssekretäre (vier gehören ihm als Mitglieder, zwei als Kandidaten an). Es wird weiter zu beobachten sein, ob es sich in dieser Zusammensetzung nur um ein auf Einzelfälle beschränktes Krisenmanagement oder um ein neues informelles Instrument der Parteiführung unterhalb der Ebene des ZK handelt. Des Weiteren bedeutet dies eine Aufwertung der Position der 1. SED-Bezirkssekretäre als wichtiges Bindeglied zwischen Parteizentrale und -basis. Das Ausscheiden von Günter MITTAG, ZK-Sekretär für Wirtschaft von 1962 bis 1973 und wieder seit 1976, und Joachim HERRMANN, ZK-Sekretär für Agitation seit 1976 bzw. seit 1978 auch für Propaganda aus dem obersten Machtgremium der SED nach 23jähriger bzw. 11jähriger (Voll-)Mitgliedschaft, hat zweifellos mehr als nur eine Art Sündenbockfunktion.

Günter MITTAG wird für die verfehlte Wirtschaftspolitik verantwortlich gemacht, die vor allem ursächlich ist für die brisante und konfliktreiche Stimmungslage in der Arbeiterschaft. Darüber hinaus war seine Position stets funktionsbedingt mit der Person Erich HONECKERS verbunden. Er war es, der die wirtschaftlichen Voraussetzungen für dessen ehrgeiziges „Regierungsprogramm“, der Politik der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik („Hauptaufgabe“), schaffen sollte.

Hinzu kommt, daß MITTAG auch gesundheitlich erheblich angeschlagen ist, an Altersdiabetes leidet und bereits zwei Teilamputationen an den Beinen hinter sich hat. Hinweisen zufolge gibt es bei ihm längere Phasen beschränkter Arbeitsfähigkeit.

Joachim HERRMANN wird die verfehlte Medienpolitik der DDR angelastet, die zwar seit vielen Jahren kritisiert wird, sich aber gerade in den letzten Monaten zu einem Kulminationspunkt des republikweiten Protestes entwickelt hat. Kritisiert wird vor allem der Jubeljournalismus bei DDR-spezifischen Themen, das Auseinanderklaffen von Medienverlautbarungen und Realität. HERRMANNs Wirken wurde bereits seit einigen Wochen, also während er noch im Amt war, von den Ansätzen einer realistischeren Medienpolitik und Berichterstattung überrollt.

Im Vollzug der Beschlüsse der 9. ZK-Tagung fällt auf, daß keines der drei freigewordenen Ressorts des ZK-Sekretariats offiziell nachbesetzt wurde. Für die Wahl von Sekretären des ZK ist das Zentralkomitee zuständig. Dies bedeutet für den neuen SED-Generalsekretär einen Zeitgewinn, die personelle Besetzung dieses Gremiums (außer ihm noch zehn Sekretäre) nach seinen Vorstellungen zu planen. Egon KRENZ hat als ZK-Sekretär in allen seinen Zuständigkeitsbereichen eine zielstrebige und erfolgreiche Personalpolitik betrieben und freigewordene Positionen mit Männern seines Vertrauens und langjährigen (FDJ-)

Weggefährten besetzt. Sollte ihm dies im Sekretariat des ZK bzw. im Hinblick auf den XII. SED-Parteitag im Politbüro ebenfalls gelingen, wäre dies ein Zeichen seiner unangefochtenen oder zumindest akzeptierten Stellung als Generalsekretär.

2. Egon KRENZ und sein Programm

- 2.1 Das Bild des neuen Generalsekretärs in den westlichen Medien ist stark geprägt von den Äußerungen, mit denen er in Saarbrücken (07./08. Juni 1989) das gewalttätige Vorgehen der chinesischen Volksarmee gegen die Demonstranten in Peking gutgeheißen hatte. Dieses Bild muß aus nachrichtendienstlicher Sicht relativiert werden:

Aus zuverlässiger Quelle wurde bekannt, daß KRENZ nach seinem Saarbrücker Besuch im vertraulichen Kreis geäußert habe, daß das Image eines doktrinären Funktionärs, das ihm die westlichen Medien gegeben hätten, nicht unbedingt zutrefte. Er könne aber damit leben. Schwieriger sei es, sich mit dem Nimbus eines ehrgeizigen Veränderers wie MODROW herumschlagen zu müssen.

In einer Politbürositzung, in der u.a. die Vorgänge in Peking erörtert wurden, soll KRENZ eine differenzierte Betrachtung angestellt haben im Unterschied zu den „Hardlinern“ unter der Fortführung HAGERS, die die Ereignisse ideologisch unter den Begriff „Konterrevolution“ einordneten. KRENZ habe darauf hingewiesen, daß die chinesische Reformpolitik fast ausschließlich auf dem ökonomischen Sektor vorangetrieben wurde, nötige Anpassungen auf der politisch-gesellschaftlichen Ebene aber versäumt worden seien.

Nach einer Information von Anfang September d.J. soll es KRENZ allmählich gelungen sein, die bei den „Hardlinern“ in der SED-Führung ihm gegenüber bestehenden Vorbehalte allmählich abzubauen.

Eine Meldung aus demselben Zeitraum besagt, daß Markus WOLF in der Ersetzung HONECKERS durch KRENZ einen positiven Schritt sehe, zumal WOLFs Wunschkandidat MODROW keine Chancen hätte. WOLF gestand Egon KRENZ eine wesentlich größere Flexibilität zu als die meisten anderen Beobachter der politischen Szene in der DDR.

- 2.2 Die Rede, die KRENZ am 18. Oktober vor dem 9. ZK-Plenum hielt, wiederholte er abends – und das ist ein Novum – vor dem Fernsehen und dem Rundfunk, um sich damit „im Auftrag des Zentralkomitees“ an die Bürger der DDR zu wenden. Neuartig an dieser Rede ist auch ein persönlicher, modern wirkender Stil, der auf alle bisher bekannten und bis zum Überdruß wiederholten Stereotypen, die zumeist aus dem Parteiprogramm von 1976 entnommen waren, verzichtet. Inhaltlich fällt auf, daß jede Erwähnung der „Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, ein Schwerpunkt des Parteiprogramms 1976 und der gesamten HONECKER-Ära, fehlt. Es kann daher, mit allem Vorbehalt, vermutet werden, daß unter der Führung des neuen Generalsekretärs ein neues Parteiprogramm ausgearbeitet werden soll.

Die Rede zeigt durchgehend ein neues Realitätsbewußtsein; eigene Fehler werden in bisher nicht gekanntem Umfang eingestanden. Allerdings konnten die hochgespannten Erwartungen kritischer Bevölkerungsteile nicht erfüllt werden.

Die Äußerungen des neuen Generalsekretärs zum Verhältnis zur Bundesrepublik bieten nichts wesentlich Neues. Dem Interesse an „gedeihlicher Nachbarschaft“ und der Bereitschaft, kooperative und ständige Formen der wirtschaftlichen, ökonomischen, politischen, kulturellen, humanitären und touristischen Zusammenarbeit zu entwickeln, steht Kritik an der als störend empfundenen völkerrechtswidrigen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR und an der „Anmaßung einer Obhutspflicht für alle Deutschen“ gegenüber.

- 2.3 Egon KRENZ hat es durch geschicktes Taktieren verstanden, unterschiedliche Meinungsträger in der SED-Führung für sich zu gewinnen. In den führenden Gremien der SED erscheint er als der Mann, der geeignet ist, die krisenhafte Situation mit neuen Methoden zu meistern, ohne die Wesensinhalte des Sozialismus zu gefährden; er ist aus SED-Sicht gewiß keine Übergangslösung. Dagegen haben sich Sprecher der kritischen Oppositionsgruppen in der DDR skeptisch bis ablehnend gegenüber KRENZ geäußert.

In der öffentlichen Meinung, nicht nur der Bundesrepublik, wird teilweise die Ansicht vertreten, daß KRENZ nur eine Übergangslösung sei, da ihm die Akzeptanz durch diese Oppositionsgruppen fehle. Hierin zeigt sich eine unzulässige Überschätzung dieser Gruppen wie auch eine Fehlinterpretation der Ursachen, die zum Rücktritt HONECKERS führten. HONECKER trat nicht etwa auf Druck dieser Opposition zurück, sondern weil er sich angesichts seines Gesundheitszustandes der krisenhaften Situation nicht

mehr gewachsen fühlte, die ihm durch die Massenfluchten und Massendemonstrationen, vor allem in Leipzig, einsichtig geworden war. Die Demonstranten übernehmen zwar, soweit sie sich in Sprechchören oder Transparenten äußern, einzelne Forderungen der oppositionellen Gruppen und vor allem der evangelischen Kirchen, sie sind jedoch nicht von diesen organisiert. Gerade die aufsehenerregenden Demonstrationen, die von Leipziger Kirchen ausgehen, sind monatelange Rituale, die bereits lange vor der Gründung des „Neuen Forums“ (September 1989) begannen.

Äußerungen von Sprechern dieser Gruppen erwecken daher gelegentlich in der westlichen Öffentlichkeit den Eindruck, als verfügten sie über eine Anhängerschaft, die der Masse der Demonstranten entspricht.

KRENZ hat bisher zumindest nach außen hin keine Anzeichen von Dialogbereitschaft mit diesen Gruppen erkennen lassen. Nach einem nachrichtendienstlichen Hinweis von Anfang September soll er sich jedoch gegen eine Kriminalisierung dieser Gruppen und für eine Kontaktaufnahme durch die SED (auf welcher Ebene bleibt unklar) ausgesprochen haben. Dasselbe wird von Außenminister FISCHER berichtet. Es bleibt abzuwarten, ob in der weiteren Entwicklung ein solcher Dialog zustande kommt. Für die Position von KRENZ hat dies keine Relevanz; ihm stehen andere Partner für eine etwaige Reformdiskussion zur Verfügung, wie die Kirchen, die Blockparteien und nicht zuletzt die Organisationen der SED auf mittlerer und unterer Ebene.

- 2.4. In der bedrängten Situation, in der KRENZ – zeitlich doch etwas unvorbereitet – die Führung von Partei und Staat zu übernehmen hatte, muß es darauf ankommen, übermäßiges Aufbegehren in der Bevölkerung zu dämpfen und die Lage zu normalisieren. Der begonnene Dialog mit der Arbeiterschaft und vor allem mit der Leitung der Evangelischen Kirche weisen in diese Richtung, ebenso wie die bereits praktizierte realistischere und kritischere Berichterstattung der DDR-Presse und die in Aussicht gestellte Verbesserung der Reisemöglichkeiten. Von dem neuen Generalsekretär bereits ein fertiggestelltes Reformprogramm zu erwarten, wäre unfair. Es kann unterstellt werden, daß der Wille zu Reformen bei KRENZ ernstgemeint ist und nicht einer aktuell bedingten politischen Taktik entspricht. Der SED-Führung muß klar geworden sein, wie stark das Drängen der Bevölkerung nach Veränderungen ist, und daß sie es sich nicht erlauben kann, diese Erwartungen zu ignorieren.

Eine gewisse Einschränkung seines Handlungsspielraums erfährt KRENZ bis auf weiteres auch durch die im Politbüro verbliebenen „Hardliner“, allen voran HAGER, auf deren Unterstützung er angewiesen ist. Erst nach deren, möglicherweise aus Altersgründen, erfolgtem Ausscheiden hat KRENZ die Möglichkeit, ein Führungsgremium nach seinen Vorstellungen aufzubauen. Die Nachbesetzung der schon jetzt freigewordenen drei Ressorts im ZK-Sekretariat kann bereits einen wichtigen Hinweis auf die Machtkonstellation und die politische Richtung in der Parteiführung geben.

Dokument 96¹⁴⁴

Kennziffer: POL M 0726/89

Berichtsnummer: 32CA30108901

Titel/Betreff: DDR: Hintergründe der Ablösung HONECKERS

Stand: 10/89

Eine zuverlässige Information wirft ein interessantes Schlaglicht auf die erweiterte Politbürositzung vom 10. Oktober 1989: Erich HONECKER und andere Politbüromitglieder hätten ihrer hellen Begeisterung über den Fackelzug der FDJ anlässlich des 40. Jahrestages der DDR Ausdruck gegeben und dieses Ereignis als Zeichen dafür gewertet, daß die Jugend fest zur SED stehe. E. AURICH (1. Sekretär des Zentralrats der FDJ, Mitglied des ZK der SED und des Staatsrats) und W. POSSNER (Vorsitzender der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“, Sekretär des Zentralrats der FDJ, Mitglied des ZK der SED) hätten dann aber dargelegt, daß dieses Bild einseitig sei. „Zigtausende“ junge Leute hätten das Land verlassen. Diese Äußerungen seien von der SED-Spitze ungehalten aufgenommen worden: Wer so denke, könne nicht in seiner Funktion bleiben.

In die anschließende heftige Diskussion sei auch das Verhalten des Chefredakteurs von „Junge Welt“, H.-D. SCHÜTT, einbezogen worden. Ihm habe man vorgeworfen, einen kritischen Artikel von H. KANT, dem Präsidenten des Schriftstellerverbandes der DDR, in der Ausgabe vom 09.10. veröffentlicht zu haben. Schließlich habe sich E. KRENZ erhoben und mit „Nun reicht es wohl langsam“ Stellung zugunsten der drei Kritisierten bezogen. Ihm habe man aber sofort vorgeworfen, daß er die Situation nicht richtig einschätzen könne, weil er sich „lange Zeit in China aufgehalten“ habe; er sehe die ganze Sache falsch.

144 Meldungen Politik, Oktober bis November 1989, BND Archiv, 14117.

Stellungnahme

Hier wird der geradezu bestürzende Realitätsverlust HONECKERS und einiger weiterer Politikbüromitglieder sichtbar, dem beinahe die Funktionäre AURICH, POSSNER und SCHÜTT zum Opfer gefallen wären und nur durch mutiges, aber sicher nicht ungefährliches Eingreifen von Egon KRENZ einer Ablösung entgingen.

Es darf allerdings angenommen werden, daß KRENZ nicht ohne genaues Abwägen der Folgen sich zu seinem spontanen Eingreifen entschlossen hatte. Offenbar und durchaus realistisch sah er sich in einer starken Position.

Der Realitätsverlust HONECKERS wird auch aus einer anderen Information aus kompetenter Quelle ersichtlich. Demnach hat GORBACHEV ihm nicht den Rücktritt nahegelegt, sondern unter zahlreichen Querverweisen auf die Lage in der Sowjetunion die prekäre Situation in der DDR dargelegt, in der Absicht, beim SED-Chef Einsicht in die Notwendigkeit von Reformen zu wecken. HONECKER habe sich aber völlig unzugänglich gezeigt, und erst die Politbürositzung am 17.10. habe ihm schließlich überraschend vor Augen geführt, daß er mittlerweile mit seiner Lagebeurteilung isoliert war. Die Entscheidung für seinen „Rücktritt“ fiel de facto erst einen Tag vor ihrer Veröffentlichung. Allerdings hat wohl schon einige Tage davor mehrheitlich in der Parteispitze Übereinstimmung über den unvermeidlichen Rücktritt des Generalsekretärs bestanden.

IV. Glossar der Dienststellenbezeichnungen

12L	Auswertung ‚Gegnerische Dienste‘, KMB und abhängige Staaten, NB-Lage
12LA	Auswertung ‚Gegnerische Dienste‘, DDR
31B	Aktuelle Lage / Berichterstattung
31C	Gesamtlage Spitzenberichterstattung, Tagesunterrichtung, Auftragssteuerung, Kontakte
32YA	Lage, Auftragssteuerung, Berichterstattung
32B	Sowjetunion, Sowjetblock
32BB	Sowjetische Westpolitik gegenüber den Staaten im Regionalbereich, OECD, sowjetische Einflussorganisationen und internationaler Kommunismus (IKOMO)
32BD	Grundsatzfragen der sowjetischen Politik; Gesamtkonzept der sowjetischen Außenpolitik; Politik des Sowjetblocks
32C	DDR
32CA	Innere Situation
32CB	Innerdeutsche Politik, Berlinproblem, Politik gegenüber kommunistischen europäischen Staaten
32CC	Außenpolitik (weltweit – mit Ausnahme der europäischen kommunistischen Staaten)
32DY	Mittel-Ost-/Südosteuropa
32DA	Polen; CSR
90AC	Leitungsstab
90C	Verbindungsdienst Bonn
AL 3	Leiter der Abteilung 3 ‚Auswertung‘
UAL 32	Leiter der Unterabteilung 32 ‚Politische Auswertung‘

V. Personenregister

AXEN, Hermann

Geboren am 6. März 1916; gestorben am 15. Februar 1992 in Berlin. Seit 1946 SED-Mitglied; 1954 bis 1989 Abgeordneter der Volkskammer; 1971 bis 1989 Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten; 1966 bis 1989 Sekretär des Politbüros des ZK der SED. November 1989 bis Januar 1990 Aufenthalt in Moskau; Verhaftung nach seiner Rückkehr wegen Korruptionsverdachts, Einstellung des Verfahrens aufgrund Verschlechterung seines Gesundheitszustandes.

CEAUȘESCU, Nicolae

Geboren am 26. Januar 1918 in Scornicești; gestorben am 25. Dezember 1989 in Târgoviște. Ab 1965 Erster Sekretär des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei; seit 1967 Vorsitzender des Staatsrates, ab 1974 rumänischer Staatspräsident. Von Militärgericht zum Tode verurteilt.

DICKEL, Friedrich

Geboren am 9. Dezember 1913 in Vohwinkel; gestorben am 23. Oktober 1993 in Berlin. Seit 1947 SED-Mitglied; 1963 bis 1989 Minister des Innern und Chef der DVP (Deutschen Volkspolizei); 1967 bis 1989 ZK-Mitglied der SED.

DOHLUS, Horst Paul

Geboren am 30. Mai 1925 in Plauen; gestorben am 28. April 2007 in Berlin. Seit 1946 SED-Mitglied; 1986 bis 1989 Mitglied der Kaderkommission des Sekretärs des ZK der SED; 8. November 1989 Rücktritt des Politbüros; Januar 1990 Parteiausschluss SED-PDS.

EBERLEIN, Werner

Geboren am 9. November 1919; gestorben am 11. Oktober 2002. Seit 1948 SED-Mitglied. 1981 bis 1989 Mitglied des ZK der SED; 1983 bis 1989 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Magdeburg; 1986-1989 Mitglied des Politbüros des ZK der SED; 1986 bis Januar 1990 Abgeordneter der Volkskammer; 1990 PDS-Mitglied.

FALIN, Valentin

Geboren am 3. April 1926 in Leningrad. 1945 bis 1960 Studium Germanistik und Völkerrecht. Seit 1953 Mitglied der KPdSU, ab 1959 im Außenministerium tätig. 1971 bis 1978 sowjetischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland. 1986 bis 1989 ZK-Kandidat der KPdSU, ab 1989 ZK-Mitglied. Beratertätigkeit für M. GORBAČEV.

FORCK, Gottfried

Geboren am 6. Oktober 1923 in Ilmenau; gestorben am 24. Dezember 1996 in Rheinsberg. Am 25. April 1984 zum Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg gewählt; setzte sich vor allem in den 1980er Jahren für oppositionelle Gruppen (deren Wirken und Schutz) ein.

GORBAČEV, Michail Sergeevič

Geboren am 2. März 1931 in Priwolnoje/Sowjetunion. 1985 bis 1991 Generalsekretär des ZK der KPdSU; 1990 bis 1991 sowjetischer Staatspräsident. Leitete mit dem 27. Parteitag der KPdSU 1986 den politischen Prozess von Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umgestaltung) ein. 1990 Friedensnobelpreis.

Dr. GYSI, Gregor

Geboren am 16. Januar 1948 in Berlin. Seit 1967 SED-Mitglied. 1989 bis 1993 SED/PDS-Vorsitzender; 1990 PDS-Fraktionsvorsitzender in der Volkskammer der DDR.

HAGER, Kurt

Geboren am 24. Juli 1912 in Bietigheim; gestorben am 18. September 1998 in Berlin. Seit 1946 SED-Mitglied. 1950 Kandidat des ZK der SED; 1952 Leiter Abteilung Wissenschaft des ZK der SED; 1954 Mitglied und 1955 Sekretär des ZK der SED; ab 1963 Mitglied des Politbüros des ZK der SED (zugleich Leiter der Ideologischen Kommission des Politbüros); 1958 Abgeordneter der Volkskammer (ab 1967 Vorsitzender des Volksbildungsausschusses der Volkskammer); ab 1976 Mitglied des Staatsrates; ab 1979 Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates. Im November 1989 aller Funktionen enthoben.

HENRICH, Rolf

Geboren am 24. Februar 1944 in Magdeburg. Seit 1964 SED-Mitglied. 1973 Eröffnung Rechtsanwaltskanzlei in Eisenhüttenstadt; Tätigkeit als SED-Parteisekretär des Bezirks-Kollegiums der Rechtsanwälte Frankfurt (Oder). April 1989 Veröffentlichung seines Buches „Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden

Sozialismus“; Parteiausschluss und Berufsverbot. Mitunterzeichner Gründungsaufruf des „Neuen Forums“ und Teilnehmer für das „Neue Forum“ am Runden Tisch.

HERRMANN, Joachim

Geboren am 29. Oktober 1928; gestorben am 30. Juli 1992. Seit 1948 SED-Mitglied. 1971 bis 1989 Mitglied des ZK der SED; 1971 bis 1978 Chefredakteur des „Neuen Deutschland“; 1978 bis 1989 Mitglied des Politbüros; 1976 bis 1989 Sekretär des ZK der SED. November 1989 Parteiausschluss.

HONECKER, Erich

Geboren am 25. August 1912 in Neunkirchen; gestorben am 29. Mai 1994 in Santiago de Chile. Seit 1946 SED-Mitglied. 1949 bis 1989 Abgeordneter der Volkskammer; ab 1958 Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED; 3. Mai 1971 Wahl zum 1. Sekretär des ZK der SED; ab 1976 General-Sekretär; 1971 bis 1989 Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates; ab 1971 Mitglied und 1976 bis 1989 Vorsitzender des Staatsrats. 18. Oktober 1989 Rücktritt von seinen Ämtern.

HONECKER, Margot (geb. FEIST)

Geboren am 17. April 1927 in Halle (Saale). Seit 1946 SED-Mitglied. Ab 1950 Kandidatin und ab 1963 Mitglied des ZK der SED; 1958 stellvertretende Ministerin und ab 1963 Ministerin für Volksbildung; 1960 bis 1989 Mitglied der Kommission und des Präsidenten der Kommission für UNESCO-Arbeit der DDR; 1963 bis 1989 Mitglied des Minister-Rates; 1967 bis März 1990 Abgeordnete der Volkskammer. Ende 1989 Regierungsrücktritt; ab 1992 in Santiago de Chile ansässig.

HORN, Gyula

Geboren am 5. Juli 1932 in Budapest; gestorben am 19. Juni 2013 in Budapest. 1989 bis 1990 Außenminister Ungarns. Bei Sopron gemeinsam mit österreichischen Amtskollegen A. Mock am 27. Juni 1989 Durchtrennung Grenzzaun.

KRENZ, Egon

Geboren am 19. März 1937 in Kolberg. Seit 1955 SED-Mitglied. 1971 bis 1973 Kandidat, 1973 bis 1989 Mitglied des ZK der SED; 1971 bis Januar 1990 Abgeordneter der Volkskammer; 1983 bis 1989 Mitglied des Politbüros des ZK der SED und ab 1983 Sekretär des ZK der SED; 1984 Stellvertretende Vorsitzende des Staatsrats; 18. Oktober bis 3. Dezember 1989 General-Sekretär des ZK der SED; 24. Oktober bis 6. Dezember 1989 Vorsitzender des Staatsrats der DDR.

MAZOWIECKI, Tadeusz

Geboren am 18. April 1927 in Płock; gestorben am 28. Oktober 2013 in Warschau. Vom Sejm (polnische Parlament) am 24. August 1989 zum ersten nicht-kommunistischen Premier Polens seit Ende des Zweiten Weltkriegs gewählt.

MIELKE, Erich

Geboren am 28. Dezember 1907 in Berlin; gestorben am 21. Mai 2000 in Berlin. Ab Juli 1946 Vizepräsident der „Deutschen Verwaltung des Innern“, DVdI, ab 1949 Ministerium für Inneres; dort Aufbau Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft; 1950 bis 1953 Staatssekretär im MfS, 1953 bis 1955 stellvertretender Staatssekretär, 1955 bis 1957 stellvertretender Minister, ab 1957 Minister für Staatssicherheit; 1950 bis 1989 Mitglied des ZK der SED; 1958 bis 1989 Abgeordneter der Volkskammer; 1960 bis 1989 Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates; 7. November 1989 Rücktritt mit Regierung; 8. November 1989 Rücktritt aus dem Politbüro und am 17. November 1989 vom Abgeordnetenmandat; 3. Dezember 1989 Ausscheiden aus ZK der SED; 7. Dezember 1989 Untersuchungshaft.

MITTAG, Günter

Geboren am 8. Oktober 1926 in Scheune bei Stettin; gestorben am 18. März 1994 in Berlin. Seit 1946 SED-Mitglied. 1966 bis 1989 Mitglied des Politbüros des ZK der SED; 1984 bis 1989 stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats; 1982 bis 1989 Mitglied des Nationalen Verteidigungsrates; 23. November 1989 von allen Ämtern enthoben; 23. November 1989 Parteiausschluss.

MOCK, Alois

Geboren am 10. Juni 1934 in Euratsfeld/Österreich. Mitglied der Österreichischen Volkspartei (ÖVP). 1979 bis 1989 ÖVP-Bundesparteiobmann; 1987 bis 1995 Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten. Durchtrennung „Eiserner Vorhang“ am 27. Juni 1989 mit G. Horn.

MODROW, Hans

Geboren am 27. Januar 1928 in Jasenitz. Seit 1949 SED-Mitglied. 1967 bis 1989 Mitglied des ZK der SED; 1973-1989 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden; 8. November bis 3. Dezember 1989 Mitglied des Politbüros des ZK der SED; 13. November 1989 bis 12. April 1990 Vorsitzender des Ministerrats; Dezember 1989 stellvertretender Vorsitzender SED/PDS; 18. März bis 02. Oktober 1990 Abgeordneter der Volkskammer; Oktober 1990 bis 1994 Abgeordneter des Deutschen Bundestages.

NEUMANN, Alfred

Geboren am 15. Dezember 1909 in Berlin-Schöneberg; gestorben am 8. Januar 2001. Seit 1947 SED-Mitglied. 1954 bis 1989 Mitglied des ZK der SED; 1949 bis 1990 Abgeordneter der Volkskammer; 1958 bis 1989 Mitglied des Politbüros; 1960 bis 1989 Mitglied des Nationalen Verteidigungsrats; November 1989 Rücktritt mit Ministerrat sowie Politbüro des ZK der SED; 20. Januar 1990 SED/PDS-Ausschluss.

SCHABOWSKI, Günter

Geboren am 4. Januar 1929 in Anklam. Seit 1952 SED-Mitglied. 1981 bis 11. Januar 1990 Abgeordneter der Volkskammer; 1981 bis 3. Dezember 1989 Mitglied des ZK, 1986 bis 1989 Sekretär des ZK der SED; 1984 bis 3. Dezember 1989 Mitglied des Politbüros; 1985 bis 31. Oktober 1989 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin; 8. November 1989 in internationalen Pressekonferenz neue Reiseverordnung bekanntgegeben; 21. Januar 1990 Ausschluss aus der SED/PDS.

SCHWANITZ, Wolfgang

Geboren am 26. Juni 1930 in Berlin. Ab 1951 Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit und SED-Mitglied. 1986 bis 1989 Kandidat des ZK der SED; ab 18. November 1989 Nachfolger E. Mielkes als Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit; 14. Dezember 1989 von seinen Funktionen beurlaubt und im Januar 1990 Entlassung.

SINDERMANN, Horst

Geboren am 5. September 1915 in Dresden; gestorben am 20. April 1990 in Berlin. Seit 1946 SED-Mitglied. 1963 bis 1989 Mitglied des ZK der SED; 1963 bis 1989 Abgeordneter und 1976 bis 13. November 1989 Präsident der Volkskammer; 1976 bis 13. November 1989 stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats; 3. Dezember 1989 Parteiausschluss.

SHEVARDNAZE, Eduard

Geboren am 25. Januar 1928 in Mamati; gestorben am 7. Juli 2014 in Tiflis. Seit 1948 KPdSU-Mitglied; 1985 bis 1990 sowjetischer Außenminister.

TIMM, Ernst

Geboren am 16. Oktober 1926 in Brandenburg a.d. Havel; gestorben am 15. Dezember 2005 (Ort unbekannt). Seit 1950 SED-Mitglied. 1975 bis 1989 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock; 1975 bis 1989 Mitglied des FDGB-Vorstands (FDGB: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund); 1976 bis 1989 Mitglied des ZK der SED; 1976 bis März 1990 Abgeordneter der Volkskammer; ab 1982 Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten; 16. November 1989 seiner Ämtern enthoben; Dezember 1989 Parteiausschluss.

TISCH, Harry

Geboren am 28. März 1927 in Heinrichswalde; gestorben am 18. Juni 1995 in Berlin. Seit 1945/1946 KPD- bzw. SED-Mitglied. Ab 1963 Mitglied des ZK der SED und Abgeordneter der Volkskammer; seit 1975 Mitglied des Politbüros des ZK der SED; Rücktritt am 08. November 1989; 3. Dezember 1989 Parteiausschluss.

WOLF, Markus

Geboren am 19. Januar 1923 in Hechingen; gestorben am 9. November 2006 in Berlin. Seit 1946 SED-Mitglied. Ab September 1951 stellvertretender Leiter im „Institut für wirtschaftliche Forschung“, IWF (= Außenpolitische Nachrichtendienst der DDR, APN), ab 1953 Eingliederung des IWF in Staatssekretariat für Staatssicherheit (hier Hauptabteilung XV), Umbenennung 1956 in Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), als Leiter tätig; 1. Stellvertreter Minister für Staatssicherheit. Ab Mai 1986 beurlaubt; Entlassung November 1986. Publizistische Tätigkeit. Dezember 1989 „Berater“-Funktion im Arbeitsausschuss der SED.

VI. Summary

The BND research and working group „History of the BND“ presents its most recent bulletin, commemorating the 25th anniversary of the fall of the Berlin Wall, a milestone event in Germany's recent history, with a short documentation.

The opening of the border marked not only a watershed in Germany's history but also an important stretch on the way to bringing the Cold War to an end. Therefore, it represented a completely new challenge to the (West) German foreign intelligence service too. For decades, the BND had faced an enemy standing immediately along the border in the east, and the BND's mission had been to collect intelligence on this enemy. And now?

A change in paradigm.

On the occasion of the 25th anniversary of this memorable unique event, we would like to shine a light on the most important events between May 1989 (local election in the GDR) and January 1990 (storming of the Ministry for State Security (Stasi) Headquarters, Normannenstrasse, Berlin), using BND reporting of that time.

Hans-Georg Wieck, BND President at the time, was so kind as to write down his memories of and his thoughts about that time. Mr. Wieck's personal impressions are complemented with selected photographs of a series of pictures taken on the occasion of his visit to the new federal states (neue Bundesländer) in his capacity as BND President. The photos were provided by the BND Archive.

Based on „Kurze Chronik der Wende“,

this bulletin gives a chronological subject-related overview of documents from BND reporting prepared by the BND's „Political Analysis“ Division during the period from May 1989 to mid-January 1990. The selection criterion for the documents was to give a broad overview of the subject. Almost all of them were political reports (POL M) or supplementary political reports (POL A) generated to inform the Federal Government, the Federal Ministries and the Bundeswehr, among others, about current events. In addition to that, individual documents are published which were already transferred to the Federal Archive, Position 206.

The documents and reports were selected on an exemplary basis in order to give a rough overview of the individual subjects.

Abstract

Ein Blick in die neuen Bundesländer: September 1990 by Hans Georg Wieck

The Berlin Wall fell on 9 November 1989. On 18 March 1990, the GDR saw its first free elections in the 40 years of its existence. The treaty concluded between the Four Powers and the two German states was the basis for the new federal states to join the Federal Republic of Germany and to adopt the Basic Law of the Federal Republic of Germany on 3 October 1990. In less than a year, the reunified Germany emerged from the military and ideological confrontation that had involved millions of technically sophisticated armed forces facing one another in hostility along Europe's fault line - and all that in a process that was co-shaped and supported by the Four Powers and the International Community and above all by the EU member states.

Over forty and more years, the intelligence services on both sides had Argus-eyed each other, using all intelligence means available to them in an effort to weaken the opponent.

The BND's focus shifted from what used to be the GDR to the implementation of the disarmament and withdrawal agreements of the Soviet armed forces which were signed in the course of 1990.

Wasn't it then appropriate for the BND President to take a first curious look at the reality of the new Bundeslaender and their citizens who, liberated from political oppression and permanent Stasi observation, witnessed the reunification not only with enthusiasm but also with concern.

Central event for the citizens

Our trip took us from the ex-interzonal crossing point near the city of Hof to Thuringia and Saxony, where we visited Naumburg Cathedral from the 13th century with its world-famous votive statues. Then our tour took us to the run-down area of the chemical combines around Bitterfeld - a devastating experience - and then on to the Saxon metropolises of Leipzig and Dresden.

The Soviet troops had evaporated into thin air. They were kept in barracks in order to protect them from possible acts of violence by the population. The visit to a barracks complex in the area of Berlin showed the limited access of Soviet families to food and consumer goods. Conversations we had there reflected the anxiety of those people about their forthcoming repatriation to the Soviet Union - some wives of Soviet officers were looking for jobs in German households and compa-

nies in order to eke out their husbands' poor pay.

The people's expectations of that time were sky high. The expectation was that West Germany would rapidly replace the rotten and deficit-ridden GDR system with support programs turning it into a land of milk and honey. Those who did not believe in a quick change moved to the golden West and found a job. For more than a decade, more people migrated to the West than vice versa.

Along the open Berlin Wall, GDR border guards kept patrolling although there was nothing to control. People told us that they were happy about the reunification but were also afraid of their professional and social future. During visits to the eastern districts of the city or to other central German cities, we could not help wondering how to bring economic self-sufficiency to those run-down areas of the reunited country in the foreseeable future. At first, there was the trend to give everything a fresh coat of paint to show that the East was on the road to prosperity.

Shaking off the grip of the GDR, the East German citizens, of course, expected to feel the momentum of West Germany they had perceived during visits to the West or when watching Western TV, hoping that the wind of change would carry them away to jobs and prosperity. During the decades of confrontation, the people of East Germany had been confronted with the images of German-Soviet friendship and with a socialist view of the world, with West Germany representing the evil enemy. To them, more than a chimera evaporated in thin air. When would the reunified Federal Republic of Germany become home to the East Germans too?

The flight back from Luebeck to Pullach, Munich, where the BND is headquartered, was marked by contemplation.

Mitteilungen der Forschungs- und Arbeitsgruppe „Geschichte des BND“ (MFGBND)

herausgegeben vom
Bundesnachrichtendienst

Bisher erschienene Bände:

Nr. 1: Bodo Hechelhammer (Hrsg.): **Berlinkrise 1958 und Schließung der Sektorengrenzen in Berlin am 13. August 1961 in den Akten des Bundesnachrichtendienstes**, Berlin 2011, 31 Seiten, ISBN 978-3-943549-00-3

Nr. 2: Bodo Hechelhammer (Hrsg.): **Walther Rauff und der Bundesnachrichtendienst**, Berlin 2011, 46 Seiten, ISBN 978-3-943549-01-0

Sonderausgabe: Bodo Hechelhammer (Hrsg.): **Kassationen von Personalakten im Bestand des BND-Archivs**, Berlin 2011, 22 Seiten, ISBN 978-3-943549-02-7

Nr. 3: Bodo Hechelhammer (Hrsg.): **Der Bundesnachrichtendienst und die Kuba-Krise**, Berlin 2012, 165 Seiten, ISBN 978-3-943549-11-9

Nr. 4: Bodo Hechelhammer (Hrsg.): **Nachrichtendienstliche Begriffsbestimmungen der „Organisation Gehlen“ und des frühen Bundesnachrichtendienstes**, Berlin 2012, 40 Seiten, ISBN 978-3-943549-03-4

Nr. 5: Bodo Hechelhammer (Hrsg.): **Der Bundesnachrichtendienst und seine Sankt-Georgs-Medaille**, Berlin 2012, 49 Seiten, ISBN 978-3-943549-07-2

Nr. 6: Bodo Hechelhammer (Hrsg.): **Dokumente der „Organisation Gehlen“ zum Volksaufstand am 17. Juni 1953**, Bearbeitet von Ronny Heidenreich, Berlin 2013, 423 Seiten, ISBN 978-3-943549-08-9

Nr. 7 : Bodo Hechelhammer (Hrsg.): **Der Bundesnachrichtendienst und das Filmprojekt Mr. Dynamit**, Berlin 2014, 66 Seiten, ISBN 978-3-943549-07-2

ISBN 978-3-943549-10-2



9 783943 549102